

18. DGB-Bundeskongress

4. Tag – Donnerstag, 25. Mai 2006

(Beginn des Kongresses: 9.00 Uhr)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, Euch am heutigen Vormittag durch den Kongress begleiten zu dürfen. Ich hoffe, Ihr hattet gestern Abend alle interessante Gespräche bei dem Parteienabend. Und ich freue mich ganz besonders, dass sich alle Väter entschlossen haben, heute bei uns zu bleiben. Ich verspreche Euch allen, dass es ein spannender Tag wird. (Leichter Beifall)

Uns erwartet heute das Grundsatzreferat unseres Vorsitzenden. Danach werden wir in eine Aussprache treten. Um 12 Uhr begrüßen wir Franz Müntefering in unserer Runde. Nach der Mittagspause geht es weiter mit der Antragsberatung. Und um 15 Uhr wird dann Oskar Lafontaine in unserer Runde begrüßt. So wird unser gemeinsamer Tag heute aussehen.

Ich darf als erstes Michael bitten, das Grundsatzreferat zu halten. – Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte!

Was haben Siemens, AEG, Conti, CNH, Telekom, die deutschen Banken, der öffentliche Dienst der Länder, die Baubranche oder die Versicherungen gemein? Dort ging und geht die Angst um: Angst vor Schließung, Angst vor Stellenabbau, Angst vor Lohnkürzung, Angst vor Arbeitslosigkeit.

Erinnern wir uns kurz an die Zeit nach der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Damals wurde in wenigen Wochen allein die Zerstörung von weit über 100.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Die Wirtschaft hatte die Zeit des Wahlkampfes abgewartet, wohl um den erhofften neoliberalen Wahlsieg nicht zu gefährden.

Rufen wir uns auch ins Gedächtnis, dass Angst vor Arbeitslosigkeit schon immer eine Keule gegen die arbeitenden Menschen war. Nach Hartz IV aber ist diese Keule härter und schwerer geworden, droht doch nun nach einem Jahr Arbeitslosigkeit I der Absturz in die Armut.

Natürlich fühlen sich viele Menschen machtlos, und dieses elende Gefühl wird noch dadurch verstärkt, dass sie von Grohe bis zur Deutschen Börse erleben müssen, wie internationale FinanzspekulantInnen versuchen, ihnen ihre Lebensgrundlage zu zerstören.

Dennoch: Die Menschen sind nicht mehr bereit, das widerspruchslos über sich ergehen zu lassen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Von LG Philipps in Aachen, Gate Gourmet in Düsseldorf über die AEG in Nürnberg bis hin zu Orenstein & Koppel hier in Berlin-Spandau wehren sie sich – und das ist gut so, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Sie erwarten von ihren Gewerkschaften, dass sie, die Gewerkschaften, den Kampf anführen, dass sie Antworten finden auf die neuen Herausforderungen eines sich immer brutaler gebärdenden Kapitalismus.

Es ist übrigens auch nicht so, als ob nur wir in Deutschland betroffen wären. So segensreich ist das Wirken deutscher Konzerne und Investmentbanken im Ausland für die dort arbeitenden Menschen nun wirklich auch nicht immer. Auch das sollte man sagen. Ich habe viele Gespräche mit meinen Kollegen aus dem EGB und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften geführt, die mir durchaus erzäh-

len konnten, dass auch deutsche Firmen im Ausland sich alles andere als sauber benehmen.

Und das wissen wir mittlerweile ganz genau: Der Kampf gegen das negative Wirken der internationalen Finanzinvestoren, der Hedgefonds und Rating-Agenturen wird nicht einfach. Und ich sage auch: Er kann nicht allein national geführt werden. Aber wir können ihn gewinnen. Das heißt zu allererst, dass wir nicht alles als gottgegeben hinnehmen. Dazu gehört, dass wir den Kampf auch moralisch aufnehmen. Deshalb ist und bleibt es richtig, die Würde der arbeitenden Menschen auch in der Arbeitswelt zu verteidigen und die Menschenwürde gegen die scheinbare Rationalität ökonomischer Macht zu setzen. (Beifall)

Und wir dürfen nicht nur über die „Heuschrecken“ lamentieren, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch etwas gegen sie tun.

Vor allem aber sollten wir auch einmal ein paar Verantwortlichkeiten benennen. Denn es ist ja nicht so, als ob es nicht klare politische Fehlentscheidungen gegeben hätte, die auch in unserem Land die „Heuschrecken“ aufgepäppelt haben. Ich erinnere nur an die nach wie vor vorhandene Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne oder die Kapitalmarktgesetzgebung des Jahres 2003, in der die letzten Barrieren gegen Hedgefonds beseitigt wurden. Das war Politik in Deutschland, Kolleginnen und Kollegen, und nichts anderes. (Beifall)

Und ich füge warnend hinzu: Das, was jetzt im Bundesfinanzministerium in Sachen börsennotierter Immobilienfonds, genauer gesagt, der Real Estate Investment Trusts, kurz REITs, geplant wird, ist nichts anderes, als dass man versucht, nun auch noch die Lebensgrundlage Wohnung der Börse, also dem Treiben der internationalen Finanzspekulationen auszuliefern und nebenbei übrigens auch noch ein bisschen die Finanzierungsgrundlagen unseres Staates auszuhöhlen. (Beifall) Kolleginnen und Kollegen! Ich warne ausdrücklich davor, das Thema dieser börsennotierten Wohnungsfonds nicht ernst zu nehmen. Das wird ein ganz schweres Los für die Menschen, die dann an der Börse ihre Wohnungen gehandelt sehen. (Beifall) Wir sollten und wir müssen dieses zum Thema machen.

Kolleginnen und Kollegen! Dann sollen wohl auch noch unsere Wohnungen eine jährliche Kapitalrendite von 25 Prozent und mehr abwerfen. Welch ein Irrsinn! 25 Prozent Rendite kann man übrigens nur erreichen, wenn man erarbeitetes Vermögen zu seinen Gunsten umverteilt. Solche Renditen sind weder auf dem Wohnungsmarkt noch in der Industrie dadurch zu erwirtschaften, dass man besser oder härter arbeitet als die Konkurrenz. Mit dem eigentlichen Unternehmenszweck ist das alles nicht zu vereinbaren. Denn es geht ja meist nicht um marode Betriebe, in die investiert wird, um sie zu sanieren, sondern meistens geht es darum, florierende Firmen auszuweiden, sie mit millionenschweren Krediten zu belasten und die Rückzahlung des kreditfinanzierten Kaufpreises den Belegschaften aufzubürden. Grohe lässt grüßen, und Grohe ist kein Einzelfall.

Deshalb müssen wir dafür kämpfen, dass endlich wieder der Primat der Politik durchgesetzt wird.

Wir brauchen national und international eine Gesetzgebung, die das ungebremsste und ungehemmte Treiben der internationalen Finanzmärkte reguliert und wenigstens einige Spielregeln wieder einführt, die man in den meisten zivilisierten Staaten dieser Erde kennt. Selbst in den von uns nicht immer als Vorbild angesehenen USA genießt das Kapital bei weitem nicht solche Freiheiten wie hier in Deutschland und in Europa, Kolleginnen und Kollegen. Deshalb schlage ich der deutschen Bundesregierung und den europäischen Institutionen vor, endlich konkret politisch zu handeln.

Erstens. Wir brauchen eine Börsenumsatzsteuer, wie sie zum Beispiel in London, dem größten Finanzplatz in Europa, obligatorisch ist. Nicht nur, dass sie dem Staat

dringend benötigte zusätzliche Einnahmen bringen könnte – das sind derzeit 26 bis 27 Milliarden Euro, um nur einmal die Größenordnung zu nennen; das ist das, was in London möglich ist. Diese Börsenumsatzsteuer hätte auch eine steuernde Wirkung: Sie würde kurzfristige Kapitalbewegungen verteuern und zu einem langfristigen strategischen Engagement mit realistischen Renditevorstellungen ermutigen.

Zweitens. Ich fordere die Beschränkung der Stimmrechte von Aktionären, die sich nur kurzfristig in Unternehmen einkaufen, um sie auszuweiden. (Beifall) Es wäre durchaus denkbar, Stimmrechte an gewisse Haltezeiten zu binden.

Drittens. Auch sollte klarer sein, wer Aktien kauft, besitzt und was er oder sie dann damit macht. Unser System leidet unter mangelnder Transparenz und fehlenden Kontrollmöglichkeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Leichter Beifall)

Viertens. Die so genannten Aktien-Options-Programme für Manager haben sich nicht als sinnvoll erwiesen. Sie haben nicht zur Stärkung des Verantwortungsbewusstseins der Manager für ihre Unternehmen und deren langfristiges Wohlergehen beigetragen. Da ja bekanntlich perverserweise die Aktienkurse steigen, wenn die Zahl der Arbeitsplätze sinkt, sind diese Bezahlungsinstrumente für Manager für mich mehr als fragwürdig, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Fünftens. Es sollte verboten sein, den Kaufpreis als Schulden auf das übernommene Unternehmen zu übertragen; denn dabei geht es um nichts anderes, als Belegschaften auszubluten und Eigenkapital zu zerstören.

Sechstens. Die Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne muss weg, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Siebtens. Wir brauchen eine verstärkte Wettbewerbs- und Fusionskontrolle in Europa.

Achtens. Wir brauchen eine europäische Rating-Agentur, die den Wert unserer Unternehmen nicht allein nach den Shareholder-Value-Vorstellungen anglo-amerikanischer Hedgefonds beurteilt. Es ist doch ein Graus, wenn die Existenz von Pensionssicherungsvereinbarungen dazu führt, dass die Kreditwürdigkeit deutscher Großkonzerne dramatisch sinkt und sich die Finanzierung der Investitionen dramatisch verteuert. Und das ist heute der Fall. Wir haben Großunternehmen, Konzerne, die an den Börsen behandelt werden, als ob sie wirklich das Letzte auf dieser Welt sind, so genannte Junk Bonds, sodass man diese Firmen dann auch noch zusätzlich belastet, nur weil sie sich sozial verantwortlich zeigen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Auch damit muss Schluss sein. Deswegen brauchen wir eine europäische Rating-Agentur. (Beifall)

Neuntens. Wir brauchen insgesamt eine Stärkung der Regulierungsmöglichkeiten internationaler Institutionen, bei der auch der Wert der menschlichen Arbeit Ausgangspunkt und Maßstab ist.

Die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltbank, die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfonds müssen endlich politisch an die Kette gelegt werden und zu Institutionen einer sozialen Regulierung der Weltwirtschaft ausgebaut werden, Kolleginnen und Kollegen. Und das ist keine Forderung aus dem Wolkenkuckucksheim.

Unsere Entwicklungshilfeministerin kämpft in ihrer Eigenschaft als Gouverneurin der Weltbank schon seit langem dafür, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union die Weltbank zu einem politischen Instrument der Regulierung der internationalen Finanzmärkte machen. Jedoch – sie steht allein. Und ich will das erläutern: Die 15 EU-Staaten, die vor der Erweiterung existierten, haben an der Weltbank zusammen Anteile von 22 Prozent, die USA haben Anteile von 21 Prozent. Man könnte also durchaus etwas machen, wenn man will. Aber die europäischen Staaten in dieser Europäischen Union weigern sich, ihre Shares zusammenzulegen

und damit für eine andere Politik der Weltbank zu sorgen. Das ist die Wahrheit, Kolleginnen und Kollegen. Damit muss Schluss sein. Auch da ist die deutsche Bundesregierung gefordert. (Beifall)

Das gilt übrigens auch in puncto weltweiter Durchsetzung der Kernarbeitsnormen. Ich sage mit großem Bedauern: In vielen Fällen sind wir über das Stadium der Ankündigung nicht hinaus gekommen.

Sicherlich sind diese neun Punkte ein anspruchsvolles Programm. Wahrscheinlich ist es noch nicht einmal vollständig. Doch im ersten Halbjahr 2007 hat die Bundesrepublik Deutschland sowohl die Präsidentschaft in der Europäischen Union als auch bei den G8-Verhandlungen. Da kann die Bundeskanzlerin ja mal wirklich zeigen, was sie international drauf hat. Da ist sie gefordert, damit wir endlich zu einer sozialen Regulierung der Weltwirtschaft kommen. (Beifall)

Ich erwarte jedenfalls, dass sich die Regierungschefin des Landes, das nun zum wiederholten Male Exportweltmeister und damit ein Schwergewicht auf den internationalen Finanzmärkten ist, dieses Themas intensiv annimmt.

Kolleginnen und Kollegen! Die Würde des Menschen ist unser Maßstab. Das gilt nicht nur am 1. Mai. Wir jedenfalls nehmen die Normen unseres Grundgesetzes ernst. Für uns sind diese Normen und Werte unserer Verfassung unveräußerlich.

Deshalb sind wir aufgerufen – ja, ich benutze diesen Begriff bewusst –, die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen diejenigen zu verteidigen, die sich um die Werte unserer Verfassung einen Dreck scheren, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenn heute zum Beispiel ein Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände nicht nur permanent drastische Verschlechterungen des sozialen Sicherungssystems fordert – heute Morgen übrigens schon wieder –, sondern auch noch den Armutslöhnen das Wort redet, dann zeugt das davon, dass es viel Diskussionsbedarf gibt um die Ausprägung dessen, was unsere Verfassung unter Menschenwürde versteht.

Solange es in diesem Land einflussreiche Wirtschaftsführer und Politiker gibt, die sowohl der Arbeitsarmut als auch der Altersarmut das Wort reden, so lange kann niemand behaupten, die Würde des Menschen in Deutschland sei unantastbar. Ich wiederhole bewusst: Solange es Leute gibt, die der Armut das Wort reden, ist die Menschenwürde in Deutschland bedroht, Kolleginnen und Kollegen. Und wir werden sie verteidigen müssen. (Beifall)

Wie sieht es eigentlich mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums aus? Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen, heißt es im Grundgesetz wörtlich.

Daran gemessen widerspricht eine Unternehmenspolitik der Standortverlagerungen, der Kapital- und Steuerflucht, der Mitnahmentalität bei Subventionen und der Forderungswut nach Staatsknete dieser Norm unseres Grundgesetzes.

Aus Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ ist Reichtum für wenige und Armut für viele geworden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Politik hat dies begünstigt. Verantwortlich aber sind die, die die ökonomische Macht besitzen. Es ist traurig, aber wahr: Je moderner und neuer die Soziale Marktwirtschaft wird, desto weniger soll sie sozial sein.

Es ist Sache der Politik, die Unternehmen wieder in die Pflicht zu nehmen für Arbeit und Ausbildung, statt sich zum Handlanger unsozialen Handelns machen zu lassen, Kolleginnen und Kollegen.

Es ist ja mit Reden und Selbstverpflichtungserklärungen nicht getan. Es ist schon ein Ding, auf der einen Seite das Scheitern des Ausbildungspaktes einzugestehen und gleichzeitig politische oder gesetzliche Maßnahmen auszuschließen. Das ist

weder christlich noch sozialdemokratisch, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich höre sehr wohl, dass die Bundeskanzlerin und der Vizekanzler sehr ernsthaft einer sozialen Marktwirtschaft das Wort reden. Das hat ja Angela Merkel gestern auch hier getan. Allein: Mit Festreden – wo auch immer – ist es nicht getan. Gerade von der Großen Koalition erwarten wir, dass sie vieles unternimmt, um das Soziale an der Marktwirtschaft wieder zu stärken. Das geht nicht mit Sonntagsreden, sondern nur konkret.

Zum Beispiel muss die Privilegierung von Minijobs aufhören und so ein Beitrag zur Stabilisierung sozialversicherter Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, Kolleginnen und Kollegen! Mit Sozialer Marktwirtschaft hat es übrigens wenig zu tun, wenn man die Arbeitnehmer wie beim Kündigungsschutz immer rechtloser machen will und gleichzeitig vor Unternehmenssteuer-Dumping in Europa kapituliert.

Kolleginnen und Kollegen! In Frankreich haben die Menschen gegen eine Kündigungsschutzregelung erfolgreich gekämpft, wie sie auch hier in Deutschland eingeführt werden soll. Ich weiß: Deutschland ist nicht Frankreich. Aber ich weiß auch: Was in Frankreich Unrecht ist, ist auch in Deutschland Unrecht, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Und der eine oder andere weiß ja, dass ich mich auch besonders familienpolitisch engagiere. Aber es kann doch nicht sein, dass wir auf der einen Seite richtigerweise Elterngeld einführen und auf der anderen Seite jungen Familien die Chance rauben, eine Familie gründen zu können oder auch sich alleine für ein Kind zu entscheiden. Denn wie soll man mit einem Arbeitsvertrag, der zwei Jahre lang unsicher ist, zur Bank gehen und sich einen Kleinkredit besorgen, zum Beispiel für die Einrichtung des Kinderzimmers? Kolleginnen und Kollegen, das ist eine in sich widersprüchliche Politik. Der Kündigungsschutz darf nicht verändert werden! (Starker Beifall – Pfiffe)

Ich kann die Bundesregierung nur warnen, den Weg weiter zu verfolgen, die Unternehmen zu privilegieren und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu reduzieren.

Vor anderthalb Wochen habe ich den Arbeitsminister Helmut Kohls gehört, wie er eine Politik geißelte, die sich letztendlich auf die drei Punkte Lohnsenkung, Deregulierung und Privatisierung reduziert. Nun will ich mal außer Acht lassen, was Norbert Blüm in seiner aktiven Regierungszeit von 16 Jahren dagegen getan hat. Aber dennoch hat er heute Recht. Anders sind doch die Pläne der Regierung zur Rentenkürzung, zum Abbau des Kündigungsschutzes, zur Unternehmenssteuerreform und zur Haushaltssanierung nicht zusammenzufassen. Ich wünsche mir jedenfalls mehr Mut derjenigen, die wir in die politische Verantwortung gewählt haben. Sie müssen sich denen in den Weg stellen, die in diesem Land immer mehr fordern und immer weniger an sozialer Verantwortung leisten wollen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich erinnere mich an einen Abend im Bundeskanzleramt, wo wichtige Persönlichkeiten sich zum Innovationsrat versammelt hatten. Es waren kaum zwei Minuten seit der Begrüßung vergangen, als der Vorstandsvorsitzende eines großen deutschen Konzerns, der in Sachen Standortverlagerung und Stellenabbau besonders aktiv war, von der Regierung größere Steuerfreiheiten für Risikokapital forderte. Solches Verhalten, Kolleginnen und Kollegen, gilt in unserem Land übrigens nicht als unanständig. Unanständig sind wohl nur die, die einen gerechten Lohn fordern und nicht mehr von der Politik als die Sicherung ihrer Lebensperspektive erwarten.

Kolleginnen und Kollegen, manchmal tut es schon weh, die Dreistigkeit von Wirtschaftsführern und die Hilflosigkeit von Politik miterleben zu müssen. (Beifall) Ich bin wirklich gespannt, wie lange führende Politikerinnen und Politiker eigentlich noch bereit sind, sich stets aufs Neue vorführen zu lassen.

Beispiele gibt es doch genug. Die so genannte Reichensteuer wird so lange interessengeleitet klein geredet, bis sie zur Karikatur verkommt, Kolleginnen und Kollegen. Auf die Ausbildungsplatzumlage wird politisch verzichtet, um sich dann in einem so genannten Ausbildungspakt von großen Teilen der Wirtschaft am Nasenring durch die Manege führen zu lassen. Denn was ist es anderes, wenn man einen Pakt zum Erfolg hochjubelt, der nicht mehr, sondern weniger Ausbildungsplätze produziert und der Jahr für Jahr Zehntausenden von Jugendlichen den direkten Weg von der Schule in die Arbeitslosigkeit weist? Kolleginnen und Kollegen, mildern konnten wir das nur dort, wo wir Arbeitgeber mit Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen rechtlich binden konnten.

Wollt ihr noch mehr Beispiele? – Gerne. Nehmen wir doch die aktuelle Steuerpolitik. Auf der einen Seite trifft die Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem die kleinen Leute, und zwar richtig hart, und auf der anderen Seite ist schon lange nicht mehr davon die Rede, dass die geplante Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral sein soll.

Erinnern wir uns: Der Ausgangspunkt war der Job-Gipfel im März 2005. Damals war klar, dass es darum geht, die unterschiedliche Behandlung von Kapital- und Personengesellschaften aufzulösen und zwar aufkommensneutral. Aber offensichtlich hat der BDI eine so gute Lobbyarbeit geleistet, dass selbst der SPD-Parteitag vor wenigen Tagen Peer Steinbrück den Weg freigemacht hat, um erst am Sankt-Nimmerleins-Tag die Aufkommensneutralität zu erreichen.

Und was wir in punkto Gesundheitsreform befürchten müssen, konnten wir kurz vor Ostern in einem Interview mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, nachlesen: Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge, Einführung der Kopfpause durch die Hintertür, ein allgemeiner Gesundheitsfonds und eine weitere Privilegierung von Privatversicherten. Man verspricht dort die Steuerfinanzierung der Krankenversicherung für Kinder und verschweigt, dass das für alle Kinder gelten soll – egal, ob die Eltern, die Mutter oder der Vater, privat oder gesetzlich versichert sind. Und so nimmt man eine der großen Möglichkeiten, um auch die gesetzliche Krankenkasse attraktiv zu machen, nämlich die Kindermitversicherung. Nein, nein, man will umverteilen. Die Besserverdienenden sollen noch besser gestellt werden, und der AOK-Mutter will man an den Kragen, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Die Zeche sollen die gesetzlich Versicherten zahlen, insbesondere die, die in den Kassen mit den so genannten schlechten Risiken versichert sind, also vor allem die AOKen und die Ersatzkassen. Ich will ausdrücklich davor warnen, eine solche Politik weiter zu verfolgen. Es gibt doch zu den oben geschilderten Plänen eine sinnvolle Alternative. Das ist die Bürgerversicherung; das ist das Ende der Selbstbedienungsmentalität der Anbieter; und das sind sinnvolle Strukturreformen im Gesundheitswesen, Kolleginnen und Kollegen. Und genau das fordern wir auch vor diesem Kongress. (Beifall)

Und deshalb sage ich: Wir, die deutschen Gewerkschaften, werden dem politischen Konflikt für eine gute Gesundheitsreform nicht ausweichen. Wir werden diesen Konflikt führen, wenn wir dazu gezwungen werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In dieser wichtigen Frage hat die Regierung es in der Hand klarzustellen, dass sie sich nicht als eindeutiger Interessenwahrer von Kapitalinteressen versteht.

Es gibt ein zweites Politikfeld, an dem wir sehr konkret beurteilen können, wem sich die Große Koalition eigentlich verpflichtet fühlt. Ich meine das Thema Armutslöhne. Die Fakten sind bekannt, die Lösungsmöglichkeiten rauf und runter diskutiert. Jetzt ist die Politik gefordert zu handeln.

Ich verweise ausdrücklich auf unseren Initiativantrag zu Niedriglöhnen, den wir

gestern beschlossen haben, und richte zusammenfassend unsere Forderungen direkt an die Gäste aus der Politik, die bei uns waren oder noch zu uns kommen werden.

Wir wollen die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro. Wir wollen verbesserte Möglichkeiten zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Und wir fordern ferner, dass der unterste repräsentative tarifliche Lohn in jeder Branche allgemeinverbindlich erklärt wird und den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf.

Kolleginnen und Kollegen, das ist zusammengefasst unsere Forderung. (Starker Beifall)

Weil ich das für eine zentrale Forderung unseres Kongresses halte – das habe ich ja gestern schon deutlich gemacht –, will ich noch einmal sagen: Wir müssen die Auseinandersetzung jetzt führen. Ich habe die Bundeskanzlerin auch gehört, genauso wie Ihr. Wenn sie sagt, 7,50 Euro seien mit ihr nicht drin, dann sagen wir: Reden wir doch mal über 7,55 Euro. Unter 7,50 Euro macht das Ganze wirklich keinen Sinn; denn wir wollen Armutslöhne in Deutschland abschaffen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Darüber hinaus geht es uns darum, mit dem Instrument von Kombilöhnen sehr behutsam umzugehen, um damit Brücken in die Arbeit zu schaffen, und nicht darum, dass Arbeitgeber dauerhaft staatlich alimentiert werden, Kolleginnen und Kollegen. Das ist falsch, und das bleibt falsch! (Beifall)

Schließlich werde ich die Bundeskanzlerin so lange beim Wort nehmen, bis sie es einlöst: Wir brauchen wieder mehr sozial versicherte Arbeit in Deutschland, Kolleginnen und Kollegen. Zwei Millionen sozial versicherte Arbeitsplätze sind in Deutschland in den vergangenen Jahren zerstört worden. Der Trend muss umgekehrt werden, auch in dieser Frage, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nun greife ich sehr bewusst ein Wort des Bundespräsidenten auf, der sagt: Arbeit muss Vorrang haben. Ich sage: Alles, was die Zerstörung sozial versicherter Arbeit bewirkt, muss fallen. Das wäre echte Vorfahrt für Arbeit, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Dabei geht es von der Eingrenzung des Missbrauchs der Ein-Euro-Jobs bis hin zur systematischen millionenfachen Vernichtung von sozial versicherter Arbeit durch Minijobs. Denn nicht die angebliche Überregulierung des Arbeitsmarktes ist Schuld, übrigens auch nicht die angeblich viel zu hohen Lohnnebenkosten. Schuld ist schlicht und ergreifend die Tatsache, dass Anfang dieses Jahrtausends die informelle Große Koalition von rot-grüner Bundestags- und schwarz-gelber Bundesratsmehrheit sich darin einig war, prekäre Beschäftigung zu fördern. Das ist passiert. Sie haben mit ihrer Gesetzgebung prekäre Beschäftigung gefördert, und nun steht die real existierende Große Koalition vor den Scherben ihres eigenen Tuns, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Die Beseitigung des Niedriglohnsektors steht auf der Tagesordnung und nicht seine Zementierung oder Ausdehnung. Im Interesse der betroffenen Millionen Arbeitnehmer warne ich die Politik auch davor, auf Zeit zu spielen. Wir brauchen noch in diesem Jahr eine Lösung, und zwar eine gute, und wir brauchen den politischen Mumm, damit uns nicht Gleiches widerfährt wie bei der Ausbildungsplatzumlage, Kolleginnen und Kollegen. Da sind einige als freier Braunbär eingewandert, um dann anschließend im Berliner Zoo zu landen, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Delegierte! Von einem Referat des Vorsitzenden nach seiner Wahl wird vieles, meist auch Unterschiedliches erwartet. Einerseits soll er zu allem etwas sagen, andererseits soll er Schwerpunkte skizzieren, und viele Delegierte wollen, übrigens zu Recht, dass der Vorsitzende zwar Position bezieht, aber nicht versucht, die

Antragsberatung zu präjudizieren. Das kann ich ja auch nur zum Teil; denn wir haben das Referat aus gutem Grund auf heute Morgen verlegt.

Ich will auch betonen, dass ich dieses Referat, auch wenn es zeitlich später gerückt ist, nicht als Schlusswort für diesen Kongress verstehe. Ich lade ausdrücklich zur Diskussion ein. Ich lade dazu ein, dass wir darüber diskutieren, welchen Weg wir in den nächsten Jahren gehen. Und ich lade dazu ein, hier miteinander zu reden. (Vereinzelt Beifall) Denn es ist schon bedrückend – das sage ich jetzt einmal sehr persönlich –, dass man freundlich und respektvoll miteinander umgeht, ich dann aber in den Medien lesen muss, was ich alles falsch mache. Kolleginnen und Kollegen! Das geht so nicht; ich sage das eindeutig. (Beifall) Irgendwann muss das auch ein Ende haben. Wenn wir uns etwas zu sagen haben, dann sollten wir das hier tun, dann sollten wir das offen tun, und dann sollten wir das so tun, dass es zielgerichtet ist, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Auch ein DGB-Vorsitzender hat eine Würde. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Was die deutsche Gewerkschaftsbewegung will und welche Ziele sie sich setzt, darüber entscheidet Ihr. Deshalb will ich mich bewusst auf wenige Themen beschränken.

Als wir im März 2005 in Brüssel unsere erste Demonstration gegen die Bolkestein-Richtlinie hatten, habe ich den Demonstranten aus ganz Europa zugerufen: „Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein!“ Ich habe Recht behalten, und ich werde Recht behalten, Kolleginnen und Kollegen. Europa wird sozial sein oder es wird nicht sein. Das müssen alle wissen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Ein Europa der Konzerne wird von den Menschen abgelehnt, nicht zuletzt deshalb, weil sie es nicht als Fortschritt, sondern als Bedrohung empfinden. Übrigens völlig zu Recht, Kolleginnen und Kollegen, das Europa der Konzerne ist eine Bedrohung für die arbeitenden Menschen und sonst nichts. (Beifall)

Wir haben immer deutlich gemacht: Wir bekennen uns schon aus friedenspolitischen Gründen zur Idee eines gemeinsamen Europas. Unsere Urgroßmütter und Urgroßväter haben sich schon zur Idee der internationalen Solidarität bekannt, als die deutsche Industrie dem Kaiser ihre Kriegsziele diktierte. Da ging es nämlich um die Ausbeutung der Nachbarländer und die Unterjochung der arbeitenden Menschen, Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen in Sachen Europa von niemandem Nachhilfeunterricht. (Beifall)

So richtig weiter gekommen sind wir in Sachen Europa allerdings nicht. Das Projekt der europäischen Verfassung à la Giscard d'Estaing ist gescheitert, auch wenn die Bundeskanzlerin das nicht wahrhaben will. Nie und nimmer wird eine europäische Verfassung so, wie sie heute aussieht, von allen EU-Mitgliedsstaaten angenommen werden. Den einen ist sie zu unsozial und den anderen zu wenig marktradikal.

Wir hatten gehofft, dass der politische Kompromiss der europäischen Eliten, wie er sich in dem heutigen Verfassungsentwurf widerspiegelt, von den Mehrheiten akzeptiert wird. Diese Hoffnung hat nicht getragen. Und letztlich können wir froh darüber sein, dass der jetzige Verfassungsprozess nicht an den Marktradikalen und Nationalisten, sondern an denjenigen gescheitert ist, die ein soziales Europa wollen, weil dies unsere Ausgangsposition für einen neuen Anlauf verbessert, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn der Europäische Rat und die Europäische Kommission Europa voran bringen wollen, dann werden sie es nicht mit noch mehr Bürokratie, noch mehr Deregulierung und schon gar nicht mit Sozial- und Steuerdumping schaffen. Auch eine noch steilere Lohnabwärtsspirale kann die Probleme nicht lösen. Den Wettlauf um die niedrigsten Löhne können wir nicht gewinnen, und wir wollen ihn übrigens auch nicht gewinnen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Gefordert ist eine harmonisierte europäische Wirtschaftspolitik, die tatsächlich hilft, neue Beschäftigung zu schaffen. Forschung und Entwicklung müssen in Europa voran gebracht werden, junge Menschen brauchen überall eine Chance auf Ausbildung, und wir lehnen das Zerrbild eines europäischen Wanderarbeiters ab, der stets aufs Neue geheuert und gefeuert werden kann, Kolleginnen und Kollegen. Das ist nicht unser Weltbild.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich als sozialer Motor Europas versteht und konkrete Projekte voran bringt. Das allgemeine Beschwören von Lisbon-Prozessen hilft niemandem weiter. Wenn die Regierung ihre Präsidentschaft so versteht, wie sie sich zum Schluss in die Debatte um eine europäische Dienstleistungsrichtlinie eingebracht hat, dann wären wir jedenfalls ein großes Stück weiter.

Ich schlage zum Beispiel vor, die nächsten Jahre zu nutzen, Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in Europa wesentlich mehr Raum zu geben, die Rechte der europäischen Betriebsräte zu stärken, die deutsche Unternehmensmitbestimmung als Vorbild für Europa zu sichern und auszubauen und bei arbeits- und sozialrechtlichen Richtlinien-Entwürfen auf das unsägliche britische Opt-Out zu verzichten, Kolleginnen und Kollegen. Im Übrigen hat ja auch John Monks noch einiges zur künftigen Politik des EGB zu sagen gehabt. Ich verweise darauf ausdrücklich.

Was ich allerdings herausstreichen will, ist, dass wir zur politischen Belebung der Idee eines sozialen Europas, eines sozial regulierten Binnenmarktes von 350 Millionen Menschen, den Verfassungsprozess wiederbeleben müssen. Ja, wir müssen ihn wiederbeleben. Das geht nicht, indem man die Holländer und die Franzosen so lange abstimmen lässt, bis die Mehrheiten stimmen; denn das wird nicht passieren. Wir müssen noch einmal von vorne anfangen, wobei wir durchaus an die von uns mit erarbeitete Grundrechtecharta anknüpfen können.

Ich bin überzeugt, dass nur ein von den Wählerinnen und Wählern Europas legitimes Parlament in der Lage ist, mit einer neuen Autorität einen neuen Verfassungsentwurf zu erarbeiten, um ihn dann in einer europäischen Volksabstimmung in Kraft zu setzen. Das heißt konkret: Wir sollten die Europawahl im Jahr 2009 zugleich als Wahl zu einer Verfassung gebenden Versammlung organisieren, Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dass dann die Wahlbeteiligung wesentlich gesteigert werden könnte; denn dann wissen die Menschen endlich, warum sie bei der Europawahl wirklich zur Wahl gehen sollen. Und mit Verlaub: Wahlbeteiligungen von unter 50 Prozent sind auf Dauer auch nicht ausreichend als Legitimationsbasis für eine europäische Volksvertretung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich weiß, dass dieser Vorschlag, nämlich das Europäische Parlament ab dem Jahr 2009 als Verfassung gebende Versammlung zu werten, neu ist, dass er von noch niemandem unterbreitet wurde. Aber ich weiß auch, dass die europäischen Parlamentarier gut daran täten, ihrerseits den Ball aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Verfassungsdebatte wieder voran kommt, statt darauf zu starren, was denn in den einzelnen Mitgliedsländern passiert, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Liebe Delegierte! Dieser Kongress hat als gewerkschaftliche Leitorientierung den Antrag B 001 „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ beschlossen. In ihm formulieren wir auch unsere Anforderungen an einen modernen Sozialstaat. In unserem Grundsatzprogramm von 1996 haben wir unser Verständnis von einem modernen Sozialstaat definiert. Zu ihm gehören Tarifautonomie und Mitbestimmung, und das muss so bleiben. Sie sind konstruktiver Bestandteil des Sozialstaates!

Für uns gehört zu einem Sozialstaat auch ein starker öffentlicher Dienst. Da haben

wir leider in den vergangenen zehn Jahren manche Privatisierung schlucken müssen. Dort sind wir nicht weitergekommen. Eher das Gegenteil ist der Fall.

Und natürlich brauchen wir solidarisch finanzierte, gut funktionierende soziale Sicherungssysteme. Wir haben aber auch erkannt, dass unsere Vorstellungen eines modernen Sozialstaats verbreitert werden müssen. Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen in diesem Land ausgegrenzt werden, dass das Bildungsprivileg nicht gebrochen ist, dass Sozialhilfe-Karrieren sich mittlerweile über Generationen hinweg erstrecken, müssen wir endlich mehr investieren, um solche Zustände zu beseitigen oder gar nicht erst entstehen zu lassen.

Einige Leute nennen das vorsorgenden Sozialstaat, um sich zugleich vom so genannten nachsorgenden Sozialstaat zu verabschieden. Genau deshalb werde ich den Begriff des vorsorgenden Sozialstaates nicht übernehmen. Wir brauchen beides: Wir brauchen einen Sozialstaat, der vorsorgt, und wir brauchen einen Sozialstaat, der hilft, wenn sozial Schwache der Solidarität bedürfen. Wir brauchen wirklich beides. (Beifall)

Einig sind wir uns allerdings darin, dass wir der Idee eines schwachen Staates nicht anhängen. Die Parole „neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“, ist nicht nur intellektueller Nonsens, sondern auch der Versuch der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, ihr Streben nach weniger Staat programmatisch zu überhöhen. Oder, um es mit einem sehr bekannten CDA-ler zu sagen: Das ist so, als wenn man fordern würde: neue Butter durch mehr Milch. (Heiterkeit)

Wenn wir allerdings einen Staat wollen, der handlungsfähig ist, der sozial reguliert und wesentlich mehr Geld für Bildung und soziale Integration aufwendet, dann müssen wir dem Staat auch geben, was des Staates ist. Er muss selbstständig in der Lage sein, seine Aufgaben im Interesse seiner Bürger zu erfüllen.

Wir haben doch nicht Staat und Kirche getrennt, um nun den Staat abhängig zu machen von steuerlich absetzbaren Spenden der Wirtschaft. Deswegen braucht der Staat verlässlich mehr Einnahmen, nicht nur ab und zu, wenn es dem einen oder anderen mal gefällt. (Beifall)

Und er braucht die Einnahmen von jenen, die mehr haben und die mehr geben können als die kleinen Leute mit ihren niedrigen Löhnen und kleinen Renten. Die Belastungsgrenze der kleinen Leute ist doch schon lange überschritten: Bei Konsumsteuern und Abgaben, und die Zuzahlungen diverser Art will ich nicht vergessen. Das alles belastet die kleinen Leute.

Ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam ein Signal von diesem Kongress aussenden für eine vernünftige Finanzarchitektur des Sozialstaates. Dazu gehört für mich eine wesentlich höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und Besitz, eine wesentliche Anhebung der tatsächlichen Steuerzahlungen der Unternehmen. Dazu gehört eine ernsthafte Bekämpfung der Steuerflucht und des Steuerbetrugs. Es ist kontraproduktiv, wenn man die Zahl der steuerlichen Betriebsprüfer drastisch reduziert und damit milliardenfacher Steuerhinterziehung Tür und Tor öffnet. Das ist das, was wir derzeit erleben. (Beifall)

Ich will als Merksatz zusammenfassen: Wir brauchen mehr, nicht weniger Sozialstaat, und an dessen Finanzierung müssen sich die Reichen und Besitzenden wesentlich stärker beteiligen als heute. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im letzten Teil meines Referates will ich einige Bemerkungen zu uns selbst machen. In schwierigen Zeiten halte ich es für ganz normal, dass es zwischen uns Diskussionen gibt, dass wir nicht sofort einer Meinung sind, dass wir um den richtigen Weg ringen. Ich halte es auch nicht für einen Nachteil, dass wir diese Diskussion offen führen. Ob sie immer öffentlich geführt werden muss, das wage ich allerdings zu bezweifeln.

Allerdings sollten wir öffentlich auch nicht so tun, als seien wir ein monolithischer Block, der gleichsam nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam funktioniert. Das sind die Gewerkschaften nicht. Die Gewerkschaften sind diskussionsfreudige Organisationen, die letztendlich dazu da sind, um die richtige Position zu ringen und dann gemeinsam für deren Durchsetzung zu kämpfen, Kolleginnen und Kollegen. Das muss man so lange tun, wie es notwendig ist. (Beifall)

Ja, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen es doch alle: Es gibt unterschiedliche Auffassungen unter uns. Die Beispiele kennt jeder, von unserem Vorgehen bei der Agenda 2010 bis aktuell zur Debatte um den gesetzlichen Mindestlohn. Ich bleibe dabei: Es ist nicht unehrenhaft, sondern es ehrt uns, dass es unterschiedliche Positionen bei uns gibt und wir sie miteinander diskutieren.

Wir sollten jedoch alles daran setzen, nach langer und ausführlicher Diskussion irgendwann zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen. Dort, wo das partout nicht gelingen will, weil die Ausgangs- oder Interessenlage zu unterschiedlich ist, gilt der alte demokratische Grundsatz, dass Minderheiten toleriert und geachtet, Mehrheiten aber respektiert werden müssen, Kolleginnen und Kollegen.

Im Übrigen sollte die eine oder andere Differenz nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns weitgehend einig sind – sowohl im Ziel als auch im Weg. Ich weiß sehr wohl, wie Medien, Arbeitgeber oder Teile der Politik nur darauf warten, uns auseinanderdividieren zu können. Und Ihr wisst das auch.

Deshalb ist und bleibt es Aufgabe des DGB, die inhaltlichen Verständigungsprozesse anzustoßen und zu moderieren, um dann, wenn es eine Entscheidung gibt, umso wirkungsvoller der gesellschaftspolitische Arm der Gewerkschaften sein zu können.

Dabei will ich daran erinnern: Der Dachverband, der Bund, kann nur so stark sein, wie seine Mitgliedsgewerkschaften tarifpolitisch und betriebspolitisch stark sind. Das ist unsere Basis für die Arbeit des DGB. (Beifall)

Und diese Basis hängt wiederum ganz entscheidend von unserer Stärke im Betrieb und in den Verwaltungen ab und hat auch sehr viel mit Mitgliederstärke zu tun. Deswegen – Ihr habt es sicherlich auch von mir erwartet – sage ich: Wir brauchen eine Trendwende in der Mitgliederentwicklung, und wir brauchen gemeinsame Projekte, von denen alle Gewerkschaften einen Nutzen haben, Kolleginnen und Kollegen.

Vielfach wird an uns der Vorwurf herangetragen, wir seien die Organisation der Arbeitsplatzbesitzer und würden die Interessen der Erwerbslosen in unserer Arbeit nicht genügend berücksichtigen.

Dazu stelle ich fest: Um Solidarität geben zu können, muss man stark sein. Ausgangspunkt unserer Stärke ist und bleibt unsere Organisationskraft, die Zahl derer, die Monat für Monat mit ihrer Beitragszahlung die Gewerkschaftsarbeit erst ermöglichen. Unsere Stärke ist, dass wir beides vertreten – ich betone: dass wir beides vertreten -, die Interessen der arbeitenden Menschen, aber auch derer, die arbeiten wollen. Deswegen werden wir uns auch mit der Massenarbeitslosigkeit nicht abfinden. Und wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Es gibt den Interessengegensatz zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen nicht. Ich sage das ausdrücklich. Der Gegensatz besteht immer noch zwischen Arbeit und Kapital! (Beifall)

Und deswegen gehört der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in den Betrieben genauso auf unsere Tagesordnung wie der Kampf für gerechte Löhne, aber auch für eine faire Behandlung von Arbeitslosen. Nur – unsere Rolle beschränkt sich weder auf die reine Lohnmaschine noch sind wir Ersatz-Sozialverband oder irgendeine Nicht-Regierungs-Organisation.

Wir sind und wir bleiben die Interessenvertretung von arbeitenden Menschen. Als solche suchen wir nach gesellschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit. Natürlich brauchen wir dazu verlässliche Bündnispartner innerhalb und außerhalb der Parlamente. Wir dürfen uns nie darauf beschränken, nur die bessere Meinung haben zu wollen, sondern unsere Mitglieder zahlen unter anderem Beitrag, weil sie von uns die Wahrnehmung und auch die Durchsetzung ihrer Interessen erwarten. Zu Recht!

Genau an diesem Maßstab richten wir auch unser Verhältnis zu den demokratischen Parteien aus. Das ist der alleinige Maßstab. Das machen wir parteipolitisch unabhängig und weltanschaulich neutral. Denn dieser Lehrsatz der Einheitsgewerkschaft, parteipolitisch unabhängig und weltanschaulich neutral, gestattet uns beides: Kritisieren, wo es Not tut, und kooperieren dort, wo es sinnvoll ist, Kolleginnen und Kollegen.

Zum Thema Trendwende ist auf diesem Kongress schon einiges gesagt worden. Sie zu erreichen, ist die zentrale organisationspolitische Aufgabe für die nächsten vier Jahre. Aber Organisationspolitik kann inhaltliche Politik nicht ersetzen. Und wenn wir über neue Mitglieder reden, dann müssen wir vor allem auch daran denken, dass wir nicht nur im politischen Sinne Einheitsgewerkschaft sind.

Wir sind auch die Einheitsgewerkschaft von jung und alt, von Arbeitern, Angestellten und Beamten, von Männern und Frauen.

An dieser Stelle lasst mich noch eines sagen: Ich bin überzeugt, relevante Mitgliedererfolge bei Frauen werden wir nur dann erreichen, wenn wir uns wirklich zum Anwalt ihrer Interessen machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Denn mit der berühmten Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es ja in Wahrheit nicht weit her.

Kinder sind in Deutschland immer noch ein Armutsrisiko, und immer noch meinen viel zu viele in diesem Land, man könne Frauen dann, wenn sie Kinder bekommen, aufs Abstellgleis abschieben oder ihnen bestenfalls die Rolle der Zuverdienerin zugestehen. Ich fordere uns alle auf, gemeinsam gegen diesen gesellschaftlichen Missstand weiter vorzugehen. (Beifall)

Ich jedenfalls werde mich weiter dafür engagieren, dass der DGB in Sachen Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf die Speerspitze der Bewegung bleibt.

Im Übrigen: Wir haben es erst dann geschafft, wenn nicht mehr nur die Frauen, sondern auch jeder Mann gefragt wird oder sich fragen lassen muss, wie er Kindererziehung oder häusliche Pflege mit seinen beruflichen Verpflichtungen oder seiner Karriere in Übereinstimmung bringen will, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das war sozusagen mein Wort zum Vatertag. (Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu unserem Selbstverständnis gehört auch, dass wir uns für Demokratie und Freiheit engagieren. Und dies überall auf der Welt. Zu allererst aber sind wir in unserem eigenen Land gefordert.

Wir sind und wir bleiben an herausragender Stelle aktiv im Kampf gegen Rechts, Kolleginnen und Kollegen. Auch das ist eine Botschaft dieses Kongresses. (Beifall) Der braune Sumpf darf in unserem Land nirgendwo eine Chance haben.

Und wir setzen uns energisch dafür ein, die Integration der Einwanderinnen und Einwanderer in unser Land zu verwirklichen.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei unserer Gewerkschaftsjugend, die in diesem Kampf gegen Rechts tagtäglich ihre Frau und ihren Mann steht. Die haben unseren Beifall verdient. (Beifall) Ich rufe unseren jungen Kolleginnen und Kollegen zu: Für Euer Engagement bekommt Ihr alle Unterstützung, die Ihr braucht. Das verspreche ich Euch. (Beifall)

Zum Schluss: Bei alledem, was man über uns sagt, will ich selbstbewusst feststellen: Trotz der Mitgliederverluste, die wir hatten, sind in den Gewerkschaften drei

Mal mehr Menschen organisiert als in allen Parteien zusammen. Das sollte niemand vergessen. (Beifall) Wir sind immer noch das Stärkste, was die Schwachen haben.

Das verdanken wir nicht zuletzt dem hunderttausendfachen Einsatz unserer ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Ohne sie, ohne unsere Ehrenamtlichen, hätten wir niemals die Stärke, die wir haben. Die Basis für ihr Engagement zu erhalten und auszubauen, auch das ist eine wichtige Aufgabe unserer Organisationspolitik. Wer Flächendeckung will, muss die Arbeit der Ehrenamtlichen nicht nur würdigen, sondern muss ihre Arbeitsmöglichkeiten verbessern, Kolleginnen und Kollegen. Das gilt übrigens auch für die Hauptamtlichen.

Liebe Delegierte! Ein letztes Wort. Ich weiß, es ist schwer. Trotzdem: Wir dürfen uns niemals zum Spielball eines neokonservativen Zeitgeistes machen lassen. Wer sich bei der anderen Seite anbiedert, der hat schon verloren. Denen können wir es nie Recht machen, und wir wollen es übrigens auch nicht.

Zeitgeister verändern ihre Gestalt wie die Mode. Und dass man einen Zeitgeist auch drehen kann, beweist die Tatsache, dass wir mit unserer Forderung nach Achtung der Menschenwürde durchaus Wirkung erzielt haben.

Merke: Man kann den Zeitgeist drehen. Man muss es nur wollen. (Starker, anhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich von den Plätzen)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Michael! Wir danken Dir für Dein Grundsatzreferat, für Deine klaren und deutlichen Worte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir treten jetzt in die Aussprache zum Grundsatzreferat ein. Leider liegen bei der Wortmeldestelle noch keine Wortmeldungen vor. Aber ich denke, Ihr habt alle Bedarf, gemeinsam zu diskutieren. Deshalb fordere ich Euch jetzt auf, Eure Wortmeldungen abzugeben. - Okay, da kommt die erste. Du darfst sie ausnahmsweise gleich bei mir abgeben.

Als Erste hat das Wort Belinda Brechbilder, ver.di, Delegiertennummer 312.

Belinda Brechbilder

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Michael Sommer! Der Fernsehsender Phoenix berichtete am 16. 12. 2004 vom Klassenkampf und dem Krieg gegen die Gewerkschaften. Der ehemalige Arbeitgeberboss Rogowski war darin so offen wie noch nie. Zitat: „Am 9. November 1989 haben wir mit der Maueröffnung auch die Abrissbirne gegen den Sozialstaat in Stellung gebracht. Hartz V bis VIII werden demnächst folgen. Es ist ein Klassenkampf, und es ist gut so, dass der Gegner auf der anderen Seite kaum noch wahrzunehmen ist.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum noch wahrzunehmen ist? Seit 1991 hat der DGB 5 Millionen Mitglieder verloren. 5 Millionen - diese Zahl kommt mir irgendwie bekannt vor. 5 Millionen - ach ja, 5 Millionen Menschen sind in unserem Land ohne Arbeit. Kann man diese beiden Zahlen in Zusammenhang bringen? Ich sage ja. Denn viele erwerbslose Mitglieder haben uns enttäuscht den Rücken gekehrt.

Hier auf dem Kongress wird die Trendwende propagiert. Da draußen steht eine Litfasssäule, und die Kolleginnen und Kollegen können sich dort zur Trendwende äußern. Da finden sich viele verschiedene Vorstellungen zum Thema Trend.

Ich sage Euch etwas: Ich weiß nicht, was Trend ist, und ich will es auch gar nicht wissen. Aber ich will, dass die erwerbslosen Menschen in unserem Land in Würde leben können. (Beifall) Schluss mit den Schmarotzerdebatten und mit Schuldzuweisungen in Richtung der Erwerbslosen.

Die Hartz-Gesetze sind nicht gottgegeben. Sie wurden von Menschen gemacht, von Politikern aus Parteien. Und welche Parteien es waren, wisst Ihr selbst. Einige von Euch müssen da nur mal in ihre Parteibücher gucken. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke nicht, dass ich jetzt Karl Marx und die elenden Massen bemühen muss. Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus, erwünschter hoher Arbeitslosigkeit und billigen Arbeitskräften dürfte jedem klar sein.

Je mehr es von uns Erwerbslosen gibt und je schlechter man uns behandelt, umso eher sind die, die noch Arbeit haben, bereit, um jeden Preis zu arbeiten. (Beifall)

Die Hartz-Reform zeigt, wie untrennbar Arbeitnehmerrechte und die Rechte von Erwerbslosen miteinander verbunden sind. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Senioren, ich bitte ausdrücklich Euch: Setzt Euch für die Rechte von Erwerbslosen ein! Alle Verbesserungen, die Ihr für uns in Jahrzehnten hart erkämpft habt – und ich möchte mich an dieser Stelle mal dafür bedanken –, (Beifall) sind in Gefahr. Auch Eure Renten sind in Gefahr. Denn Erwerbslose, die in Ein-Euro-Jobs oder dubiose Qualifizierungsmaßnahmen gesteckt werden, um die Statistiken zu schönen, füllen keine Kassen. Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Und Ihr, Ihr Jugendvertreter, setzt Euch für die Rechte von Erwerbslosen ein! Denn damit setzt Ihr Euch für Euch ein. Ich denke nicht nur an Eure arbeitsplatzsuchenden Kolleginnen und Kollegen, sondern auch an Eure Zukunft und an Eure zukünftigen Arbeitsbedingungen.

Ganz besonders möchte ich die Kolleginnen ansprechen. Ihr wisst alle: Frauen sind in besonderem Maße durch die Einführung des Arbeitslosengelds II betroffen worden. Nicht nur dass sie jetzt wieder vom Partnereinkommen abhängig sind, Frauen haben es auch aufgrund ihrer Biologie schwerer, einen Arbeitsplatz zu suchen, und Wiedereinsteigerinnen macht man es auch nicht leicht. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Bundesvorstand, lieber Kollege Michael Sommer, belass es bitte nicht bei Lippenbekenntnissen. Du hast mehrmals die Problematik der Erwerbslosen angesprochen, und ich bin Dir dankbar dafür. Aber setzt bitte hier auf diesem Kongress ein Zeichen nach drinnen und draußen! Startet die größte Rückholaktion aller Zeiten! Setzt Euch in Wort und Tat für die erwerbslosen Kolleginnen und Kollegen ein! Sorgt dafür, dass sie mehr Geld haben und auch ihre Beiträge bezahlen können! Setzt Euch gemeinsam ein gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, für mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität! – Danke. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Ich danke Dir. Als Nächster hat das Wort Norbert Kemper von der IG Metall mit der Delegiertennummer 189.

Norbert Kemper

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in den letzten Tagen mit Interesse das Projekt „Trendwende“ hier auf dem Gewerkschaftstag beziehungsweise auch draußen an den Ständen verfolgt und mich gefragt, als Gewerkschaftssekretär vor Ort: Wie will denn der DGB vor Ort diese Trendwende praktisch umsetzen?

Ich kann für mich als Geschäftsführer in einem Flächenbereich nur sagen: Machen wir Mitgliederwerbung und Mitgliederhaltung als den zentralen Punkt für unsere Aufgabe, um unsere Mitglieder zu halten beziehungsweise neue zu werben. Mit unseren betrieblichen Funktionären. Wenn ich mir das dann vor Ort beim DGB ansehe, der da zuständig ist von der Eifel, sprich der belgischen Grenze, bis fast zum Ruhrgebiet, das einen Querschnitt von fast 150 Kilometern hat, um dann mit

zweieinhalb Kräften das politisch zu unterstützen, dann stelle ich das für mich schon mal ein Stückchen in Frage, ob das die Glaubwürdigkeit ist, Mitgliederwerbung und Mitgliederhaltung in der Tat neu zu bearbeiten.

Kolleginnen und Kollegen! Worauf es mir und auch den betrieblichen Funktionären ankommt, heißt auch Unterstützung. Ich habe beim Geschäftsbericht sehr genau zugehört, als gesagt worden ist, dass der Rechtsschutz quantitativ und qualitativ nicht verloren hat. Ich muss vor Ort aber feststellen, dass er in der Fläche sehr wohl quantitativ und auch qualitativ zurückgeht. Wenn ich heute unsere Betriebsräte vor Ort mit dem Rechtsschutz nicht mehr konfrontieren kann, sondern sie 60 Kilometer zur nächsten Rechtsschutzstelle fahren müssen, dann ist das qualitativ schlechter.

Wenn Ihr jetzt ein neues Projekt Mitgliederwerbung und Mitgliederhaltung auflegt, dann kann ich nur sagen, das werden die Kolleginnen und Kollegen begrüßen, aber wenn sie nicht erfahren, dass sie Unterstützung haben, ist das im Wind. Ich kann nur sagen, was wir zurzeit bei Mitgliederwerbung und Mitgliederhaltung brauchen, das ist unter anderem für unsere Kolleginnen und Kollegen ein funktionierender Rechtsschutz. Wenn der nicht gewährleistet werden kann, dann ist das andere aus meiner Sicht eine Totgeburt. Ich habe die herzliche Bitte an alle Verantwortlichen, gerade für uns als Mitgliedergewerkschaft, dass Rechtsschutz funktioniert. Sonst werden wir in den nächsten Monaten an der Ecke ein Problem bekommen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Kollege. – Es spricht jetzt zu uns Hanjo Lucassen vom DGB Sachsen mit der Teilnehmernummer 99.

Hanjo Lucassen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst möchte ich Michael Sommer ganz herzlich für sein wegweisendes Grundsatzreferat danken. Ich bin Dir auch dankbar, Michael, dass Du den Finger in eine Wunde gelegt hast, die sehr viele Kolleginnen und Kollegen bedrückt. Ich meine den Verkauf kommunalen Wohnungseigentums. Ich sage an dieser Stelle einmal ganz deutlich: Die „Heuschrecken“ sind schon vor unserer Wohnungstür. Am Sündenfall Dresden – mein Kollege René Fitz wird heute Nachmittag noch bei einem Initiativantrag dazu sprechen – ist der Sündenfall ganz klar geworden: Die Städte verlieren durch den Verkauf ihre Handlungsfreiheit bei der Stadtentwicklung und bei der Bereitstellung von sozialem Wohnraum. Und nach dem Verkauf, Kolleginnen und Kollegen, droht die Sanierung. Wir müssen doch wissen, dass dort viele ältere Kolleginnen und Kollegen wohnen. Dann wird dort saniert. Und anschließend wird dann verkauft.

(Eine Demonstrantengruppe mit großen Spruchbändern „Jobkiller FIAT“, „O&K“ und weiteren Aufschriften betritt unter dem Beifall der Delegierten den Saal und begibt sich auf die Bühne)

Letztendlich drohen den Mietern dann höhere Mieten. Und dann kommt es dazu, Kolleginnen und Kollegen, dass den verkauften Wohnungen dann die Versteigerung an der Börse droht.

Kolleginnen und Kollegen! Die potentiellen Investoren halten sich stets im Hintergrund. Dennoch verfolgen sie nur eines – und das hat Michael auch deutlich gesagt –: Die Steigerung ihrer Dividende. Letztendlich aber zahlt der Mieter die Zechen.

Die jetzt angeschobene Diskussion zum Verkauf des öffentlichen Wohnungsraums – es wird häufig gesagt, dass man dann die Städte entschuldet – zeigt die Gefahr

eines Flächenbrandes. In Dresden haben wir das, in Leipzig wird es auch überlegt, in Freiburg und jetzt also auch in Nordrhein-Westfalen mit 130.000 Wohnungen, die dort verkauft werden sollen.

Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, auch hier von diesem Kongress muss dazu ein deutliches Signal gesetzt werden, und ich glaube, wir haben bei der Beratung des entsprechenden Initiativantrags auch noch Gelegenheit, dieses Thema zu erörtern. Aber trotzdem: Ich denke, es gehört dazu, dass wir uns dieser Frage stellen. Letztendlich sind die Mieter im sozialen Wohnungsbau auch unsere Mitglieder. – Herzlichen Dank. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Hanjo.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich denke Ihr alle habt gemeinsam mit mir dafür Verständnis, dass ich jetzt die Rednerliste kurz unterbreche. Ihr seht, wir haben im Saal Gäste bekommen, und diese möchte ich mit Euch ganz herzlich begrüßen. (Anhaltender starker Beifall – Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen – Die Demonstranten auf der Bühne zeigen ihre langen Spruchbänder)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Michael Sommer hat in seiner Grundsatzrede den Widerstand vieler Menschen, vieler Kolleginnen und Kollegen gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsschließungen gewürdigt. Ein besonders harter Konflikt, eine besonders harte Auseinandersetzung findet zurzeit in dieser Stadt, hier in Berlin statt. Begrüßt nochmals mit mir gemeinsam die Kolleginnen und Kollegen von CNH, ehemals Orenstein & Koppel. (Lebhafter Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von CNH! Wir begrüßen Euch auf unserem DGB-Bundeskongress und bekunden Euch unseren Respekt vor Eurem Widerstandswillen und vor Eurer Kampfkraft. Seit hundert Tagen befindet Ihr Euch im Streik. Unser ganzer Respekt gilt Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

CNH gehört zum FIAT-Konzern. Der Standort in Berlin-Spandau soll jetzt trotz schwarzer Zahlen geschlossen und nach Italien verlagert werden. (Buh-Rufe und Pfiffe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser DGB-Kongress solidarisiert sich mit Euch und Euren Kolleginnen und Kollegen. Wir unterstützen Eure Forderung nach dem Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hat jetzt das Wort der Kollege Jürgen Peters.

Jürgen Peters, Vorsitzender der IG Metall

Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, dass unsere Kolleginnen und Kollegen von CNH hierher gekommen sind, das ist doch ein Beispiel dafür, wie in dieser Gesellschaft mit Arbeitnehmern umgegangen wird, ist es doch ein Beispiel dafür, dass man keine Rücksicht darauf nimmt, wie sich hier in dieser Region letztendlich auch die Arbeitsmöglichkeiten entwickeln.

Ein Konzern, der weltweit aufgestellt ist, vernichtet aus Machtgründen Arbeitsplätze hier in Berlin, obwohl schwarze Zahlen geschrieben werden. Eine Sauerei hoch drei! (Beifall)

Ich bin stolz darauf, dass unsere Kolleginnen und Kollegen nicht resignieren, sondern in der nächsten Woche bereits hundert Tage streiken werden, streiken für ihr Recht auf Beschäftigung, auf eine vernünftige, menschenwürdige Verfahrensweise, einen Umgang, von dem man sagen kann, Arbeitnehmer sind nicht der Spielball von Interessen von Profiteuren. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, müssen

wir alle sehen, dass wir einen solchen Konzern dazu bewegen, mit Menschen menschenwürdig umzugehen.

Wir hoffen und setzen darauf, dass dies auch die Politik begreift. Wir können nicht permanent den Unternehmen alles gewähren, während diese sich ihrer sozialen Verantwortung jederzeit und überall entziehen. Wir wollen die soziale Verantwortung von Unternehmen für die Beschäftigten, für die Region. – Herzlichen Dank. (Starker, anhaltender Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, es entspricht unserem gemeinsamen Verständnis, wenn wir jetzt einem Kollegen von CNH das Wort geben. (Beifall)

Kollege, Du hast das Wort.

Luis Sergio, IG Metall

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Namen auch der streikenden Kolleginnen und Kollegen von CNH vielen Dank dafür, dass wir heute bei Euch sein dürfen sowie für die Einladung und die Gelegenheit, hier zu sprechen.

Kolleginnen und Kollegen! Die Belegschaft von BSH – BSH sage ich schon; das ist ein anderer Krisenbetrieb in Berlin - die Belegschaft von CNH steht seit 94 Tagen im Arbeitskampf. Seit dem 23. November, also im Grunde seit genau sechs Monaten führen wir diese Auseinandersetzung, eine Auseinandersetzung, bei der es unmittelbar um die rund 400 betroffenen Arbeitsplätze und um die Beschäftigten auf diesen Arbeitsplätzen und deren ungefähr tausend Kinder geht, die dahinter stehen. Wir haben aus Sicherheitsgründen darauf verzichtet, die genaue Zahl der Lebenspartner und Lebenspartnerinnen zu erheben. Aber es geht in dieser Auseinandersetzung um sehr viele Menschen und um deren Schicksal. Seit 94 Tagen also befinden wir uns Tag und Nacht im Arbeitskampf, bei dem es natürlich nicht nur um die unmittelbaren Interessen, die Arbeitsplätze und um die Zukunft der Kolleginnen und Kollegen und deren Familien geht, sondern auch um Würde. Es geht darüber hinaus um Perspektiven für die Region Berlin und Brandenburg.

Mittlerweile, obwohl das zu Anfang durchaus nicht unsere Absicht war, geht es aber wohl auch um eine ganz prinzipielle Auseinandersetzung in diesem Land sowie im europäischen Rahmen, nämlich darum, wie mit der Zukunft von Menschen, mit den Verlagerungsabsichten, mit der Globalisierung und mit anderen Problemfällen umgegangen wird. Es geht auch darum, dass Menschen eben nicht einfach auf die Straße gesetzt werden dürfen, nur weil es um die Renditeinteressen von globalisierten, weltweit tätigen Unternehmen wie in diesem Fall dem FIAT-Konzern geht. (Beifall)

Seit 94 Tagen befinden wir uns im Arbeitskampf. Das hat auch damit zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir das Pech haben, mit dem FIAT-Konzern eine besonders hartleibige Kapitalfraktion erwischte zu haben und die Verhandlungen, in denen wir uns befinden, mit den Jungs der anderen Seite alles andere als Ferrari-Geschwindigkeiten erreichen.

Es ist schon fast skandalös, wenn man sich vor Augen führt, mit welcher Zermürbungstaktik hier ein internationaler Konzern versucht, die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen klein zu kriegen und zur Aufgabe zu zwingen. Das ist zwar eine kleine Belegschaft, aber es ist auch eine tapfere Belegschaft. (Starker Beifall)

Diese Belegschaft hat nun seit fast hundert Tagen viel geleistet. Sie hat nicht nur den Streik konsequent und stabil geführt, sodass mannigfaltige Versuche, zum Beispiel Geräte vom Werksgelände herunterzubekommen, um den Streikenden damit das wirtschaftliche Rückgrat auszubrechen, abgewehrt werden konnten,

(Beifall) sondern diese Belegschaft ist auch permanent in der Stadt, in der Region, aber auch europaweit unterwegs, um ihre Auseinandersetzung bekannt zu machen. Mittlerweile haben wir eine ganze Reihe von Reisekadern ausgebildet: Brüssel, Paris, Turin am 1. Mai, Athen beim Europäischen Sozialforum und und und. Es ist mittlerweile auch eine internationale Auseinandersetzung geworden.

Es ist auch das Verdienst dieser Belegschaft, nicht nur den Streik vor Ort quasi am Ende der Erdscheibe bei Staken stabil zu machen – wenn Ihr Euch das mal anschaut, dann gibt es dort zwei Eisenbahnlinien; wenn man nun noch glauben würde, dass die Erde eine Scheibe wäre, könnte man durchaus meinen, dass die Scheibe kurz dahinter aufhört –, sondern ihn auch darüber hinaus in die Welt zu tragen. Diese kleine Belegschaft, Kolleginnen und Kollegen, tut alles, was in ihren Kräften steht, um den Streik erfolgreich zu führen, um ihre Ziele, um Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erreichen.

Sie braucht aber zwingend die Unterstützung von vielen, Eure Unterstützung, Kolleginnen und Kollegen. Das mag am Ende meiner kurzen Ansprache ein unbescheidener Aspekt sein, weil Gäste normalerweise der Höflichkeit folgend die Aufgabe haben, bescheiden aufzutreten. Das möchte ich ausdrücklich diesmal nicht tun, Kolleginnen und Kollegen (Beifall – Pfiffe), sondern Euch bitten, im Rahmen Eurer Möglichkeiten, wenn Ihr wieder zuhause seid, auch über den DGB-Kongress zu berichten. Es gibt ja bestimmt Einiges davon zu berichten. Aber vergesst nicht, dass diese streikende Belegschaft ein Teil Eurer Tage hier in Berlin war, und vergesst nicht, Euren Teil dazu beizutragen, dass diese Auseinandersetzung nicht in Vergessenheit gerät, sondern im Fokus der Öffentlichkeit und in Eurer Erinnerung bleibt.

Wir brauchen nach wie vor jede Form der Unterstützung, Kolleginnen und Kollegen, weil sich ein schnelles Ende des Arbeitskampfes leider nicht abzeichnet. Wir brauchen Euch!

In diesem Sinne noch einmal vielen Dank für die Gelegenheit, bei Euch zu sein und zu Euch sprechen zu dürfen. – Danke schön. (Minutenlang anhaltender starker Beifall, in rhythmisches Klatschen übergehend - die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von CNH! Ich gebe Euch hiermit nochmals unsere Unterstützung. Haltet durch! Denn Durchhalten lohnt sich. Auch wir und ver.di haben durchgehalten und haben die Tarifaueinandersetzung gewonnen. Alles Gute für Euch!

(Die Demonstranten verlassen unter dem rhythmischen Klatschen der stehenden Delegierten mit ihren Transparenten und in ihrer Streikbekleidung den Saal)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man ist absolut beeindruckt. Jetzt an dieser Stelle weiterzumachen, ist nicht einfach; aber wir haben noch einen Tag vor uns. Deswegen bitte ich jetzt Anni Gondro von ver.di mit der Delegiertennummer 273, das Wort zu nehmen. Anni, Du bekommst ein Mikrofon und hast das Wort.

Anni Gondro

Ich habe es schon. – Guten Tag, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Sommer, ich muss jetzt meine kurze Rede, die ich halten will, leider anders beginnen. Das war jetzt Solidarität, die ich sehr begrüße, weil mein Leben daraus bestand. (Beifall) Ich habe aus den drei Punkten, die Du angeführt hast, einen herausgezogen; sonst wird es zu viel. Ich begeben mich auf die unterste Ebene und frage: Welche menschlichen Rechte haben wir?

Als ich 1947 als junge Frau in den DGB eintrat, kam ich sofort in eine Funktion, ohne eine Ahnung zu haben, was auf mich zukam. Ich muss sagen, dass ich mich von der untersten Ebene – ich war damals in Bremen, meiner zweiten Heimat – über die Landesebene bis zur Bundesebene hochgearbeitet habe, um die Gleichberechtigung der Frauen und gleichen Lohn bei gleicher Arbeit zu erreichen, den Kündigungsschutz, den Mutterschutz und und und. Ich könnte Dinge aufzeigen, die wir in der Frauenarbeit – das möchte ich betonen –, die ich bis heute noch weitermache, damals erarbeitet haben. Wenn ich dann sehe, was heute passiert, frage ich mich: In welcher Welt lebe ich? Ich kann es einfach nicht begreifen. Die menschliche Würde ist unantastbar, aber die menschliche Würde wird verletzt.

Wenn ich hier zu einigen Punkten spreche, so möchte ich sagen: Es ist wirklich die untere Ebene, von der ich rede und auf der ich mitarbeite. Ich bin seit zwanzig Jahren in der Seniorenarbeit, von der unteren Ebene bis zum Bundesseniorenausschuss. Das ist eine schwere Aufgabe und eine schwere Arbeit. Wir werden nicht überall mit dem verstanden, was wir wollen. Aber was wir wollen, ist die gemeinsame Arbeit mit den Fachbereichen. Das mache ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in Hannover, indem wir die Fachbereiche sehr ernst nehmen.

Ich bin seit zehn Jahren in Bremen in meiner Gewerkschaft HBV. Wir haben damals eine Großkundgebung um die Gleichberechtigung des Lohnes durchgeführt. Wir bekamen damals als Verkäuferinnen zehn Prozent weniger als die Kollegen, die die gleiche Arbeit machten. Das Ladenschlussgesetz war etwas, das wir erarbeitet haben. Wir waren stolz darauf. Aber wo sind wir heute? Es ist wirklich sagenhaft, wenn man die 60 Jahre zurückdenkt. Und man fragt sich: Was ist eigentlich daraus geworden? Wir hatten damals weder einen Kühlschrank noch einen Staubsauger. Wir wohnten in einfachen, bescheidenen Verhältnissen. Wenn man heute an das Ladenschlussgesetz geht, unter dem überwiegend die Frauen arbeiten, so, muss ich sagen, ist das eine Sauerei. (Starker Beifall)

Wenn wir Frauen damals Heiligabend nach Hause kamen, haben wir mit den Kindern Abendbrot gegessen, die Bescherung gemacht und Weihnachtslieder gesungen. Danach aber bin ich eingeschlafen. Das passiert den Kolleginnen im Handel heute auch. Das weiß ich, weil ich es selbst erlebt habe.

Jetzt aber zur Seniorenarbeit. Zwei Reihen vor mir sitzt der große Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di. Ich habe gedacht, er sei vielleicht nicht da. Ich weiß, dass ihm das nicht angenehm ist, wenn man über ihn redet; aber ich muss es tun. Er ist als junger Sekretär mit uns durch die Altenheime gezogen. Diese Arbeit habe ich angenommen und mache sie heute noch. (Beifall)

Lieber Frank, es war eine schwere Aufgabe, aber wir haben unsere Arbeit in Hannover blendend gemacht und viel erreicht. Allerdings sollten 1980 die Altenheime der Landeshauptstadt verkauft werden. Sie sind im vorigen Jahr in den Tarifvertrag aufgenommen worden. Dabei haben wir mitgearbeitet. Und warum? Weil wir in der Landeshauptstadt direkt zusammenarbeiten.

So kann ich viele Dinge sagen. Aber das Wichtigste ist, was Du am Anfang angesprochen hast. Die Altenpflegerinnen werden schlecht bezahlt. Sie werden nicht nur schlecht bezahlt, sondern sie werden von jungen Jahren an kaputtgemacht. (Beifall) Die Arbeitsbedingungen sind völlig verändert; denn das System, das in den Heimen eingeführt worden ist, bedeutet so viel Arbeit nebenbei, dass von einer Ausbildung keine Rede mehr sein kann. Deswegen bleibt keine Zeit für Streicheleinheiten für die Heimbewohner, die sie so nötig brauchen. (Beifall)

Wir sind ständig in den Heimen. Sie schießen wie Pilze aus der Erde. Das kann ich von Hannover sagen. Private sind es natürlich. Und die privaten Heime machen noch Gewinn. Aber die städtischen Heime haben ein Minus. Das muss aufgeholt werden.

Wenn jetzt die Mehrwertsteuererhöhung kommt, ist die Belastung noch größer. Fast 90 Prozent der Menschen in den Heimen leben vom Sozialamt. Das ist ihr letzter Lebensabschnitt, und wir Senioren versuchen, diesen Menschen diesen letzten Lebensabschnitt ein bisschen zu erleichtern. Wir bemühen uns darum und tun das auch.

Ich habe für die Bezirksseniorenkonferenz schon die Anträge eingereicht, die sich mit Altenpflege, mit den Heimbewohnern und mit den dafür zuständigen Gesetzen wie Pflegeversicherung und mit allem befassen, was verbessert werden muss. Alles ist, wie ich gehört habe, einstimmig beschlossen worden. Es ist eine wichtige Aufgabe, die wir als Senioren machen können.

Ich muss jetzt auf die Redezeit achten. – Ich will nur sagen: Die streikenden Jugendlichen von ver.di, die an den kalten Tagen zu den Protesten und Demos mitmarschiert sind, haben uns alle leid getan. Wir haben uns auch beteiligt, weil wir sagen: Wir gehören dazu. Wir sind zwar Senioren, aber wir gehören zu ihnen und unterstützen ihre Arbeit. (Beifall)

Ein Thema war für mich von Anfang an bis heute – ich glaube, viele, die mich aus Hannover kennen, können das bestätigen – die Werbung. Die Werbung ist das wichtigste Argument in unserer Arbeit. Werben wir nicht – das gilt auch für uns Senioren –, dann können wir nichts erreichen. Bei den Zahlen der Mitglieder, die wir verloren haben, können einem die Tränen kommen. Das tut bitter weh, wenn man so lange wie ich in dieser Arbeit steckt. Also haben wir Senioren uns für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt. Wir schreiben immer wieder Leserbriefe, auch wenn nicht alle veröffentlicht werden; denn wir haben in den Medien kein so gutes Echo.

Aber ein Beispiel möchte ich nennen, weil es so wichtig ist. Wenn unser junger Postbote mit dem Fahrrad durch die Gegend saust und die Post verteilt – er tut mir immer so leid bei Wind und Wetter – und ich Post von ver.di bekomme, dann ruft er schon am Fenster, „Frau Gondo, ver.di hat wieder geschrieben“, weil ich nämlich so viel Post von ver.di bekomme. (Beifall)

Ich erzähle noch ein Beispiel. Als in der Zeitung stand, dass bei der Post wieder Stellen eingespart werden sollen, obwohl diese jungen Menschen schon rund 1.200 Überstunden machen, habe ich einen Leserbrief dazu geschrieben. Und eines Morgens passiert etwas, über das ich Euch berichten will, weil man nicht so oft ein Dankeschön bekommt. Da kam eine junge Postbotin zu mir, und ich wunderte mich darüber, dass eine Postbotin kam. Als ich sie fragte, ob sie nun für uns zuständig sei, sagte sie: „Nein. Aber wir haben Ihren Leserbrief gelesen, und wir bedanken uns dafür. Das soll ich Ihnen von meinen Kollegen ausrichten.“ (Beifall)

Ich muss jetzt zum Ende kommen. Ich hätte noch so viel aus der Seniorenarbeit zu berichten, vor allem für die jungen Menschen hier. Ich freue mich immer, dass junge und alte Kolleginnen und Kollegen gemeinsam arbeiten können. Ich habe keine Probleme mit jungen Menschen. (Beifall) Die Zusammenarbeit mit jungen Menschen gehört zur Seniorenarbeit dazu. Wir müssen diesen Weg beschreiten. Wir arbeiten auch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Gewerkschaften in Hannover zusammen. Das gehört auch dazu.

Nun muss ich wirklich zum Schluss kommen. – Für mich ist das Wichtigste, dass wir alle, die wir hier sind, gemeinsam in der Werbung, in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Altenpolitik eine gute Arbeit leisten, dass wir an die Menschen denken, die ihren Lebensabend oft unter schweren Bedingungen erleiden – das kann man fast sagen – müssen. Und es wird noch schlechter. – Schönen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Anni. – Jetzt hat jetzt das Wort Frank Bsirske, Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 264. – Frank, Du hast das Wort.

Frank Bsirske

Nein, ich sage jetzt nichts zu Hannover, obwohl es Klasse ist, mit solchen Kolleginnen und Kollegen wie Anni Gondro zusammenzuarbeiten. Sie steht mit beiden Beinen auf dem Boden (Beifall) und ist mit Herz und Verstand bei der gewerkschaftlichen Arbeit. Ich finde, das ist großartig, Anni, und ich wünsche: Mach' noch lange so weiter, mit uns zusammen! (Starker Beifall)

Michael Sommer hat dazu aufgefordert, den Kongress zu nutzen, um seine Grundsatzrede zu diskutieren. Ich will Deiner Aufforderung Folge leisten, Michael.

Welche Aufgaben stellen wir uns? Welche Akzente wollen wir setzen? Mit welchem Verständnis gehen wir an die Aufgaben heran? Deine Antwort, Michael, in dieser Grundsatzrede war, heranzugehen an die Aufgaben als eine gesellschaftliche Kraft, die für fundamentale moralische Werte eintritt. Dass Arbeit nicht arm machen darf, dass Arbeit nicht entwürdigen darf – ich finde, das ist genau die richtige Botschaft, Michael. (Beifall) Dass wir eintreten für gute Arbeit und eine Balance finden müssen zwischen guter Arbeit und gutem Leben, dass wir uns einsetzen für den Erhalt und die Festigung der sozialen Sicherungssysteme, sind unsere weiteren Botschaften von diesem Kongress.

Du hast in Deinem Referat zu Recht die Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf zwei Themen gelegt, einmal auf das Thema Armutslöhne und zum anderen auf das Thema Gesundheitsreform. Ich will das aufgreifen, nicht zuletzt mit Blick darauf, dass in wenigen Minuten der Vizekanzler zu uns sprechen wird.

Kolleginnen und Kollegen! Der Kongress hat beschlossen: Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Muss in einer Zeit, in der in der Bundesrepublik im Internet Arbeitsplätze optioniert werden an diejenigen, die bereit sind, für den geringsten Aufschlag auf einen Stundenlohn von 3 Euro brutto ihre Arbeitskraft anzubieten. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Muss in einer Zeit, in der zum Beispiel in der Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg Unternehmen Aufträge kriegen, die dann Subunternehmer einsetzen, welche wieder Subunternehmer einsetzen mit polnischen Kontingentarbeitern, die alle drei Monate rotieren, und die 5 Euro brutto für netto auf die Hand kriegen, ohne dass Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Muss in einer Zeit, in der durch die skandalöse Hartz-IV-Gesetzgebung die Zumutbarkeit von Arbeitsplätzen festgeschrieben wird, die noch 30 Prozent geringer bezahlt werden als Tarif- oder ortsüblicher Lohn. Und es ist ein Muss in einer Zeit, in der auf den Regelsatz von Hartz IV Druck ausgeübt wird, weil angeblich der Abstand zu den Löhnen zu gering ist. Das ist die Situation, Kolleginnen und Kollegen. Da wird massiv an verschiedensten Stellen Druck auf die Löhne ausgeübt, und die Botschaft dieses Kongresses ist: Da gucken wir nicht zu. Das können wir nicht zulassen. Dieses Themas nehmen wir uns an. Damit finden wir uns nicht ab, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Das Problem ist – und darin liegt die Härte der Auseinandersetzung begründet –, dass das keineswegs Gemeingut in dieser Gesellschaft ist. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, hat es fertig gebracht, in einem Interview mit der „Magdeburger Volksstimme“ unlängst zu erklären, dass manche von uns – und wir können sicher sein, er meint dabei nicht selbst – sich darauf einstellen müssen, in Zukunft einen Lohn zu bekommen, der in Deutschland zum Überleben nicht mehr reicht. Das hat er wörtlich gesagt. Er fährt fort: Dann werden zwei bis drei Familienmitglieder arbeiten gehen müssen, damit die Familie einen Lohn bekommt, der

zum Überleben reicht. Kolleginnen und Kollegen! Das legt die Frage nahe, wer das dritte Familienmitglied sein soll, das arbeiten gehen muss, damit die Familie überleben kann. Das Kind? Der Großvater? Die Großmutter? Was ist das anderes als eine Kampfansage an die arbeitenden Menschen in diesem Lande? Ich finde, die gehört aufgenommen, angegriffen, gezeißelt und so nicht akzeptiert, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Wir haben dieses Unwort dieses neoliberalen Chefvolkswirts konfrontiert mit einem anderen Zitat, das ich vorlesen möchte. Es lautet: „Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben. Mit einem zum Leben ausreichenden Lohn meine ich mehr als das bloße Existenzminimum. Ich meine Löhne, die ein anständiges Leben ermöglichen.“ (Beifall) Kolleginnen und Kollegen! Das Zitat stammt von Franklin Delano Roosevelt aus der Rede zur Einführung des nationalen gesetzlichen Mindestlohns in den USA im Jahre 1934. Wer eine Vorstellung davon bekommen will, wie tief der Bruch ist zwischen diesem Geist und dem Geist, den die Neoliberalen säen, der muss dieses Zitat konfrontieren mit den Worten von Norbert Walter, der es für völlig selbstverständlich hält, den arbeitenden Menschen zu sagen: Ihr müsst Euch darauf einrichten, einen Lohn zu bekommen, der für Euch zum Überleben nicht mehr reicht.

Das ist Realität in diesem Lande, Kolleginnen und Kollegen, 70 Jahre nach dieser Rede von Roosevelt. Wir sind gut beraten, diese Auseinandersetzung als eine zutiefst moralische Frage anzugehen. Wir sind nicht bereit hinzunehmen, dass eine solche Moral gegen die arbeitenden Menschen um sich greift und in diesem Lande propagiert werden kann. (Beifall)

Ich finde, es sollte selbstverständlich sein – ich sage das mit Blick auf Frau Merkel und mit Blick auf Franz Müntefering -, dass wir aufschließen zu dem Niveau unserer westeuropäischen Nachbarn, wo wir überall auf gesetzlich festgelegte Mindestlöhne zwischen 7,01 Euro (in Irland) und 8,43 Euro (in Luxemburg) treffen. Dazwischen liegen die Franzosen, die Briten, die Niederländer und die Belgier.

Es ist nicht einzusehen, dass das, was praktisch in allen westeuropäischen Nachbarländern Standard ist, ausgerechnet beim Exportweltmeister Deutschland den Ruin der Volkswirtschaft bedeuten sollte. Das kann uns keiner einreden. Das ist Angstmache. Das ist Augenwischerei, Kolleginnen und Kollegen. Wir sollten das nicht akzeptieren. (Beifall)

Die britischen Arbeitgeber haben in den Neunzigerjahren eine Kampagne gegen die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns geführt mit dem Hinweis darauf, dass der drei Millionen Arbeitsplätze kosten würde. Als er eingeführt wurde, hat sich herausgestellt, dass das Gegenteil der Fall war. Heute sind es die britischen Arbeitgeber, die den gesetzlichen Mindestlohn in England, in Großbritannien – da ist die Differenz zwischen Wales und London nicht größer als die zwischen Erfurt und München – als eine der wesentlichsten, am ausgeprägtesten positiv laufenden sozialpolitischen Institution in Großbritannien bezeichnen.

Ich finde: Davon dürfen die Regierenden im Lande durchaus lernen. Die und noch viele andere, vor allen Dingen solche Leute wie Norbert Walter. Deswegen ist die Forderung von diesem Kongress an CDU und SPD völlig klar: Macht Ernst mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes nicht unter 7,50 Euro. Das ist die Forderung der deutschen Gewerkschaftsbewegung an diese Regierung! (Beifall)

Wir werden das zum Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Bewegung machen müssen und als eine Aufgabe ansehen, die dieser Kongress dem Bund der Gewerkschaften gestellt hat.

Gesellschaftliche Auseinandersetzung, Kolleginnen und Kollegen, ist auch bei der Gesundheitsreform nötig. Was man aus Koalitionskreisen hört, muss hellhörig machen. Da ist von einem Fonds die Rede, gespeist aus einem Arbeitgeberbeitrag in Höhe von sechs Prozent der Lohnsumme der in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Arbeitnehmer, ohne Beitragsbemessungsgrenze. Dieser Fonds setzt sich ferner zusammen aus einem Arbeitnehmerbeitrag in Höhe von sieben Prozent, mit Beitragsbemessungsgrenze, aus einem reduzierten Beitrag des Bundes – die Hälfte etwa von dem, was jetzt gezahlt wird – und einem Beitrag der PKV. Womit das Thema Bürgerversicherung erledigt sein soll.

Plus Einführung einer Minikopfpauschale von bis zu 45 Euro bei den Kassen, die anders ihre Ausgaben nicht gedeckt kriegen, die Einführung eines Risikostrukturausgleichs, ausschließlich bezogen auf Alter und Geschlecht, nicht auf die krankheitsbedingten Kosten der Kassen, und die Aufhebung der Budgetdeckelung bei den niedergelassenen Ärzten zu Gunsten von Festpreisen, wie von der Kassenärztlichen Vereinigung gefordert.

Kolleginnen und Kollegen! Das muss in mehrfacher Hinsicht alarmieren. Wenn die Lohnsummensteuer, von der da die Rede ist, nur auf die Gehälter der in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten ohne Beitragsbemessungsgrenze erhoben wird, nicht auch auf die Gehälter der in der privaten Krankenversicherung Versicherten, dann wird ein Diskriminierungstatbestand geschaffen, der bedeutet, dass zum Beispiel für freiwillig Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung vom Arbeitgeber sechs Prozent mehr vom Lohn bezahlt werden müssen als für solche, die in der privaten Krankenversicherung sind.

Da kann man sich ausrechnen, was dann passiert: Wir haben vier Millionen freiwillig Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Druck, aus der gesetzlichen Krankenversicherung auszusteigen und in die PKV zu wechseln, wird enorm sein.

Ich frage vor diesem Kongress in Richtung Bundesregierung: Stimmt das? Ist so etwas geplant? Wenn ja, können wir sicher sein, das bedroht die Versorgerkassen existenziell. Genauso, wie ein Risikostrukturausgleich ohne Einrechnung der krankheitsbedingten Kosten die Versorgerkassen existentiell bedroht. Genauso wie die Minikopfpauschale extrem unsozial ist.

Lasst mich das zum Abschluss noch einmal deutlich sagen: Ich habe erst vor kurzem mit einer Kollegin geredet: Einzelhandel, 40 kontinuierliche Beitragsjahre, 643,53 Euro monatliche Rente. Das ist die Lage. 45 Euro Minikopfpauschale für eine solche Rentnerin, das ist inakzeptabel, das ist unsozial! Das muss auf unseren Widerstand treffen. (Beifall)

Da ist Franz Müntefering gefordert, Flagge zu zeigen, zu bekennen, was da diskutiert wird, damit wir uns darauf einstellen und in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eintreten können um den Weg, den unser Gesundheitswesen in Zukunft nehmen soll.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen: Lasst es uns gemeinsam angehen. Lasst uns hier die richtigen Akzente setzen. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Frank. Ich werde jetzt den Kongress für eine fünfzehnminütige Kaffeepause unterbrechen. Danach hat das Wort Karin Nieswandt, ver.di, Delegiertenummer 307. Karin, Du bist gleich nach der Pause dran.

Franz Müntefering wird gegen 12 Uhr erwartet. Bis dahin werden wir die Aussprache fortführen. – Danke, Kolleginnen und Kollegen!

Der Kongress ist hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.47 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 11.19 Uhr)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehe ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, eine Information: Es werden jetzt die Boxen durch die Blöcke gereicht, um noch einmal die Solidarität mit CNH zu bekunden. Ich bitte Euch herzlich, davon Gebrauch zu machen.

Jetzt hat das Wort Karin Nieswandt von der Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 307.

Karin Nieswandt

Zur Rede von Michael, die sehr bemerkenswert war. Aber was mir in dieser Rede gefehlt hat, war die Frage Krieg und Frieden. Du hast einmal das Wort Frieden erwähnt, und das war es dann. Ich denke, das ist für den DGB einfach zu wenig. (Vereinzelter Beifall)

Wir wissen alle, unter der Kohl-Regierung wurden die verteidigungspolitischen Richtlinien beschlossen, und Schröder hat sie dann unter seiner Regierung noch verschärft. Diese Richtlinien sehen vor, dass die deutsche Bundeswehr eingesetzt werden kann, um die Rohstoffe für die Unternehmen zugänglich zu machen. Das sind jetzt meine Worte, das ist kein Zitat. Auf EU-Basis wird in diesem Bereich auch sehr daran gestrickt, um einsatzfähig in aller Welt zu sein.

Wohin das führt, um an Rohstoffe zu kommen, haben wir beim Irak-Krieg gesehen; denn das ist mit ein Grund, warum dieser Krieg überhaupt geführt worden ist. Und das ist mit ein Grund, um möglichst in den Iran einzumarschieren.

Wir wissen alle: Der Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn wir ein soziales Europa wollen, brauchen wir Geld, und dieses Geld wird in der Rüstung verpulvert. Dafür können wir nicht sein.

Noch einmal: Uns würde es als DGB gut anstehen, in diesen Fragen klare Position zu beziehen. Für Arbeitnehmer und die normale Bevölkerung ist Krieg immer ein Verlust. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Karin. Jetzt hat das Wort Jürgen Hohmann, Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 282.

Jürgen Hohmann

Lieber Michael, ich glaube, Du hast hier eine ganz klare Vorlage für unser Programm als DGB gegen das neoliberale Projekt geliefert. Wir können ja heute sagen: Das neoliberale Projekt ist im letzten September bei der Bundestagswahl abgewählt worden. Rot-Grün, das dafür gestanden hat, den Menschen in diesem Land in die Taschen zu fassen, hat eine dramatische Niederlage erlitten. Das Projekt Agenda 2010 ist von den Bürgern abgewählt worden. Die Marktradikalen von CDU und FDP haben auch keine Mehrheit in diesem Land. Auch das ist deutlich geworden, Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen sage ich: Trendwende. Wir haben an der Trendwende in diesem Land

mit unseren Positionen in den letzten Jahren mit dem Widerstand gegen die Agenda 2010 mitgearbeitet. Ich denke, das ist auch heute noch richtig, Kolleginnen und Kollegen. (Vereinzelt Beifall)

Auch wenn nicht aus allen Einzelgewerkschaften dazu eine ungeteilte Unterstützung gekommen ist, ist es doch richtig, diese Ziele weiter zu bekämpfen und diese sozialen Kämpfe zu organisieren. Die Kollegen aus dem Berliner Betrieb haben es hier gerade vorgeführt. Die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit, die 18-Minuten-Lüge von Herrn Möllring, hat in diesem Land nicht verfangen. Die Menschen sind auf die Straße gegangen, haben gekämpft, und wir sind mehr geworden, Kolleginnen und Kollegen. Ich denke, an diesem Projekt sollten wir weiter arbeiten. Und es gibt noch viel zu tun.

Das, was hier zum Mindestlohn und zum Thema prekäre Beschäftigung gesagt wurde, muss mehr in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Land gerückt werden. Wenn ich zum Beispiel in der letzten oder vorletzten Woche las, dass an der Universität Hamburg 100 Wissenschaftler in wissenschaftlichen Projekten als Ein-Euro-Beschäftigte dienen müssen, dann halte ich das für einen gesellschaftlichen Skandal, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Es ist etwas anderes, was uns vorgeführt wird. Frau Merkel hat gestern auch wieder gesagt, dass es die Unqualifizierten sind, die letzten Endes solche Jobs machen müssen. Machen wir uns nichts vor: Viele gut ausgebildete, viele hochqualifizierte Menschen sind in Praktika, in dubiosen Verhältnissen bis hin zu dem, was wir in der Wissenschaft feststellen, wo sie in Projekten in wichtigen Innovationsbereichen bis ins Letzte ausgebeutet werden. (Vereinzelter Beifall)

Deswegen Trendwende ja. Wir haben Erfolge errungen, und die sollten wir nicht kleinreden. Wir müssen uns ganz klar gegen die Regierenden aufstellen, wo sie den Menschen weiter in die Taschen fassen wollen. Eines ist meine Erfahrung der letzten Monate, und auch in dem Streik im öffentlichen Dienst gegen Herrn Möllring:

Die Menschen sind aufgestanden, weil sie gesagt haben: Genug ist genug! Wichtig ist, dass wir mit Mut und klaren Forderungen dagegen vorgehen. Dann werden uns die Menschen auch folgen, und dann werden sie auch zu Mitgliedern werden, Kolleginnen und Kollegen. – Danke schön. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Jürgen. – Es hat jetzt das Wort Jochen Berendsohn, ver.di, Delegiertennummer 271. – Jochen, Du hast das Wort.

Jochen Berendsohn

Danke, Sabine. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir wieder inhaltlich diskutieren, und ich danke Dir, Michael Sommer, für diese guten, an vielen Stellen sehr klaren politischen Zielsetzungen und für das, was Du hier ausgedrückt hast.

Am Anfang Deiner Rede hattest Du deutlich gemacht, dass es um den Kampf gegen internationale Finanzmacht geht, und hattest einige Positionen beschrieben. Das führte dazu, dass ich mich als Kollege aus dem Finanzdienstleistungsbereich aufgerufen fühlte, hier einmal etwas klarzustellen und hinzuzufügen, wo wir auch mit regionalem Handeln dieser Macht etwas entgegensetzen können.

Lasst mich aber, liebe Kollegen, zu Beginn meinem Ärger noch etwas Ausdruck geben: Mir steckt noch ein Lob von gestern im Hals. Unsere Kanzlerin hat die Gewerkschaften für ihre zurückhaltende Lohnpolitik und die Bereitschaft zu Bündnissen gelobt. Diese Flexibilität, die die Kanzlerin dort beschrieben hat, heißt für uns,

für Arbeitnehmer, eine Flexibilität im Bereich der Bündnisse, im Bereich der Arbeitszeit, im Bereich der Löhne, aber eine Flexibilität nach unten. Und auf der anderen Seite, bei den Arbeitgebern, kennt die Flexibilität bei den Gewinnen, wie wir sie dort erleben, nach oben keine Grenzen.

Unsere Stärke, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stärke der Gewerkschaften, hat in den vergangenen Jahren oft nicht gereicht, diese Entwicklung in manchen Bereichen einzuschränken. Uns dafür aber zu loben, ist schon dicht am Hohn. (Vereinzelt Beifall)

Ich möchte jetzt auf das eingehen, was der eigentliche Anlass war, und möchte Euer Augenmerk auf eine Entwicklung zum Beispiel hier in Berlin und in Hessen lenken, wo es darum geht, im Finanzdienstleistungsbereich öffentlich-rechtliche Strukturen zu zerschlagen. Private Banken versuchten schon in den vergangenen Jahren immer wieder, mit politischem und publizistischem Druck die Strukturen in unserem Finanzdienstleistungsbereich hier in Deutschland zu zerstören. Das hat einen ziemlich schlichten Grund: Verglichen mit den USA und dem europäischen Ausland sind die Margen hier gering. Mit anderen Worten: Im Bankgeschäft lässt sich nach Aussage einiger Privatbanken noch viel zu wenig verdienen. Was Banker in New York, in Washington oder auch in England gewöhnt sind, das ist hier noch nicht drin.

Das liegt daran, dass wir noch einen öffentlich-rechtlichen, einen genossenschaftlichen Bereich im Finanzdienstleistungssektor haben, und dieser Bereich ist vor den privaten Banken hier in diesem Land Marktführer. Weil sie keine AGs sind, brauchen sie auch keine Traumrenditen zu erzielen. Davon profitieren zwei Gruppen: Kunden und Kolleginnen und Kollegen. Das alles würde sich gravierend ändern. Deswegen warne ich davor, an diesem Mobile etwas zu zerstören.

Wenn die Bankenlandschaft vollständig privatisiert würde, wenn der Anker Sparkassen und Genossenschaftsbanken oder Finanzdienstleistungssektoren auch hier verloren gehen würde, dann hätten wir bald Verhältnisse wie in England, wo manche Menschen schon kein Konto mehr haben, auf das sie ihre Sozialhilfe überweisen lassen können, oder wir hätten Entwicklungen wie in Italien, wo unter Berlusconi der öffentliche Bereich von einem Marktanteil von fast 75 Prozent inzwischen auf 10 Prozent gesunken ist und die Gebühren parallel dazu explodieren.

Im Mai frohlockte der „Economist“, dass es jetzt auch darum geht, die Sparkassenlandschaft im öffentlichen Bereich in diesem Land zu schleifen, und zwar genau im Zentrum dieses Landes, hier in Berlin. Ich spare mir jetzt Details. Es geht im Kern darum, mit dem Verkauf der Sparkasse hier auch in Berlin an den Meistbietenden einschließlich des Markennamens diesen Bereich zu privatisieren, und die internationalen Banken stehen schon Schlange. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre das Ende des vertrauten Finanzdienstleistungssektors in der Bundesrepublik. Das betrifft nicht nur eine Viertelmillion der dort Beschäftigten, sondern Euch alle, uns alle als Kundinnen und Kunden.

Deshalb meine ganz konkrete Bitte auch an den DGB-Bundesvorstand: Gebt maximalen Druck auch auf den Herrn Sarrazin hier in Berlin. Michael Sommer, vorgestern wurde ja deutlich, was für freundschaftliche Beziehungen Du auch zu dem Kollegen Wowereit hast. Nutze sie, dass wir nicht den privaten Banken in diesem Sektor Sparkassen zum Fraß vorwerfen. Denn sie würden genau diese Entwicklung, die Du so kritisch beschrieben hast, mit der Entwicklung internationaler Finanzdienstleistungskonzerne in diesem Land noch beschleunigen. Da ist im Moment noch ein Stück Gegengewicht, und ich kann Euch nur bitten, die Kolleginnen und Kollegen in Hessen, die sich gegen die Privatisierung, die dort auch von dem Ministerpräsidenten Koch vorangetrieben wird, entschieden wehren, zu unterstützen. Ich bitte darum, dass der DGB auch in diesem Bereich ganz stark unterstützt

und auch an den kleinen Stellen erkennt, wie wichtig es ist, in diesem Mobile, in dem wir uns gerade bewegen, einen Anstoß an einer solchen Stelle zu verhindern. Es gilt, diesen Bereich zu verteidigen im Sinne der Einschränkung internationalen Finanzkapitals und internationaler Finanzmacht. – Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Jochen. – Es hat jetzt das Wort Wolfgang Denia, Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 270. – Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Denia

Michael Sommer, Du hast in Deinem Beitrag darauf hingewiesen, dass die deutschen Gewerkschaften dreimal mehr Mitglieder haben als alle Parteien zusammen. Frank Bsirske hat von der gesellschaftlichen Kraft gesprochen, die wir haben. Mir hat es heute Morgen wieder Tränen der Wut in die Augen getrieben, als ich gesehen habe, wie bei profitablen Bilanzen mit Menschen von Unternehmen umgegangen wird. (Beifall) Und ich habe mir zugleich die Frage gestellt, ob wir wirklich gemeinsam als Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes genug tun, um dem etwas entgegen zu setzen.

Ich will es konkretisieren: Als letztes Jahr in Niedersachsen eine Reihe Unternehmen trotz glänzender Bilanzen Lohndrückerei begonnen und die Ankündigung des Plattmachens von Standorten auf die Tagesordnung gesetzt haben, habe ich am 1. Mai 2005 für den Deutschen Gewerkschaftsbund gesagt, ich würde mir wünschen, dass wir diese sieben Millionen, die wir haben, mit ihren Bekannten, Freunden, Angehörigen als die größte Verbrauchermacht in dieser Republik einsetzen, um dagegen etwas zu setzen.

Ich habe gesagt: Das ist eine Initiative für ein soziales Gütesiegel des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Reaktion der genannten Unternehmen war ziemlich heftig. Das war für mich das Signal: Es gibt für mich eine Möglichkeit, sie zu treiben und zu treffen.

Konkret: Die Lidl-Kampagne war eine richtig klasse Sache. Aber ich frage Euch alle: Warum sind wir nicht in der Lage, so etwas bei solchen Schweinereien, die dort laufen, wo Betriebsräte gemobbt werden, wo verhindert wird, dass Betriebsräte gebildet werden, wo Lohndrückerei herrscht, wo Standorte platt gemacht werden, wo unseren Kolleginnen und Kollegen die Beine weg gehauen und die wirtschaftliche Existenz entzogen wird, im Bund gemeinsam zu machen? Stattdessen muss jeder für sich selber marschieren. (Beifall)

Lasst uns bitte an dieser Stelle ernsthaft darüber nachdenken. Ich habe mein Antragspaket mitgebracht, um Euch einfach noch einmal zu bitten: Guckt Euch in Ruhe den Antrag B 004 und seine Begründung an.

Michael Sommer, Dich möchte ich ganz herzlich bitten, dafür einzutreten, damit wir in solchen Fragen als DGB gemeinsam und als Gegenmacht dastehen und nicht immer nur die jeweils betroffene Einzelgewerkschaft oder gar nur die regionale Gliederung aktiv werden müssen. Ich bitte Dich, dieses im DGB insgesamt auf die Tagesordnung zu setzen und da, wo in einer Bude angegriffen wird, deutlich zu machen, dass es die Aufgabe des gesamten Bundes und aller Einzelgewerkschaften ist, gegenzuhalten, Druck zu machen und deutlich zu machen: Hier wird skandalisiert, Kolleginnen und Kollegen (Starker Beifall)

Auf der anderen Seite – und damit komme ich zum Schluss – sollte unseren Kolleginnen und Kollegen, der größten Verbraucherorganisation in Deutschland, Orientierung gegeben werden, wenn mit Fug und Recht gesagt werden kann: Das ist ein

ordentliches Unternehmen, das zahlt tarifgerechte Löhne, das hat einen Betriebsrat, da wird vernünftig mit den Kolleginnen und Kollegen umgegangen, da wird die Gleichstellungsfrage angemessen abgearbeitet, da wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt. Solche Unternehmen sollten in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt werden, und diese sollten auch im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichnet werden. Insoweit sollte unseren Kolleginnen und Kollegen Orientierung gegeben werden. Lasst uns da richtig ein Fass aufmachen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Wolfgang. – Jetzt hat das Wort Stephanie Odenwald von der GEW mit der Delegiertennummer 74.

Stephanie Odenwald

Vielen Dank, Michael Sommer, für Deine Rede. Du hast wichtige Ziele genannt: Mindestlöhne, Kampf gegen die Armut, eine andere Einkommensverteilung und Kampf gegen den weltweiten Terror der Ökonomie, wie ich das einmal nennen möchte.

Aber eine Sache ist mir zu kurz gekommen. Dieser Kongress sollte eine starke Botschaft an die Jugend geben. (Beifall)

Damit meine ich, wir sollten von diesem Kongress die Botschaft aussenden, dass wir ein Recht auf Ausbildung fordern. Das sollte ein Grundrecht sein; denn Ausbildung ist ein Menschenrecht. (Beifall)

Wir sind hier in Berlin-Neukölln. Das Beispiel der Rütli-Schule hat große Presse gemacht; wir werden nachher noch darüber diskutieren. Wir sollten diesen Jugendlichen die Botschaft geben: Wir kämpfen für Eure Ausbildung. (Beifall)

Ich will darauf jetzt nicht im Detail eingehen, weil wir nachher die Diskussion darüber führen werden. Aber zum Schluss möchte ich noch eine Sache ansprechen:

Michael, Du hast die Gewerkschaftsjugend gelobt für ihr Engagement gegen den Rechtsextremismus. Das ist eine sehr, sehr wichtige Sache.

Ich habe in den Gesprächen auf diesem Kongress die Sorge gehört, dass die Mittel dafür gekürzt werden sollen, dass alle Probleme haben, dass sie vielleicht für ihre Projektarbeit demnächst nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung haben. Ich denke zum Beispiel an dieses großartige Projekt „Demokratie und Courage“, das ich einmal in Dresden erlebt habe. Ich meine, auch dafür sollten wir uns als DGB einsetzen. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Stephanie. – Jetzt hat das Wort Klaus Wieseberg von der Gewerkschaft IG BAU mit der Delegiertennummer 24. – Klaus, Du hast das Wort

Klaus Wieseberg

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Michael, auch ich möchte Dir recht herzlich danken für dieses Grundsatzreferat. Du hast für uns noch einmal sehr deutlich gemacht, was der Begriff „Würde“ bedeutet. Du weißt, ich bin Vorsitzender einer Gewerkschaft, in der sehr viele Kollegen nicht nur betroffen sind, sondern nach dem Willen der Arbeitgeber täglich ihre Würde verlieren sollen. Wir sind froh, dass auf diesem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch klare Worte dazu gesagt werden.

Aber Du hast auch eine Aussage getroffen, die mich dazu gereizt hat, hier zu spre-

chen. Du sagtest ja selber, das sei neu, nämlich der Vorschlag, zu schauen, dass die nächsten Wahlen in Europa eine europäische Abstimmung über eine neue Verfassung sein werden, indem man eben andere, viele, viele andere Abgeordnete ins Europäische Parlament schickt. Denn im Augenblick sind die Mehrheiten dort nicht so, als ob wir uns gut an den Wahlen beteiligt hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage das deswegen, weil ich denke, Michael hat noch einen wichtigen Satz gesagt. Er hat gesagt: Wenn es eine neue Verfassung geben wird, muss erstens in diese Verfassung ganz klar und deutlich das Recht auf freie Gewerkschaften hineingeschrieben werden, und zweitens muss in sie die Bekennung zum Sozialstaat, zu einem sozialen Europa in diese Verfassung hineingeschrieben werden. Wenn eine solche Verfassung verabschiedet wird, dann müssen wir darauf bestehen, dass solche Dinge auch in der Verfassung verankert werden. (Beifall)

Wenn das in der Verfassung steht, dann würden wir auch gerne mit darüber abstimmen und nicht nur unsere Nachbarn. Ich glaube, das entspräche dem Willen vieler Kolleginnen und Kollegen; denn das würde bewirken, dass man sich auch in diesem Land intensiv damit beschäftigt, sodass die Menschen das als transparenten Begriff empfinden. Nur damit kann man Europa stärken, indem man die Menschen mitnimmt und nicht irgendwo in einem Parlament eine Abstimmung durchführt, die Menschen aber nicht daran beteiligt. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte natürlich auch noch etwas zum Mindestlohn sagen. Ich möchte das auch deswegen sagen, weil – Ihr wisst das wahrscheinlich – ich der Vorsitzende einer Gewerkschaft bin, die mit dem Mindestlohn durchaus schon Erfahrung hat. Wir haben bereits Mindestlöhne. Wir haben Mindestlöhne über das Entsendegesetz, über eine Rechtsverordnung, die wie ein Gesetz wirkt; wir haben Mindestlöhne in verschiedenen Bereichen. Wir haben sie nicht nur beim Bau, wir haben sie bei den Dachdeckern, wir haben sie bei den Malern, wir haben sie demnächst hoffentlich auch bei den Gebäudereinigern, und wir streben sie auch in der Landwirtschaft an.

Diese Mindestlöhne – und es sind Mindestlöhne und nicht nur ein Mindestlohn – sind durchaus differenziert; sie entsprechen den Erfordernissen und den Verhandlungsergebnissen in den verschiedenen Branchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, hier ist ein Kompromiss gesucht worden. Dieser Kompromiss ist auch wichtig. Ich glaube, wir haben auch ein Zeitfenster, in dem wir den Mindestlohn jetzt auch durchsetzen können, in dem viele politische Veränderungen in der Diskussion um den Mindestlohn spürbar sind.

Aber wenn dieses Zeitfenster da ist, muss auch die Solidarität im DGB halten, müssen die Kompromisse halten. Deswegen tut mir bitte alle den Gefallen: Wenn wir über Mindestlohn reden, sollten wir über Mindestlöhne reden, uns nicht nur auf die 7,50 ausrichten, sondern tatsächlich die ganze Breite der Chancen nutzen und die Chancen, die die Tarifpolitik uns bringt, um Mindestlöhne zu vereinbaren, nicht vernachlässigen. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will Euch auch sagen, warum. Nicht weil wir so toll sind, haben wir die Mindestlöhne als Erste. Wir haben die Mindestlöhne vereinbaren können, weil in unserer Branche etwas geschehen ist, was nicht im Rampenlicht stand. Wir haben bei uns, bei der IG BAU, den Spruch: Bei den anderen sind die Kameras; wir sterben alle einzeln.

Und es sind viele, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Seit 1995 haben wir in dieser Branche, im Bauhauptgewerbe, 600.000 Arbeitsplätze verloren. Ich weiß nicht, ob sich irgend jemand vorstellen kann, wie viel 600.000 Menschen an einer Stelle sind. In die große Arena in Schalke gehen 60.000 Menschen. Wer dort einmal zu einem Fußballspiel gewesen ist, hat erlebt, wie viele Menschen bewegt

werden müssen, wie viele Menschen an einem Platz sind. 60.000! Zehn Mal so viele wie die, die in ein so gewaltiges Stadion passen, haben in zehn Jahren in einer einzigen Branche ihren Arbeitsplatz verloren; in einer Branche, die überhaupt nichts mit Globalisierung zu tun hat, sondern mit einer verfehlten Wirtschaft und mit einer verfehlten Politik in diesem Land. (Beifall)

Wir haben den Mindestlohn gemacht, weil wir letztendlich die Arbeitgeber überzeugen konnten, dass in diesem gewaltigen Dumping nach unten auch ihre Renditen zum Schluss so schmal werden, dass sie nichts mehr verdienen und dass sie in Konkurs gehen. Wir konnten ihnen das über zehn Jahre beweisen. Die Arbeitgeber des Baugewerbes werden jedem bestätigen: Hätten wir den Mindestlohn in unserer Branche nicht vereinbart, wären wahrscheinlich weitere 200.000 Kolleginnen und Kollegen arbeitslos geworden. Dies ist nicht nur eine Aussage eines Gewerkschafters, sondern ich bin durchaus autorisiert zu sagen: Das ist auch die Aussage der Arbeitgeberverbände, mit denen wir die Mindestlöhne gemacht haben.

Aber weil wir mit dem Mindestlohn Erfahrung haben, warne ich ein bisschen vor Euphorie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir uns ans Gesetzeswerk machen, werden wir natürlich schauen, welche Größe es sein wird. Wir werden sehen, wer die Größen festsetzt wird. Das ist ja alles wichtig. Wir haben Mindestlöhne. Ich sage frank und frei in aller Öffentlichkeit: Es gibt durchaus an vielen Stellen Kolleginnen und Kollegen, die gezwungen werden – es nimmt niemand Rücksicht auf ihre Würde –, noch unter diesen Mindestlöhnen zu arbeiten, obwohl die Mindestlöhne Gesetz sind.

Deswegen: Wenn wir Mindestlöhne vereinbaren, wenn wir an dieses Gesetz herangehen, müssen wir von Anfang an einbringen, dass wir eine Kontrolle brauchen.

In Frankreich gibt es nicht nur einen Mindestlohn, sondern es gibt auch eine Kontrolle. (Beifall) Ohne Kontrolle, ohne dass wir die Kollegen aus dem Zivilprozessrecht herausnehmen, nach dem sie sich nämlich selber melden, zum Gericht gehen und sagen müssen, ich bekomme den Mindestlohn nicht, um anschließend die Kündigung zu erhalten, nützt uns das nichts. Der Staat muss den Mindestlohn mit uns gemeinsam vereinbaren und dann auch kontrollieren. Sonst bringt das Ganze gar nichts. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht gelingt es mir in der kurzen Zeit, die mir noch bleibt, auch ein paar Sätze zur Rente mit 67 zu sagen, weil ich denke, dass das sehr wichtig ist.

Wir haben hier mehrfach gehört, wie wichtig es ist, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Rente mit 67 hat sehr viel damit zu tun. Wo ist eigentlich das Grundgesetz, wo ist eigentlich dieses eherne Gesetz, dass die Rentenversicherungsbeiträge nicht über 20 Prozent steigen? Wir haben das doch nicht so gewollt! Das ist der eigentliche Grund, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum die Rentenkassen nicht ausreichen.

Bei Kohl hatten wir noch einen Rentenversicherungsbeitrag, der bei fast 22 Prozent war. Er wurde damals gemacht, weil natürlich die Finanzierung der deutschen Einheit nicht über Steuern erreicht worden ist, sondern aus dem Sozialversicherungskasten. Damals hat kein Unternehmer geschimpft und gesagt: Das wird uns jetzt zu teuer. Es gibt keine magische Grenze 20. Würden wir diese magische Grenze aufgeben und etwas mehr Beitrag nehmen, bräuchten wir nicht über die Rente mit 67 zu reden. Das alleine würde ausreichen, um die Rentenpolitik zu verändern! (Starker Beifall)

Es gibt einen weiteren Punkt, der ausreichen würde. Wenn die fünf Millionen Menschen, die Arbeit brauchen und Arbeit suchen, Arbeit bekommen würden, auch

dann brauchten wir uns über die Rentenkasse überhaupt keine Sorgen zu machen. Den Quatsch von Demographie kann ich nicht mehr hören. Die Rente ist nicht notleidend, weil unsere Kolleginnen und Kollegen Gott sei Dank lange leben, sondern weil eine falsche Sozialpolitik gemacht wird, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall – Pfiffe)

Nun einen letzten Punkt. Ihr müsst einmal genau hinschauen, was passiert. Es wird gesagt, die Rente reicht nicht aus, und die junge Generation wird sich wahrscheinlich immer gegen die alte aufstellen. Ja, was sollen denn die jungen Leute auch sagen. Sie haben wenig Einkommen; sie verdienen zu wenig. Gleichzeitig sollen sie die Rentenversicherungskassen leisten. Aber man erwartet von ihnen, dass sie privat vorsorgen; privat vorsorgen in einer Größenordnung, die oft vom Gehalt überhaupt nicht übrig bleibt. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfiehlt man ihnen: Geht doch zur Versicherungswirtschaft.

Die Versicherungswirtschaft wird auch noch stabilisiert, indem man nämlich etwas macht, worüber vielleicht noch nicht jeder nachgedacht hat. Wenn nämlich jemand sagt, ich versuche das anders, ich lege das Geld anders beiseite, kann er sich dieses nicht erlauben; denn unsere Kollegen werden an ihrem Arbeitsplatz nicht 67, 66 oder 65, unsere Kollegen sind mit 60 weg von der Arbeit. Dann kommt Hartz IV, und dann kommt die Bedürftigkeitsprüfung. Und dann ist alles, was angespart ist, weg. Deswegen ist man gezwungen, das ganz einseitig dort anzulegen, wohin es Lobbyisten haben wollten: in der Versicherungswirtschaft. Aber in der freien Versicherungswirtschaft und nicht in unserer solidarischen, wo wir mitbestimmen können. Das ist auch ein Stück Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ich sehe gerade: Wir haben Gäste. Sie werden uns vielleicht erklären, warum das alles richtig ist und warum das, was ich hier sage, falsch ist. Aber ich glaube dennoch, wir wissen ganz genau, wo der Hase im Pfeffer liegt. Es soll ganz einseitig weiterverteilt werden. Rente mit 67 heißt kein demographisches Problem lösen, sondern Rente mit 67 heißt Rentensenkung für sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen. Wir haben eh schon kein Geld. Wir können uns das nicht erlauben. (Anhaltender starker Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich unterbreche an dieser Stelle die Rednerliste und darf sehr herzlich Franz Müntefering zum 18. DGB-Kongress begrüßen. (Starker Beifall)

Lieber Franz, wir freuen uns, dass Du heute unser Gast bist und ein Grußwort an uns richten willst. Der Kongress hat schon drei Tage konzentrierter Arbeit hinter sich. Wir haben Themen diskutiert, die Deinen Zuständigkeitsbereich betreffen. Zur Rente mit 67 haben wir gerade einen sehr engagierten Vortrag von Klaus Wiese-hügel gehört. Schade, dass Du ihn nicht ganz gehört hast. Er war super! (Starker Beifall)

Aber auch Rente und Mindestlohn sowie Kündigungsschutz sind Themen, mit denen wir uns engagiert auseinandersetzen. Wir sind alle gespannt auf Deine Ausführungen dazu.

Lieber Klaus Müntefering – – (Heiterzeit – Zurufe) – lieber Franz Müntefering – es tut mir leid, Entschuldigung –, Du hast das Wort. (Leichter Beifall) – Vielleicht hätte es sich bei „Klaus“ und „Franz“ die Waage gehalten. Er hätte dann vielleicht etwas von Klaus Wiese-hügel übernommen. (Leichter Beifall)

Franz Müntefering, Vizekanzler

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das mit dem Klaus Müntefering ist nicht schlimm. Wenn Du Klaus Wieseberg demnächst Franz nennst, ist das auch wieder in Ordnung. Ich habe einen Teil seiner Rede noch gehört. Ich kenne aber auch Klaus' Position. Ich war auch schon bei ihm in der Gewerkschaft, und wir haben uns dort schon angeregt auch über dieses Thema unterhalten. (Heiterkeit) Es war spannend.

Ich will, liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Gedanken aufgreifen, die in Eurer Diskussion der vergangenen Tage eine Rolle gespielt haben. Ich habe natürlich in den vergangenen Tagen Euren Kongress verfolgt und weiß, worüber Ihr diskutiert habt.

Die Würde des Menschen im Arbeitsleben zu beachten, ist der Kerngedanke Eurer Diskussionen; das ist auch in Eurem Leitantrag aufgeschrieben. Das ist gut. Darauf können wir uns leicht verständigen. Wir können einig sein in diesem Ziel, die Würde des Menschen im Arbeitsleben zu beachten, wie überhaupt die ersten Artikel unseres Grundgesetzes geeignet sind, nicht nur sonntags, sondern alltäglich Richtlinie unseres Zusammenlebens zu sein. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das sind schöne, klare Sätze. Die Wahrheit ist kurz: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und weil das so ist, sagen wir: Sozial ist, was menschenwürdige Arbeit schafft. Das muss das Prinzip der Politik sein.

Menschenwürdige Arbeit, das ist auch das Ziel des 25-Milliarden-Programms der Bundesregierung, durch das über 100 Milliarden Euro Investitionen ausgelöst werden. Die steuerliche Förderung und die Zuschüsse für Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungen, Haus und Grundstück, die energetische Gebäudesanierung, sowie die besondere Förderung von Kinderbetreuung und Pflege im Haushalt werden genutzt. Die KfW meldet bereits eine große Nachfrage. Die Rechnung der Bundesregierung geht auf. Der Binnenmarkt ist beim verbesserten Wachstum dabei, zwar nicht großartig, aber immerhin und deutlich besser als in den vergangenen Jahren.

Das alles hätten wir nicht in 2006 hin bekommen, und wir könnten nicht gleichzeitig 2007 das Maastricht-Kriterium und die Vorgaben des Grundgesetzes einhalten, würden wir nicht steuerliche Subventionen abbauen und die Mehrwertsteuer in 2007 erhöhen. (Buh-Rufe) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt zu viele Kleingläubige und zu viele Defensivspieler. Wir haben die Chance, dass es gelingt, dass wir in diesem Jahr 2006 mit deutlich verbessertem Wachstum auch am Arbeitsmarkt Bewegung bekommen. Das wollen wir alle miteinander. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass der Staat handlungsfähig bleibt und dass wir auch das erreichen, was uns Maastricht und das Grundgesetz aufgegeben haben.

0,5 Prozentpunkte der Mehrwertsteuer – das sind 3,6 Milliarden Euro, das wisst Ihr – gehen direkt an die aktiv Beschäftigten; denn ein Prozentpunkt dieser Mehrwertsteuererhöhung wird komplett zur Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung genutzt, kommt also jeweils zur Hälfte den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zugute. Die anderen zwei Prozentpunkte der Mehrwertsteuererhöhung gehen zur Hälfte in die Kassen von Bund und Ländern, die damit Geld für Investitionen vor Ort erhalten. Zu tun gibt es dort genug. Zu tun heißt: Arbeitsplätze beim Handwerk und bei den kleinen und mittleren Unternehmen schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag dieser Großen Koalition, die keiner gewollt hat, die aber nun da ist – das ist gewissermaßen eine List der Demokratie –, (Zurufe – Vereinzelt Pfiffe) enthält viele sozialdemokratische Ideen. Weil es hier gerade eine kleine Reaktion gab, noch ein Hinweis: 1966 gab es

schon einmal eine Große Koalition. Die Älteren unter Euch können sich gut daran erinnern. Ich war damals Juso und natürlich engagiert dagegen. Ich habe Herbert Wehner geschrieben, er solle das lassen. Er hat nicht auf mich gehört; wahrscheinlich hat er Recht gehabt. (Zurufe: Oh!)

Dass diese Große Koalition jetzt zustande gekommen ist, ist auch eine Chance für das Zusammenwirken der großen demokratischen Parteien, der Parteien, die auch in der Einheitsgewerkschaft im DGB zusammenwirken. Viele Kolleginnen und Kollegen sind bei den Sozialdemokraten, viele bei den Christdemokraten und Christsozialen. Das hat eine gute große Tradition.

In Deutschland haben wir 35 oder 36 Jahre lang nach einer Melodie gelebt: Wenn etwas nicht geklappt hat, waren – so haben wir gesagt – im Zweifelsfall die Schwarzen schuld. Die Schwarzen haben gesagt: Die Roten sind schuld. Wir haben uns jetzt alle ein bisschen beruhigt, und manchmal ward Ihr mit dabei. Nun sitzen die Schwarzen und die Roten am Tisch, die Probleme liegen mitten drauf, und wir können keinen mehr finden, dem wir es hinschieben.

Wir müssen die Probleme jetzt lösen. Das machen wir auch, das wissen wir auch, und dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung, auch weil in diesem Programm der Großen Koalition viel drin ist, was sozialdemokratische Idee und Konzeption ausmacht. Dass niemand das 25-Milliarden-Programm ein Konjunkturprogramm nennt, heißt ja nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es keines wäre.

Ich verstehe, dass Ihr über manche Punkte, die wir tun, kritisch redet. Ich fände es besser, Ihr würdet über das reden, was wir Gutes tun. Das 25-Milliarden-Programm ist ein solches Positivum. Es bringt Arbeitsplätze. Darüber sollten wir ehrlich und offen miteinander sprechen. Etwas wie das, was wir in diesem Jahr machen, haben wir über eine ganze Zeit in Deutschland nicht geschafft. Wir wollen nämlich in diesem Jahr ganz bewusst die Konjunktur stützen und dafür sorgen, dass zusätzliches Geld beim Staat und bei den Kommunen ankommt, damit auch dort die Arbeit getan werden kann, die getan werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gewerkschaften sind ein natürlicher, ein kritischer und ein wichtiger Partner der Politik. Deshalb war es für uns so wichtig, dass die Gewerkschaften in Deutschland stark bleiben, dass die Mitbestimmung bleibt und dass auch die Tarifautonomie bleibt. Bevor wir begonnen haben, über Koalitionen überhaupt zu sprechen, haben wir vier Bedingungen auf den Tisch gelegt. Und die erste Bedingung der deutschen Sozialdemokratie war: Es bleibt bei der Tarifautonomie, unbestritten und unbeschnitten, und es bleibt beim Flächentarif. Es bleibt dabei, dass die deutschen Gewerkschaften stark sind und stark bleiben und dass ihnen keiner in den Arm fällt. (Beifall)

Diese Große Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, war die Alternative zu Schwarz-Gelb. Wir sind in der letzten Wahl knapp daran vorbei gerutscht. Die Botschaft war eindeutig. Die Menschen wollten Rot-Grün nicht mehr, sie wollten aber auch Schwarz-Gelb nicht. Wir haben in den Verhandlungen folgende vier Forderungen auf den Tisch gelegt: Erstens: Die Tarifautonomie bleibt. Zweitens: Steuerfreiheit für Nacht-, Feiertags- und Sonntagszuschläge. Drittens: Elterngeld. Und viertens: 3 Prozent für Forschung und Technologie ab 2010. Ich komme darauf noch zurück.

Es ist ganz wichtig, dass auch in Zukunft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich in Deutschland zusammenschließen und ihre Rechte erstreiten, und da, wo es nötig ist, auch erstreiten können. Wir wissen, wie wichtig es für die Demokratie in diesem Lande ist. Deshalb, bei allem, was wir in dem einen oder anderen Punkt im Konkreten auszustreiten haben, Klaus, eines gilt unter uns ganz klar: Wir wollen, dass es starke Gewerkschaften gibt, dass auch in Zukunft in Deutschland Arbeitnehmer wissen, wie sie ihre Rechte organisieren und wie sie sie mit den Gewerk-

schaften durchsetzen können. Das gilt unabhängig von allem, was wir sonst an der einen oder anderen Stelle auszustreiten haben. (Beifall)

Die Statik der Demokratie braucht starke Gewerkschaften und nimmt Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, in die Verantwortung. Die Eigenschaften, die eine gute Politik ausmachen, gelten auch für die gewerkschaftliche Arbeit.

Die erste Eigenschaft: Leidenschaft in der Sache, für die Sache kämpfen. Jawohl.

Zweite Eigenschaft: Verantwortungsgefühl für das Ganze. Wissen, dass es immer noch etwas über den eigenen Bereich hinaus gibt, an das man zu denken hat.

Das Dritte ist Augenmaß. Das Wünschbare nicht aus den Augen verlieren, aber das Machbare tun. Das sind die Tugenden, die man braucht. Nicht alles, was man sich wünscht, geht oder geht sofort. Also muss man das tun, was machbar ist und trotzdem in die richtige Richtung zeigt.

Gerade in einer Zeit, in der die öffentliche Debatte über Staat und Wirtschaftspolitik oft nur noch sehr eingeengt stattfindet, können starke Gewerkschaften wichtige Bündnispartner für die Politik und für das Soziale im Lande sein. Viele Menschen sind verunsichert, weil sie daran zweifeln, ob Politik, ob der Staat etwas ausrichten kann gegen die unsozialen Kräfte des globalen Marktes. Das trifft auch Euch vor Ort. Wenn Forderungen gegenüber internationalen Konzernen nur schwer durchsetzbar sind. Wenn Unternehmen ihren Standort und ihre Arbeitnehmer in Stich lassen und wegziehen. Oder wenn eine anonyme Finanzindustrie lukrative Unternehmen ungeniert ausbeutet.

Der Kapitalismus ist nicht zu Ende. Er sieht anders aus als vor 100, vor 140 Jahren. Das ist heute die Finanzindustrie, die sich weltweit organisiert. Allen, die schnell mal eben glauben, sie haben eine Antwort darauf, sage ich: Vorsicht! Das müssen wir miteinander organisieren. Das müssen wir miteinander vorantreiben und dafür sorgen, dass Finanzinteressen nicht die Politik auf dieser Welt bestimmen.

Politik muss kämpfen um ihren Primat. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Wenn ich das sage, sagen mir manche Manager, das sei ja ganz anständig, aber ich solle das sein lassen, das könne man nicht gewinnen. Sie sagen: Geld regiert die Welt. Darauf sage ich, Nein. Mich nicht. Die deutsche Sozialdemokratie nicht. Wir werden nicht zulassen, dass Geld die Welt regiert. Wir wollen den politischen Primat. Wir wollen, dass Wirtschaft für die Menschen da ist, nicht umgekehrt. Dafür streiten wir, und wenn wir gescheit sind, tun wir das miteinander. (Beifall)

Die Rezepte aus den Siebzigerjahren tragen nicht mehr weit. Die Welt hat sich seitdem ein paar Mal gedreht und verändert. Wir haben nicht mehr die gleichen nationalen Rahmenbedingungen, auch nicht die gleiche nationale Gestaltungskraft wie zu Zeiten von Plisch und Plum, Schiller und Strauß, damals in der Großen Koalition. Wir müssen miteinander neue Wege finden, Mechanismen und Regeln, wie man dieser Entwicklung Herr werden kann - in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit.

Die deutsche Sozialdemokratie hat 1930 einen Parteitag in Heidelberg gehabt. Damals haben unsere Vorfahren beschlossen, wir brauchen eigentlich eine Weltregierung, die das mal alles klärt. Aber wir wissen, die UNO und alles, was es da an Regierungen und Institutionen gibt, ist weit davon entfernt, diesen Kapitalismus der Finanzindustrie in den Griff zu bekommen.

Das ist ein Thema, das uns gemeinsam angehen muss, das wir in Europa auch gemeinsam begonnen haben. Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Aber gesprächsbereit bin ich, sind wir, auch in dieser Regierung. Was kann man eigentlich an dieser Stelle tun, damit die Menschen, die Schwächeren, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nicht untergepflügt werden angesichts dieser Entwick-

lung? (Zuruf – Beifall) Es gibt welche, die wissen dafür schon die Lösung. Deshalb sollte der, der gerade dazwischengerufen hat, mir einen Brief schreiben. Schreib auf, wie Du Dir das so vorstellst. Dann sage ich mal, wie man das machen kann. (Buh-Rufe)

Wer glaubt, das könnte man einfach so lösen, muss daran denken: Die Grenzen sind auf, die totale Mobilität auf dieser Welt ist da. Das gilt für die Menschen, das gilt für das Geld. Wer glaubt, man könnte eben mit nationalen Instrumenten dies alles in die richtige Spur lenken, der verkennt seine Muskeln. Da ist mehr und anderes erforderlich.

Michael Sommer hat auf dem SPD-Parteitag vor zehn Tagen hier gesagt, dass der DGB unser kritischer Begleiter sein will. Kritisch ist in Ordnung, aber Begleiter heißt auch, dass wir den Weg gemeinsam zu gehen versuchen. Das ist richtig. Beides ist richtig: Begleitung und Kritik.

Wir haben eines gemeinsam: Wir wissen, Einigkeit macht stark. Die deutsche Sozialdemokratie, das sage ich ganz klar, hat in diesem Land, in diesem Volk keine Mehrheit ohne einen Schulterschluss mit den Gewerkschaften. Ich sage Euch aber auch: Ihr seid auch darauf angewiesen, dass die große deutsche Sozialdemokratie und Ihr dicht beieinander sind. Noch einmal: Einigkeit macht stark. (Vereinzelt Beifall)

Es muss klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer den Staat als Instrument der Gesellschaft will, weil der für Ausgleich sorgen und Demokratie möglich machen kann, der muss auch die Finanzierung des Staates sicherstellen.

In diesem Jahr liegt die deutsche Staatsquote bei 45,7 Prozent. Das sind zwölf Prozentpunkte weniger als in Schweden, acht Prozentpunkte weniger als in Frankreich, etwa gleichviel wie in Großbritannien. Der deutsche Staat ist im Vergleich zu anderen Ländern keineswegs aufgebläht.

Was lehrt das alles, wenn man sich die ganzen anderen europäischen Länder anguckt und die Entwicklung dort? Die Höhe der Staatsquote ist kein Argument für oder gegen Wachstum, für oder gegen sozialstaatliches Handeln. Wichtig ist, ob die staatlichen Mittel klug – das heißt auch wachstumsfördernd – eingesetzt werden.

Wir werden, um den Staat handlungsfähig zu halten, die Haushaltskonsolidierung fortsetzen und mit der Föderalismusreform für eine klare Organisation von Bund und Ländern sorgen. (Zurufe - Lachen)

Auch das gehört zu dem dazu, was in diesem Lande geklärt werden muss. Wir wollen, dass Spitzenverdiener zu einem starken Gemeinwesen beitragen. Deshalb haben wir die Reichensteuer durchgesetzt. (Widerspruch)

Die Lockerheit und die Leichtigkeit, mit der Ihr alle Bemühungen, die es da gibt, kommentiert, wie das einige jetzt getan haben, zeigt, dass wir darüber noch ein bisschen miteinander diskutieren müssen. Es gilt nämlich: Was kann man durchsetzen? Das ist die Frage des Augenmaßes. Natürlich kann man sagen, wir hätten an der Stelle gerne mehr. Darüber könnt Ihr mit mir leicht sprechen. Aber Tatsache ist: Was kann man erreichen? Was haben die Sozialdemokraten an der Stelle erreicht? Wer hat da Flagge gezeigt, wer nicht? (Unruhe)

Deshalb sind all die klugen Sprüche, es sollte mehr sein, Sprüche von Leuten, die an das Wünschbare denken, die aber das Machbare aus den Augen verlieren. Ich stehe hier für das Machbare. Das ist der entscheidende Punkt. (Pfiiffe – Pfui-Rufe – Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialstaat ist der Garant für das soziale Versprechen, das wir machen. Niemand fällt in Deutschland ins Wertfreie, wenn er arbeitslos oder krank wird, einen Unfall hat oder in den Ruhestand geht. (Wider-

spruch - Pfiffe) Unser Staat ist organisierte Solidarität. (Unruhe) Es gibt verlässliche Sicherheit auch im Wandel. Aber der Staat muss sich auch wandeln, um diese Sicherheit künftig noch zu gewährleisten. Das gilt zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt.

Wir haben unter vielen Protesten die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt. Dieser Schritt war und ist richtig. Damit geben wir Hunderttausenden die Chance auf Vermittlung, die vorher in der Sackgasse der Sozialhilfe steckten.

200.000 junge Menschen - Ihr könnt doch die Wahrheit nicht ignorieren -, die am 31. Dezember 2004 erwerbsfähig und in der Sozialhilfe waren, die nicht als Arbeitslose gezählt worden sind, haben wir herausgeholt. Wir haben gesagt: Wir wollen, dass ihr eine neue Chance bekommt. Um die kümmern wir uns miteinander. An der Stelle könnten wir uns doch wenigstens einig sein, dass wir die Menschen nicht in der Sozialhilfe stecken lassen, sondern dass wir sie herausholen, dass wir sie auf den Arbeitsmarkt holen und mit ihnen zusammen prüfen, was wir tun können, damit sie wieder eine Chance haben. (Unruhe) Das hat auch etwas mit Menschenwürde zu tun. Man darf sich das nicht immer so heraussuchen, wie es einem gerade recht kommt.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zulassen wollen, dass die Menschen, die vorher in der Sozialhilfe waren - 700.000, 800.000 insgesamt -, dort bleiben. Nein, sie sollen eine Chance bei uns auf dem Arbeitsmarkt haben. (Zuruf: Aber nicht in Ein-Euro-Jobs! - Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reform wird weiter entwickelt. Viele Regelungen werden angepasst, weil sie in den letzten anderthalb Jahren nicht funktioniert haben. Anderes wird verbessert. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II Ost wird auf das Westniveau von 345 Euro angehoben. Dazu gehört andererseits, dass wir durch die Neudefinition von Bedarfsgemeinschaften und mit intensiver Begleitung und Inanspruchnahme von neuen Bedarfsgemeinschaften sparen, alles in allem 2 Milliarden Euro, die wir im Jahr der vollen Wirksamkeit, 2007, glauben weniger ausgeben zu können. Das ist nötig, weil wir nie die aus dem Blick verlieren dürfen, die mit ihren Steuern dies alles bezahlen.

Wir wollen, dass die Mittel im Bereich von Arbeitslosengeld II effizient und wirksam eingesetzt werden. Und wir wollen, dass alle, die einen Anspruch haben, auch ihr Recht bekommen, andere aber auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir das soziale Versprechen bewahren wollen, dann gehört dazu auch, dass wir die sozialen Sicherungssysteme leistungsstark und vertrauenswürdig halten. Dazu müssen wir die Systeme modernisieren, sie auf der Höhe der Zeit halten, vor allem weil sich die Rahmenbedingungen deutlich ändern; Stichwort demographische Entwicklung. (Zurufe: Oh! - Unruhe)

Wir leben länger; das ist gut. Wir haben immer weniger Kinder; das ist schlecht. Die Lebenszeit steigt, die Lebensarbeitszeit sinkt. Die Rentenbezugsdauer hat sich in den letzten 40 Jahren im Durchschnitt von 10 Jahren auf heute 17 Jahre erhöht. 2025/2030 wird die Zahl der Rentner etwa 20 Jahre sein. 1960 kamen acht Beschäftigte auf eine Rentnerin, einen Rentner. Heute sind es 3,5, und im Jahr 2030 - die Zahlen sind ja alle da - werden es voraussichtlich 2,1 Beschäftigte pro Rentnerin und Rentner sein. (Unruhe) Dann müssen die das erwirtschaften, was nötig ist, um die Renten zu bezahlen. Das geht rechnerisch absehbar nicht auf. Deshalb sagen wir in einer klaren Reihenfolge:

Erstens. Alles dafür tun, damit wir in Deutschland mehr Arbeit haben; siehe 25-Milliarden-Programm und anderes.

Zweitens. Initiative 50plus. Ich habe sie angekündigt, und das werden wir auch noch einmal zuspitzen und verstärken und bündeln. Das wird noch zum Sommer

vorliegen. Diejenigen, die 50 Jahre alt und älter sind, sollen mehr Chancen haben. Drittens. Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters von 60 auf 63 Jahre. (Pfiife) Das läuft bereits seit Jahren. Ich habe dazu in den vergangenen Jahren keine großartigen Proteste gehört. Alle wissen das. Darüber ist wenig gesprochen worden.

Wir sind dabei, das faktische Renteneintrittsalter von 60 auf 63 Jahre zu erhöhen, weil, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland seit Mitte der Achtzigerjahre etwas passiert ist, was manche heute ignorieren, was man aber nicht ignorieren kann. Damals ist die Zahldauer des Arbeitslosengeldes von 12 Monate auf bis zu 32 Monate verlängert worden. Vorher bekam in Deutschland niemals einer länger als 12 Monate Arbeitslosengeld. Damals hat Blüm das verlängert, und wir haben dazu geklatscht. Das ist gar kein parteipolitischer Vorwurf. Einer hat damals dagegen protestiert, und das war meine IG Metall. Die hat sogar dagegen geklagt. Die IG Metall hat gesagt, die großen Unternehmen werden ihre Personalpolitik aus den sozialen Sicherungssystemen heraus finanzieren. So ist es gekommen. Die Parole hieß: Mit 54, 55 Jahren in einen kurzen Sozialplan, dann lange Zahldauer des Arbeitslosengeldes, dann mit 60 in die Frühverrentung mit 18 % Abschlag oder auch ohne Abschlag. Die Folge war, dass die großen Unternehmen aus der Arbeitslosenversicherung, aus der Rentenversicherung ihre Personalpolitik bezahlt haben, bis in die letzten Wochen und Monate hinein. Ihr wisst doch alle, wie das gelaufen ist.

Weil das so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, sagen wir: Wir müssen das faktische Renteneintrittsalter anheben. Von denen, die 55 und älter sind in Deutschland, sind 58 Prozent nicht mehr berufstätig, nicht weil sie alle nicht wollten, sondern weil 50 Prozent der Unternehmen in Deutschland niemanden mehr beschäftigt haben, der älter ist als 50. Wenn diese Gesellschaft nicht verrückt ist, sage ich wieder ganz klipp und klar: Diejenigen, die 55 und 60 Jahre alt sind, sind nicht altes Eisen. Die können noch etwas, die wissen noch etwas, die werden im Beruf und in dieser Gesellschaft gebraucht. Dafür trete ich ein, und ich bitte Euch dringend: Helft dabei mit, dass wir da einen Gesinnungswandel hinbekommen. Das ist weiß Gott nötig. (Beifall)

Dazu gehört auch das, was Klaus Wieseberg eben gegeißelt hat, nämlich die Sache mit 67. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man konnte lange Zeit in Deutschland zwischen 60 und 65 in Rente gehen; wer früher ging mit Abschlag. Man wird das ab 2029 zwischen 62 und 67 machen können. Wer 45 Versicherungsjahre hat - viele vom Bau sind dabei -, wer mit 20 oder früher in den Job kommt, wird auch in Zukunft seine Rente ohne Abschlag erhalten. Bis zum Jahr 2029 ist eine lange Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Unruhe)

Ich habe Euch eben die Zahlen deutlich genannt. Nun könnt Ihr alles ignorieren. Ich sage Euch nur: Dazu muss man gar kein Mathematiker sein, da reicht Volksschule Sauerland, um zu wissen, das haut nicht hin. Das wisst Ihr auch, und Ihr wisst ganz genau, dass man da etwas verändern muss. Das werden wir auch tun. (Unruhe - Pfiife - Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lasst uns, wenn wir an der Stelle unterschiedlicher Meinung sind, noch über einen Punkt sprechen, der auch mit Altersvorsorge zu tun hat und worüber wir uns vielleicht verständigen können. Die gesetzliche Rente bleibt das Kernstück der Alterssicherung, aber sie muss zunehmend ergänzt werden durch weitere kapitalgedeckte private Vorsorge. (Pfiife - Unruhe) Ihr solltet - dies an diejenigen, die dazwischen rufen - Euch mal ein bisschen mit den Rentensätzen beschäftigen, wie sie sind. Der Rentenniveausatz wird im Jahr 2030 bei 43 Prozent liegen. (Zurufe) Die werden bezahlt werden müssen von denen, die dann im Erwerbsleben sind.

Wer den Wohlstand von heute erhalten will, muss eine zusätzliche private Versicherung abschließen. (Pfiiffe) Das kann man über die Riester-Rente machen. Es sind jetzt 6,2 Millionen Kolleginnen und Kollegen, die dabei sind. Das kann man auch durch eine betriebliche Rente machen. Das sind inzwischen 15,7 Millionen. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland macht längst solche zusätzliche private Vorsorge über betriebliche oder über Riester-Rente.

Wir möchten das verbessern. Wir möchten stärker als bisher über Kinderzuschläge die Familien fördern, die Altersvorsorge machen. Und wir möchten, dass diese Altersvorsorge im Bereich Riester-Rente, von mir aus auch in anderen Bereichen, stärker verbunden wird mit der Vorsorge im Bereich von Haus und Wohnung oder von Dauerwohnrecht. Denn das ist natürlich auch eine gute Vorsorge für die Zukunft. Die Gewerkschaften wissen es doch ganz genau: Was vor wenigen Wochen bei Metall verhandelt worden ist, hat doch eine starke Komponente gerade im Bereich der Altersvorsorge. Ihr seid doch alle mit dabei und macht das immer, und das ist doch auch gut. Wieso können wir uns nicht darauf verständigen, dass wir an der Stelle eine klare gemeinsame Linie halten? Wenn es um die Frage der Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Gewinn und Kapital geht, wieso können wir nicht sagen, lasst uns darüber sprechen, wie wir das in einer vernünftigen Weise zu einer vernünftigen Altersvorsorge ausgestalten? Das ist doch ein vernünftiger Weg. (Beifall) Ihr geht ihn an vielen Stellen, und wir sind gut beraten, wenn wir mehr darüber nachdenken.

Das, was heute an Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand durch das 5. Vermögensbildungsgesetz gemacht wird - steuerliche Vergünstigungen, Belegschaftsaktien -, ist alles vom Ertrag her bisher gering. Die Beteiligung an Gewinn und Kapital kann doch so wie jetzt im Metall-Vertrag deutlich auf Altersvorsorge orientiert werden.

Wir haben durch ein neues Gesetz eine Insolvenzversicherung eingebracht. Das ist auch noch mal eine zusätzliche Hilfe für die Kolleginnen und Kollegen, die fragen: Ja, ist das denn sicher, was ich da mache? Ja, wir müssen ein System haben, in dem solche betriebliche Rente oder Riesterrente so sicher ist, dass sie nicht verloren gehen kann, wenn man mal den Betrieb wechselt oder wenn ein Betrieb in Insolvenz geht. Das ist ja genau das System, um das es geht. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir an der Stelle unterschiedlicher Meinung sind.

Wer den Wohlstand von heute im Rentenalter erhalten will, muss zu dem, was gesetzliche Vorsorge ausmacht, zusätzlich privat zu sparen beginnen. Das ist bei den nachwachsenden Generationen noch wichtiger als bei denen, die heute an der Rente oder schon darin sind. Aber die Veränderungen der kommenden Zeit sind unabwendbar. Ich bin gern bereit, das bei anderer Gelegenheit noch einmal ausführlich und im Detail zu erläutern.

Meine Bitte ist: Werft das Angebot nicht weg! Wir sind bereit, ich bin bereit, in dieser Regierung dafür zu stehen, eine vernünftige, begleitende Altersvorsorge zu organisieren. Das ist keine Kleinigkeit, und es wäre ein großes gewerkschaftliches Thema, wenn Ihr sagen würdet: Jawohl, das ist etwas, was wir aufnehmen und womit wir zusammen mit Euch in der Politik vernünftige Entscheidungen treffen. (Leichter Beifall)

Die Debatte, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Konsequenzen einer älter werdenden Gesellschaft kommen unausweichlich, auch wenn einige zurzeit noch die Augen davor verschließen. Vielleicht wäre es besser, wir würden konstruktiv intensiver darüber sprechen, wie wir diese Entwicklung, die vor uns ist, aufnehmen.

Wieder will ich eine Zahl sagen zum Jahr 2050. – Ich weiß, wenn man das Jahr 2050 sagt, dann sagen welche: Das ist alles ganz weit weg. – Nun gut, ich werde

nicht mehr dabei sein; ich werde dann im Himmel sein oder wo Sozialdemokraten so hinkommen. Das wird man sehen. (Heiterkeit) Jedenfalls, im Jahre 2050 werden in Deutschland 12 Prozent der Menschen älter als 80 sein, 30 Prozent älter als 65, 16 Prozent jünger als 20. Bei den Menschen im Erwerbsalter – das sind heute 39,5 Millionen – zwischen 17 und 65 – werden 2050 aus den 39,5 Millionen 24 Millionen geworden sein – nicht, weil alle nicht mehr da wären, sondern weil viele ins Rentenalter hinein wachsen. Das kann man nicht einfach ignorieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die, die heute 22 Jahre und jünger sind, werden im Jahre 2050 noch erwerbstätig sein, und viele von Euch werden als fröhliche Rentner mit dabei sein. Wenn man das aber sein will, dann muss man jetzt beginnen, darüber nachzudenken und mindestens darauf hinzuweisen, mit welchen Problemen diese Entwicklung behaftet sein könnte. Wir werden das nicht alles durch Zuwanderung klären können – ich sage es Euch –, sondern wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, wie eigentlich in einer sich so verändernden Gesellschaft die Dinge so gesetzt werden können, dass wir weiter im Wohlstand leben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ein paar Worte sagen zur Qualität der Arbeit, zu guter Arbeit. Wer will, dass Menschen länger im Berufsleben bleiben, dass sie bestehen können, Klaus, der steht in der Verantwortung, altersgerechte Arbeitsplätze anzubieten. Das ist unterschiedlich möglich, je nachdem, in welchem Beruf man sich bewegt. Ich weiß das. Menschen sind nicht genormt. Deswegen kann es auch keine allgemein gültige Norm für gute Arbeit geben. Aber man kann schon verschiedene Dimensionen guter Arbeit benennen.

Gute Arbeit ist Arbeit, die nicht unnötig und übermäßig Menschen körperlich belastet. Gute Arbeit ist eine, die den Fähigkeiten des Einzelnen entspricht und die Weiterbildung und Qualifizierung ermöglicht. Gute Arbeit ist eine, die nicht gesundheitsgefährdend ist. Gute Arbeit ist eine, die gerecht, ausreichend, mindestens aber existenzsichernd bezahlt wird. Gute Arbeit ist im Regelfall eine, die sozialversicherungspflichtig ist. Gute Arbeit ist eine, die angemessene Arbeitsbedingungen und -zeiten hat und deswegen auch mit Familie vereinbar ist. Gute Arbeit ist eine, die Menschen dient.

Hinter solch einem Leitbild guter Arbeit als Ganzem steht der Gedanke, dass Arbeitskraft nicht nur eine Ware ist, die verkauft wird. Wir haben und müssen den Menschen im Blick haben, wenn wir über Arbeit reden, seine Würde, die auch am Arbeitsplatz geschützt ist. Deswegen haben wir eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die diesem Ziel dienen sollen.

Dazu gehört auch, dass wir Betreuungsangebote im Krippenalter und in der Grundschule finanzieren im Sinne von Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört die Steuerfreiheit der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge. Dazu gehört, dass wir stärker als bisher Wert darauf legen, uns Gedanken zu machen über die Qualität der Arbeit und wie wir im Sinne von Arbeitsschutz, aber weit darüber hinausgehend im Sinne der Arbeitnehmer agieren können.

Und weil das alles so ist, heißt die Parole eben nicht schlicht Vorfahrt für Arbeit, sondern Vorfahrt für menschenwürdige Arbeit. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. (Beifall)

Die Arbeitswelt ist längst nicht frei von Belastungen. Studien zeigen, dass viele über mangelnde Qualifizierungs- und Aufstiegschancen klagen, über körperliche Belastungen, über Eintönigkeit, über Angst. Besonders problematisch ist das überall da, wo Gewerkschaften, Betriebsräte und Personalräte kaum oder keine Macht haben und Arbeitnehmerinteressen nicht gebündelt werden.

Seit die sozialliberale Koalition 1969 unter Willy Brandt das Thema Humanisierung der Arbeitswelt auf die Tagesordnung gesetzt hat, seit der große Otto Brenner und

andere große Gewerkschafter Debatten und Initiativen zur Humanisierung der Arbeitswelt geführt haben, ist viel passiert. Manche Erwartungen und Forderungen von damals sind beantwortet, neue sind dazu gekommen. Viele rechtliche Neuregelungen gibt es, aber das heißt nicht, dass die Aufgabe abgeschlossen wäre. Ganz im Gegenteil! Unsere Arbeitswelt ändert sich heute so schnell, dass jeder Stillstand in der Qualitätsdiskussion die Gefahr des Rückschritts birgt.

Die Überlegungen, wie man einen Arbeitsplatz in der Schwerindustrie human gestaltet, helfen nur begrenzt bei der Frage, wie ein solcher Arbeitsplatz in einem Callcenter aussehen soll. Wir versuchen, vor allen Dingen mit der Initiative „Neue Qualität der Arbeit“, die Erkenntnisse aus der jahrelangen Forschung in die Praxis zu bringen. Es geht um Modelle, die funktionieren und die bekannter werden sollen. Das ist ein strategischer Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dem wir miteinander zu arbeiten haben. Und auch an dieser Stelle bitte ich um intensive Zusammenarbeit und Begleitung – kritisch, aber doch zielgerichtet.

Auch gering Qualifizierte müssen in diesem Land Chancen auf Arbeit haben und dafür einen Lohn bekommen, von dem sie leben können – ein anderes wichtiges Ziel unserer Politik. (Beifall)

Dies ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ein Zielkonflikt: Arbeit für gering Qualifizierte, die so bezahlt ist, dass sie davon sich und ihre Familie ernähren können. Und natürlich sehe ich, welche Problematik darin steckt – Ihr auch. Trotzdem muss man dieses wollen.

Ich habe die Debatte um die Frage der existenzsichernden Löhne im Frühjahr 2004 begonnen, mit vielen Gewerkschaftern zusammen, auf dem Gewerkschaftsrat meiner Partei. Wir waren uns damals nicht einig. Und die Antwort auf diese Problematik ist nicht leicht. Wir sind in einer Diskussion, und wir werden im Herbst dieses Jahres als Bundesregierung einen Vorschlag machen, wie man in dem Bereich existenzsichernde Löhne im Weiteren vorgehen sollte. Heißt die Antwort Kombilohn? Heißt die Antwort gesetzlicher Mindestlohn? Heißt die Antwort tariflicher Mindestlohn? Die Debatte läuft, und ich warne sehr vor vorschnellen Entscheidungen jetzt.

Es ist gut, wenn wir miteinander darüber sprechen, was wir uns wünschen und was machbar und umsetzbar ist. Ich sage Euch ganz klar: Mir wäre es am liebsten, wir würden über den tariflichen Mindestlohn viele der Probleme, die es da gibt, lösen – Stichwort Entsendegesetz. Mir wäre das am liebsten, (Beifall) weil ich mich in Sachen Mindestlohn immer zurückgehalten habe. Denn das ist natürlich etwas von Einmischung in die Tarifautonomie, die mir heilig ist. Deshalb muss man sehen: Was kann man an der Stelle tun, um das hinzubekommen?

Das kann flankiert werden mit gezielten Kombilohnmodellen für bestimmte Gruppen, unter 25 oder über 50, (Pfiife) aber klar ist: Wir wollen keinen flächendeckenden und dauerhaften Niedriglohnsektor.

Und erlaubt mir auch noch mal – wir sind da im guten Gespräch –, an der Stelle um eines zu bitten: Wir sollten uns angewöhnen, dass wir die Ziele miteinander beschreiben. Dann kann man über die Instrumente streiten, mit denen man sie erreicht. Da gibt es in dieser Regierung welche, die glauben an das Instrument Kombilohn. Es gibt andere, die glauben mehr an das Instrument des Mindestlohns, des tariflichen oder des gesetzlichen. Das ist aber die Frage zwei. Die Frage eins ist: Welche Ziele haben wir miteinander? Ideologisiert nicht Instrumente, sondern lasst uns Instrumente nutzen, um Ziele zu erreichen!

Das ist ein wichtiger Unterschied, den man sehen muss. (Beifall)

Und weil das so ist, lasst uns mit diesem Thema ganz nüchtern umgehen. Eines muss nur deutlich sein: Das, was in Deutschland an Arbeitsmarkt stattfindet, kann

so nicht weitergehen. Die Kolleginnen und Kollegen haben das Gefühl: Oben ist der Deckel drauf, und der freie Fall nach unten ist eröffnet. (Beifall) Sie haben 4,50 Euro Stundenlohn gesehen, dann 4 Euro, 3,50 Euro, 2,98 Euro. Wenn Leute, die den ganzen Monat lang arbeiten, täglich zur Arbeit gehen und dann mit 600, 700 oder 800 Euro brutto nach Hause kommen, dann ist das sittenwidrig, und das darf so nicht bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Das darf so nicht bleiben, weil derjenige, der arbeitet, sich und seine Familie davon ernähren können muss, aber auch weil das volkswirtschaftlich der falsche Weg ist. Alle diejenigen, die uns erzählen wollen, möglichst niedrige Löhne, ob als Löhne oder wie auch immer, seien die Chance, Deutschlands Wohlstand dauerhaft zu sichern, irren sich sehr. Billig können andere Länder besser als wir. Wir werden nur Wohlstandsland bleiben, wenn wir gut sind, wenn wir sehr gut sind, wenn wir sehr, sehr gut sind und wenn wir dafür auch hohe Löhne bekommen. Hochleistungsland und Hochlohnland – das ist die Chance, die Deutschland hat. Und dafür will ich in dieser Regierung kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Und seid ein bisschen vorsichtig mit der einfachen Lösung 7,50 Euro für alle oder, wie andere sagen, 8 Euro für alle. Wenn das kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht der Familienvater als Alleinverdiener mit zwei Kindern mit weniger Geld nach Hause als der, der Arbeitslosengeld II bekommt. (Piffe) – Ja, Ihr könnt ruhig pfeifen. Auch ich habe es mir angeguckt. Aber das nutzt nichts. Steckt mal die Pfeifen weg und denkt doch einfach mal nach. (Zurufe - Piffe) – Ja, lasst uns doch miteinander sprechen. Das hilft doch alles nichts. Wir müssen das Machbare machen.

Derjenige, der als Lediger Arbeitslosengeld II bekommt, muss 6 Euro oder 6,50 Euro haben, um das gleiche Geld in der Tasche zu haben, wenn er beschäftigt ist. Der Familienvater mit zwei Kindern oder die Mutter, ist egal, muss als Alleinverdiener oder Alleinverdienerin 11 Euro oder 11,50 Euro haben, um dasselbe Geld in der Tasche zu behalten. Es geht nicht um den Mindestlohn, sondern es geht um das Mindesteinkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb sage ich: Macht es Euch an der Stelle nicht zu leicht. Wir müssen eine Kombination hinbekommen, die alles das mitberücksichtigt. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in diesem Land Wohlstand sichern will, wer Altersvorsorge betreiben will und alle Dinge bedenkt, die dafür erforderlich sind, der wird zum guten Schluss an einen entscheidenden Punkt kommen. Die Frage ist die der Bildung, der Ausbildung, der Qualifizierung, der technischen Entwicklung. Wenn Deutschland im Jahr 2030/2040 einen Wohlstand hat wie heute, dann werden auch diejenigen, die überaltert sind, noch im Wohlstand leben können, und dann wird man sich zu streiten haben über ein paar Prozentpunkte hin und her. Wenn aber der Wohlstand bis dahin gesunken sein sollte, was nicht so sein muss, dann können wir heute Gesetze schreiben, und Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, dann wird weniger zu verteilen sein für die Alten und für die Jungen.

Die entscheidende Frage ist also: Wie halten wir den Wohlstand hoch? Wir haben in der SPD-Bundestagsfraktion vor zwei Jahren lange über die Frage geredet: Wollen wir im Jahre 2030 einen Rentenniveausatz von 46 Prozent oder von 43 Prozent haben? Weil wir gut sein wollten, haben wir gesagt: 46 Prozent. Ich habe dann aber noch einmal nachgefragt: von was? 46 Prozent von wenig ist weniger als 43 Prozent von viel. Die Frage ist: Was werden die hundert Prozent sein im Jahre 2020/2030? Wer morgen ernten will, muss heute säen. Wir müssen heute investieren in die Köpfe und in die Herzen der Jungen.

Deshalb sage ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Kapitel meiner Ausführungen: Wer in diesem Land wirklich Wohlstand sichern will, der muss alles

dies angehen, was der Arbeits- und Sozialminister in seiner Funktion zu erledigen hat. Der muss aber auch wissen: Das Wichtigste ist, dass wir in die Köpfe und in die Herzen der jungen Menschen investieren. Da entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. (Starker Beifall)

Deshalb sage ich auch Klaus Wiese und anderen, die über die Rente sprechen: Bei allem Respekt, Rente wird in Deutschland leicht als Synonym zu arm erwähnt, was nicht stimmt. (Widerspruch) – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, ja, hört noch einen Augenblick zu. Es gibt arme Rentner, es gibt aber auch solche, denen es ganz gut geht. (Zurufe) – Ja, es gibt arme aktiv Beschäftigte, und es gibt solche, denen es ganz gut geht. Wenn wir glauben, wir könnten in dieser Gesellschaft trennen zwischen Arm und Reich, indem wir die aktiv Beschäftigten und die Rentner gegeneinander stellen, dann ist das doch Unsinn. Dass wir in diesem Jahr die Rente nicht erhöht haben, hängt doch damit zusammen, dass die Einkommen der aktiv Beschäftigten in den vergangenen Jahren nicht gestiegen sind.

Ich sage Euch ganz klar und deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn ich Geld zu verteilen hätte – ich habe es nicht –, ich würde es den Familien mit aufwachsenden Kindern geben. (Unruhe) Das sind diejenigen, die am meisten brauchen, damit sie etwas für ihre Kinder, für deren Bildung und für deren Weiterbildung tun können. Das ist die wichtigste Aufgabe in diesem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Niemand von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit. Das, was sich im Bereich Ausbildung tut, ist völlig unbefriedigend. (Beifall)

Ich weiß, dass es Vorschläge gibt, was wir denn tun könnten. Ich sage Euch nur: Die Chance mit einer Abgabe wird es nicht geben. (Pfuirufe) – Das könnt Ihr bedauern; diese Meinung kennen wir ja voneinander. Ich als Minister muss trotzdem gucken, was ich tun kann, damit es weitergeht. (Zuruf) Deshalb müssen wir die Unternehmen und die Unternehmer, die guten Willens sind, ansprechen und mit denen und den Gewerkschaften zusammen versuchen, das zu organisieren.

Dass mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen keine Ausbildung mehr machen, ist nicht in Ordnung. Ich fordere die Unternehmer und die Unternehmensverbände an dieser Stelle nochmals dazu auf: Sorgen Sie dafür, dass in den nächsten Wochen zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wir haben noch fünf Jahre, in denen viele junge Menschen aus der Schule kommen; erst dann werden es deutlich weniger.

Ich war vor 14 Tagen in Mecklenburg-Vorpommern. Da ist die Zahl derer, die aus der Schule kommt, halb so hoch wie 1992. In fünf oder sieben Jahren wird das im Westen der Republik ähnlich sein. Deshalb muss man, wenn man Facharbeiter morgen und übermorgen haben will, heute ausbilden. Auszubilden nach dem Bedarf des einzelnen Betriebes nutzt dabei nichts; das reicht nicht. Ausgebildet werden muss im Interesse der Menschen und im Interesse unserer Volkswirtschaft darüber hinaus. Wir müssen erreichen: kein junger Mann und keine junge Frau von der Schule in die Arbeitslosigkeit. Dafür streite ich, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ich will die Chance eines Grußwortes nicht zu sehr ausdehnen. Deshalb möchte ich zu Europa, wozu ich eigentlich auch noch einiges ausführen wollte, nur noch ein Stichwort mitgeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe mit Michael Sommer, mit Dietmar Hexel und mit anderen schon oft über die Frage gesprochen: Was ist eigentlich unsere Aufgabe in Europa? Was können wir eigentlich tun? Wir wissen alle miteinander: Die politische Linke hat es nicht geschafft, sich zu organisieren, nicht in Europa und auch nicht hinreichend im gewerkschaftlichen Bereich. Wir müssen da besser werden, und daran müssen wir miteinander arbeiten. Aber das kann nicht heißen, dass wir Europa als eine Ne-

bensache ansehen, sondern Europa ist die politische Aufgabe und Vision für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Ich sage das ganz besonders den Jungen.

Ich habe noch gelernt, dass Engländer und Franzosen unsere Feinde sind; sie standen meinem Vater im Krieg gegenüber. Das ist Gott sei Dank längst vorbei. Wir haben seit 61 Jahren an dieser Stelle in Europa Frieden. Das gab es, wenn man in die Geschichtsbücher guckt, noch nie. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir Wohlstandsregion sein können. Deutschland alleine wird das nicht schaffen. Aber die 450 oder 500 Millionen Menschen in diesem Europa haben eine Chance, auch im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Deshalb nur kurz meine herzliche Bitte: Kümmert Euch um diesen Teil Europapolitik, der von ganz besonderer Bedeutung ist.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine herzliche Bitte: Helft mit, damit in Deutschland eines klar wird über alle parteilichen und sonstigen Grenzen und Unterschiede hinweg. Es gibt in Deutschland wieder Menschen, die den alten Geist des Nationalsozialismus verbreiten. Ich nenne sie nicht Neonazis; das ist viel zu verharmlosend. Das sind Leute, die andere Menschen verfolgen, und das sind solche, die dabei sind, den Jungen das Gift einzuträufeln.

Denen mit Glatze und mit Stiefeln, die gewalttätig werden, kein Pardon, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist so, wie das in den 20er-, 30er-Jahren in Deutschland auch gewesen ist. Das waren nicht irgendwelche wildgewordenen Arbeitslosen, die damals Adolf Nazi an die Macht gewählt haben, sondern das waren Leute mit Nadelstreifen und Krawatte und mit sehr viel Geld. (Beifall) Ich sage auch zu denen in Brandenburg und Sachsen, wo sie ganz besonders auftreten: Wir haben sie zu bekämpfen. Aber niemand rechnet Euch das an. Wir wissen auch jetzt in diesem Deutschland 2006, dass der Kampf vor allem gegen die gehen muss, die mit viel Geld dabei sind, solche Dinge zu finanzieren und vorzubereiten und die jungen Menschen zu verführen. (Starker Beifall – Pfiffe)

Es darf in Deutschland nicht mehr möglich sein, dass Menschen Angst haben müssen, nur weil sie anders sind als andere. Ob es die Hautfarbe oder die Religion oder keine Religion ist oder welche Eigenart auch immer den Einzelnen ausmachen: Jeder muss nach seiner Eigenart in diesem Lande frei und liberal im guten Sinne leben können. Dazu wollen wir beitragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Teil der Punkte, die ich angesprochen habe, haben Eure Zustimmung nicht. Das wusste ich, als ich kam. Ich glaube aber, dass es richtig ist, dass wir offen und ehrlich miteinander sprechen. Es ist sehr wichtig, dass die deutschen Gewerkschaften, der DGB und die Einzelgewerkschaften, und die deutsche Sozialdemokratie in einem engen Kontakt miteinander bleiben, dass wir uns auch über den richtigen Weg streiten.

Ich glaube übrigens, Reibung erzeugt Hitze, aber auch Fortschritt. Ich glaube gar nicht an die Harmoniemelodie, die manche aus dem konservativen Lager in diesem Lande allzu gern singen. Es kommt nicht darauf an, dass man sich immer verträgt. Und ich kann auch austeilen. Das geht immer auf Gegenseitigkeit. Wenn ich von meiner Sache überzeugt bin, kämpfe ich dafür. Aber die Motivationslage, dass wir sagen, wir wissen, wo die gemeinsamen Ziele sind, und jetzt suchen wir den Weg, wie wir dahin kommen, das ist das, was uns gemeinsam begleiten muss. Viele gute Entscheidungen noch auf diesem Kongress, intensives Miteinander in den kommenden Jahren! Und herzliches Glückauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, Euch allen! (Anhaltender lebhafter Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Es hat jetzt der DGB-Vorsitzende, Michael Sommer, das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lieber Franz, herzlichen Dank für Deine offenen Worte, und herzlichen Dank auch dafür, dass Du nicht gekniffen hast. Das hast Du übrigens gemein mit Angela Merkel; die hat es gestern auch nicht getan. Was Du aber auch mit Angela Merkel gemein hast, ist natürlich, dass dieser Kongress in einigen Punkten mit Deinen Aussagen überhaupt nicht einverstanden ist. (Starker Beifall)

Nun ist es nicht meine Aufgabe, die Rede eines Vizekanzlers zu zensieren. Ich will nur ein paar Anmerkungen machen. Eines scheint mir ganz wichtig zu sein. Wir müssen über den Niedriglohnsektor tatsächlich miteinander in eine Debatte kommen. Aber wichtig ist eines: dass wir klar wissen, woran wir mit der Großen Koalition sind. Will sie ihn ein bisschen abrunden und vielleicht ein bisschen geschmeidiger machen, oder will sie ihn abschaffen? Das ist die Messlatte, die wir an Euch richten. Der Niedriglohnsektor muss weg! Dazu gehört auch ein gesetzlicher Mindestlohn. (Starker Beifall)

Deinen Hinweis, dass 7,50 Euro nicht gerade üppig sind, teile ich. Aber das heißt ja nicht, dass man heruntergehen kann, sondern dass man raufgehen muss, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Ein Zweites will ich sagen. Wir teilen Deine Auffassung zur Bedeutung der Bildung, übrigens auch der Berufsbildung. Wir sind in der vergangenen Legislaturperiode ja zusammen eine Zeitlang den Weg der Ausbildungsplatzumlage gegangen, als Rot-Grün noch regierte. (Beifall) Ich werde nie vergessen – Franz, das sage ich Dir auch persönlich –, dass ich wirklich enttäuscht war – richtig enttäuscht war! –, als dann, als es im Bundesrat schwierig wurde, Ihr eingebogen seid und einen verlogenen Pakt gemacht habt. Dieser Pakt bringt nichts. (Starker Beifall)

Ich würde jeden Morgen auf Knien zu den Arbeitgebern rutschen, wenn ich dadurch Ausbildungsplätze kriegen würde. Aber wir wissen: Die erzählen schöne Sachen; die machen hübsche Pakte. Aber sie sind letztendlich nicht bereit zu handeln. Deswegen muss die Politik handeln, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Zur Rente mit 67 und zum Kündigungsschutz hast Du alles schon nachgelesen. Ich war nämlich so nett, sowohl Franz Müntefering als auch Angela Merkel vorher meine Grundsatzrede zu geben. Sie sollen ja nicht von dem überrascht werden, was wir hier wollen und tun. Was zur Rente mit 67 zu sagen war, hast Du gehört – und anderes sicherlich auch.

Ich will noch einen einzigen Punkt nennen, der mir persönlich wichtig ist: Hört auf, immer eine Zukunft zu beschreiben, die wir nicht kennen. Und hört auf mit den Hochrechnungen, von dem und dem zu sagen: Deswegen müssen wir heute dieses und jenes tun.

Du hast das Jahr 2050 genannt. Das sind, wenn ich richtig kopfrechnen kann – also Berliner Grundschule -, wohl 44 Jahre. Niemand von uns kann 44 Jahre vorausblicken. Niemand! (Beifall) Und schon gar nicht kann das Vorausblicken auf 44 Jahre helfen, heute zu sagen: Deswegen müssen wir heute so handeln.

Ich will es ein bisschen nonchalant sagen. 44 Jahre zurück, das waren die 60er-Jahre. Ich glaube, damals war die Welt eine andere, und wir hätten nicht gedacht, dass wir in Berlin-Neukölln in einem vereinten Deutschland wieder tagen können. Um es zugespitzt zu sagen: Damals haben Angela Merkel und Matthias Platzeck wahrscheinlich noch Russisch gelernt. Das war auch ihre Lebensperspektive, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen sage ich: Hört auf, immer so über die Zukunft zu reden! (Beifall) Lasst uns sehen, dass wir jetzt die gemeinsamen Wege gehen. Je mehr wir die Probleme heute lösen, desto mehr bereiten wir ein gutes Fundament

für die Zukunft. Dazu gehört insbesondere ein guter Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit.

Wenn Du es schaffst, dass wir gute Programme für die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern bekommen, hast Du die Gewerkschaften auf Deiner Seite. Darauf kannst Du Dich verlassen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Franz, ich möchte Dir im Namen dieses Kongresses an dieser Stelle noch einmal für Deine Worte Dank sagen. Du hast fast am Schluss gesagt, wenn Du von etwas überzeugt bist, kämpfst Du für diese Sache. Das haben Sozialdemokraten und Gewerkschafter gemein: Auch wir Gewerkschafter kämpfen für eine Sache, wenn wir davon überzeugt sind. Und wir sind davon überzeugt, dass Rente mit 67 falsch ist. (Starker Beifall - Zurufe)

Aber es waren auch viele Ansätze an Gemeinsamkeiten zu finden. Zum Abschluss heute mit Dir möchten wir Dir noch einmal sagen: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“, das ist ein Thema, das Sozialdemokraten und Gewerkschaften gemeinsam aus diesem Saal hinaustragen sollten. Wir sollten uns gemeinsam unterstützen. Dafür danken wir Dir. Danke, dass Du unser Gast warst. (Starker Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Oskar Lafontaine in unserem Saal zum 18. DGB-Bundeskongress begrüßen. (Starker Beifall) Ich bedanke mich bei Ihnen für das Verständnis, dass Sie hier so lange gewartet und ausgeharrt haben, ehe ich Sie begrüßen konnte. Danke und herzlich willkommen! (Beifall)

Wir haben Ihre Rede für 15 Uhr angekündigt.

Wir möchten jetzt die Aussprache fortsetzen mit den noch vorliegenden Wortmeldungen, wenn Ihr damit einverstanden seid. – Ich hatte als ersten Redner schon den Kollegen Herbert Beck von ver.di angekündigt, Teilnehmernummer 73. (Zurufe: Pause!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann Euch verstehen. Mir geht es genauso wie Euch. Ich hätte jetzt auch gern eine Pause. Aber wir haben noch viele Anträge vor uns, und wir haben nur noch vier Wortmeldungen. Bitte habt Geduld. Lasst die vier Kolleginnen und Kollegen noch sprechen, damit wir nach der Mittagspause in die Antragsberatung gehen können. (Ein Delegierter meldet sich zur Geschäftsordnung)

Ein Antrag zur Geschäftsordnung. Kollege, komm bitte nach vorn, sag bitte Name, Gewerkschaft, und Delegiertenummer. – Das Wort hat der Delegierte Jörg Wolff, ver.di, Delegiertenummer 300. – Jörg, Du darfst.

Jörg Wolff

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Sinne der Kolleginnen und Kollegen, die sich noch zu Wort gemeldet haben, und auch mit Respekt vor ihnen, bitte ich darum, dass wir jetzt in die Pause gehen, denn jetzt würde den Kolleginnen und Kollegen niemand mehr zuhören. Das wäre unfair gegenüber denen, die hier mitdiskutieren wollen. – Danke. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Spricht jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dafür ist, dass wir jetzt in die Mittagspause gehen, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Danke.

Wer ist dagegen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit. Damit unterbreche ich den Kongress. Wir setzen ihn um 15 Uhr fort.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.53 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.00 Uhr)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bitte begeben Sie sich auf Ihre Plätze, damit wir mit dem Kongress pünktlich fortfahren können.

An dieser Stelle begrüße ich nochmals ganz herzlich Oskar Lafontaine auf unserem DGB-Kongress. (Beifall)

Lieber Oskar, wir freuen uns, dass Du heute zu uns gekommen bist in Deiner neuen Funktion im Bundestag. Herzlich willkommen, Oskar Lafontaine. Du hast das Wort.

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Linkspartei

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich herzlich für die Einladung, hier zu Euch sprechen zu dürfen. Ich überbringe Euch zunächst die Grüße der Fraktion Die Linke und wünsche namens der Fraktion Eurem Kongress einen guten Verlauf und Euch allen eine gute Arbeit für die Zukunft. (Beifall)

Ich bedanke mich bei denen, die in den letzten Wochen zu uns Kontakt aufgenommen haben. Wir sind immer wieder gefragt worden, was der Sinn ist, eine neue Linke in Deutschland zu gründen, was wir eigentlich wollen. Ich beantworte das ganz kurz im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Wir haben uns angesichts der Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte gesagt, wir müssen eine Gruppe bilden, um die Achse der deutschen Politik wieder nach links zu verschieben, denn sie hat sich in den letzten Jahren viel zu sehr nach rechts entwickelt. Wir müssen eine Gegenkraft mobilisieren gegen den Neoliberalismus. Das ist der Auftrag der neuen Linken. (Beifall)

Ich möchte nicht klassisch mit der Innenpolitik beginnen, sondern mit der Außenpolitik. Ich erinnere an die Anti-Kriegs-Tradition der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Zurzeit hat unsere Außenpolitik keine klare Grundlage. Deshalb fordern wir, die neue Linke, erstens, dass die neue Außenpolitik wieder klar erklärt: Wir wollen in Zukunft das Völkerrecht beachten. Es geht nicht, dass wir uns an Kriegen beteiligen, die eklatant gegen das Völkerrecht verstoßen. Das ist nicht im Sinne der Tradition der Gewerkschaftsbewegung und der deutschen Linken. (Beifall)

Zweitens erinnere ich angesichts der aktuellen Auseinandersetzung daran, dass wir darauf bestehen müssen, dass der Atomwaffensperrvertrag gilt. Er gilt nicht nur für diejenigen, die vielleicht versucht sind, ihn technologisch in die eine oder andere Richtung zu überschreiten, sondern er gilt in erster Linie für die Atomwaffenmächte in aller Welt. Die können nicht sagen: Wir wollen Atomwaffen behalten, wir wollen sie weiter besitzen und auch politisch nutzen, wir verbieten aber willkürlich dem einen oder anderen Staat, solche Atomwaffen herzustellen. Auf einer solchen Grundlage wird es keinen Frieden geben, insbesondere nicht im Nahen Osten. (Beifall)

Drittens werbe ich dafür, dass wir uns gegen imperialistische Kriege zur Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten wenden. Für uns, die neue Linke, sind die Kriege im Vorderen Orient nicht Feldzüge für Freiheit und Demokratie, sondern Kriege um die Ölvorräte und Gasvorräte des Kaspischen Meeres. Das wollen wir

klar ansprechen, weil wir auch sonst keine Grundlage haben, uns zu diesen Kriegen zu stellen.

Viertens wird immer gesagt, die deutsche Außenpolitik wendet sich gegen den internationalen Terrorismus. Wenn man gegen den internationalen Terrorismus kämpfen will, ist man verdammt nochmal verpflichtet zu erklären, was man unter Terrorismus versteht. Diese Antwort ist die deutsche Politik seit Jahren schuldig geblieben.

Die Linke sagt, Terrorismus ist das Töten unschuldiger Menschen zum Erreichen politischer Ziele. Dieser Begriff wird nicht nur angewandt für die Attentäter, die in das World Trade Center geflogen sind. Er wird nicht nur angewandt für diejenigen, die als Selbstmordattentäter tragisch enden und viele Unschuldige mit in den Tod reißen. Dieser Begriff gilt ebenso für die Kriegführung in Afghanistan oder im Irak, wo viele Tausende Unschuldige ums Leben kommen. Auch das ist Terrorismus, und die deutsche Linke muss diese Dinge beim Namen nennen. (Beifall)

Als Letztes, liebe Kolleginnen und Kollegen: Es stünde der deutschen Außenpolitik auch gut an, wenn sie die Wahl sozialistischer Präsidentinnen und Präsidenten in Südamerika unterstützen würde und auch akzeptierte, dass da neue politische Kräfte auf die Weltbühne kommen, die sagen, wir wollen die Reichtümer unserer Länder nutzen, um die Wohlfahrt unserer Völker zu steigern. Das ist das gute Recht solcher Regierungen. Die deutsche Außenpolitik sollte das unterstützen. (Vereinzelt Beifall)

Ich komme zu Europa. In Europa haben wir die Aufgabe, den Neoliberalismus konkret zu bekämpfen. Deshalb bin ich stolz darauf, meinen Beitrag geleistet zu haben, dass die Franzosen mit „Non“ gestimmt haben zur Europäischen Verfassung, denn diese hätte den Neoliberalismus in Europa festgeschrieben. Neoliberalismus heißt nun einmal Dumping bei den Löhnen, Dumping bei den sozialen Leistungen und Dumping bei den Steuern. Es ist Aufgabe der Linken und der Gewerkschaften, sich dagegen zu stellen. Deswegen war der Kampf gegen die Bolkestein-Richtlinie so wichtig. Ich danke allen, die da mitgeholfen haben. Wir haben ja einen Teilerfolg errungen. Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende. Deshalb ist auch der Mindestlohn in Deutschland so wichtig. Wenn es keine Standards gibt, die man heranziehen kann, läuft die ganze Debatte ins Leere. Dann haben wir brutales Lohndumping, insbesondere in Deutschland. Der Mindestlohn ist Grundvoraussetzung für diejenigen, die gegen Bolkestein irgendetwas unternehmen wollen. (Beifall)

Ich sagte etwas zum Auftrag der neuen Linken, die Achse der Politik wieder nach links zu verschieben. Dies ist gerechtfertigt durch die politischen Entscheidungen der Großen Koalition. Ich übe mich hier nicht in billiger Polemik. Aber es ist Tatsache, dass die Entscheidungen der letzten Monate nichts anderes sind als eine Fortsetzung von Agenda 2010 und Hartz IV. Die Mehrwertsteuer-Erhöhung, die Kürzung des Arbeitslosengeldes II, die Kürzung der Pendler-Pauschale, die Rente mit 67, die Verlängerung der Arbeitszeit – das sind doch alles Entscheidungen, die wir niemals akzeptieren können, weil sie alle in die gleiche Richtung gehen. Sie können auch nicht aufgewogen werden durch die so genannte Reichensteuer. Das ist doch reiner Schwindel. Wir haben keine Reichensteuer, aber wir haben massive Kürzungen für die große Mehrheit der Bevölkerung. Dagegen müssen wir angehen. (Beifall)

In dieses Konzept gehört natürlich das weitere Eintreten für die Arbeitszeitverkürzung. Deshalb erkläre ich mich hier noch einmal solidarisch mit der Gewerkschaft ver.di, die versucht hat, die Arbeitszeitverlängerung zu verhindern. Das ist natürlich nur ein Teilerfolg. Wir brauchen bei fünf Millionen Arbeitslosen in diesem Lande weiterhin Arbeitszeitverkürzungen. Die Linke darf das nicht aufgeben. Das ist ein zentrales Projekt linker Politik. (Beifall)

Wenn ich dabei bin, Arbeitszeitverkürzungen anzusprechen, dann rate ich dazu, dass wir nicht auf die Begriffe der anderen Seite hereinfallen. Wie oft haben viele von uns gesagt: Ja, die Arbeitszeitverlängerung können wir nicht akzeptieren. Das war teilweise das Eingehen auf die falsche Begrifflichkeit des Neoliberalismus. Es geht denen doch niemals um Arbeitszeitverlängerung. Es geht ihnen immer nur um Arbeitszeitverlängerung bei gleichem Lohn, das heißt, um Stundenlohnkürzungen. Und gegen Stundenlohnkürzungen müssen sich Gewerkschafter und Linke in Europa überall zur Wehr setzen. (Beifall)

Noch deutlicher wird die Begrifflichkeit des Neoliberalismus an dem zentralen Begriff der so genannten Reformpolitik, das sind die „Lohnnebenkosten“. Da kann man den ganzen Schwindel im Grunde genommen erläutern.

Welcher Arbeitnehmer käme auf die Idee, etwa seine Rente als Lohnnebenkosten zu bezeichnen? Welcher Arbeitslose käme auf die Idee, sein Arbeitslosengeld als Lohnnebenkosten zu bezeichnen? Welcher Kranke käme auf die Idee, das Geld, das er von der Kasse bekommt, als Lohnnebenkosten zu bezeichnen? Welcher Pflegebedürftige käme auf die Idee, das Geld, das er bekommt, als Lohnnebenkosten zu bezeichnen?

Hier sieht man, dass die Begrifflichkeit die Politik macht. Sie ist manchmal mächtiger als Regierungen und große Parteien. Wenn man das Wort „Lohnnebenkosten“ einmal ins Deutsche übersetzt - Geld für Kranke, Geld für Rentner, für Arbeitslose und für Pflegebedürftige -, dann heißt die Programmatik der konkurrierenden Parteien: „Wir wollen die Lohnnebenkosten senken“ nichts anderes als: „Wir wollen das Geld für Arbeitslose, für Rentner, für Kranke und für Pflegebedürftige kürzen.“

Nichts anderes ist in den letzten Jahren geschehen. Deshalb werbe ich dafür, die Begrifflichkeiten des Neoliberalismus zu durchschauen und sie in keinem Fall zu übernehmen. (Beifall)

Das gilt dann auch für das wunderbare Wort „Globalisierung“. Die Globalisierung kann man ganz einfach übersetzen, indem wir sagen „Kapitalismus“ oder „internationaler Finanzkapitalismus“ oder wie es der eine oder andere will. Das Wort Kapitalismus, das ich vorhin Gott sei Dank mal wieder von dem einen oder anderen gehört habe, der es 20 Jahre lang nicht mehr in den Mund genommen hat, ist deshalb so wichtig für uns, weil es einfach die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wiedergibt und nicht unterstellt, als sei das, was mit der Globalisierung verbunden ist, gottgegeben oder ein Naturgesetz. Nein, der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Wir können etwas dagegen tun. Deshalb müssen wir die Achse der deutschen Politik wieder nach links verschieben. (Beifall)

Wir unterstützen daher die Forderung nach Mindestlöhnen angesichts der Lohnentwicklung. Davon ist ja bereits die Rede gewesen. Wenn der Bundespräsident hier gefragt hat: „Was soll ich jemandem sagen, der 3,80 Euro in der Stunde hat, davon kann er nicht leben“, dann ist diese Frage ja nur gerechtfertigt. Aber unsere Antwort muss doch die sein, dass wir nicht noch jahrelang über die Frage diskutieren, ob Mindestlöhne, ob Kombilöhne oder was auch immer, sondern dass wir Mindestlöhne einführen wie 15 andere europäische Länder. Was bei denen geht, das geht auch bei uns. Wir werden demnächst eine namentliche Abstimmung im Deutschen Bundestag über diese Frage haben. (Beifall)

Wir sind der Überzeugung, dass die Lohnabschlüsse der letzten Jahre - ich rede hier als Gewerkschafter, der jahrzehntelang Gewerkschaftsmitglied ist - zu schwach waren. Das müssen wir als Gewerkschafter selbstkritisch feststellen. Wenn die Politik gefragt ist, und dafür will ich reden, dann muss die Politik alles unterlassen, was die Gewerkschaftspositionen weiter schwächt. Deshalb muss Hartz IV weg. Hartz IV war auch ein zentraler Angriff auf die Macht der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Gesetz muss verschwinden. (Beifall)

Es muss auch deshalb verschwinden, weil es eine brutale Enteignung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist. Man kann das gar nicht oft genug sagen. Jemand, der jahrzehntelang eingezahlt hat, hat nach heutiger Währung 60.000 Euro eingezahlt, wenn er Durchschnittsverdiener ist. Wenn er dann das Arbeitslosengeld I für ein Jahr bekommt, dann bekommt er 10.000 Euro zurück. Dann wird er auf Arbeitslosengeld II gesetzt und wird gefragt: Hast Du noch Vermögen? Wenn er welches hat, muss er seinen Versicherungsvertrag verscherbeln, seinen Bausparvertrag verscherbeln, seine Wohnung muss kleiner werden, sein Auto muss er verkaufen. Das ist doch alles entwürdigend. Das ist eine brutale Enteignung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das kann man niemals so akzeptieren. (Beifall)

Um die Gewerkschaftsbewegung zu stärken, hat die Linke für Ende des nächsten Monats wiederum eine namentliche Abstimmung im Deutschen Bundestag angesetzt. Da geht es zum ersten Mal um die Wiedereinführung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes. Das war doch lange Zeit ein zentraler Punkt unserer Programmatik. Wir haben deshalb namentliche Abstimmung angesetzt, weil ich verdammt noch mal gerne wissen möchte, wie sich Gewerkschaftskollegen im Deutschen Bundestag zu dieser zentralen Forderung, die wir jahrzehntelang vertreten haben, verhalten. Das wird doch spannend, liebe Kolleginnen und Kollegen, das einmal zu erleben. (Beifall)

Wir werden auch alles daransetzen, Möglichkeiten in Deutschland zu schaffen, um *Französisch* zu lernen, um das ganz einfach auszudrücken. Ich sage das als jemand, der an der französischen Grenze lebt. Es muss doch möglich sein, dass wir in Deutschland angesichts des Sachverhalts, dass die Große Koalition den Kündigungsschutz für alle abschafft, die neu eingestellt werden, ähnliche Dinge zustande bringen wie unsere französischen Nachbarn. Ich bewundere es, dass es ihnen gelungen ist, in Form einer großen Aktion oder Generalstreiks die Regierung Chirac in die Knie zu zwingen. Ich wünsche mir solche Möglichkeiten auch für Deutschland. Die Linke wird versuchen, den rechtlichen Rahmen dafür zumindest anzustoßen. (Beifall)

Zentrales Problem, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland ist - davon war bisher leider nicht die Rede -, wie Keynes es vorausgesagt hat, in einer entwickelten Volkswirtschaft die Ersparnisse wieder in Investitionen zu lenken. Wir haben große Ersparnisse in Deutschland, aber wir haben viel zu geringe Investitionen. Das gilt - in der jüngsten Statistik in der „Frankfurter Allgemeinen“ nachzulesen - für die Bauinvestitionen, die leider wieder zurückgehen, und das gilt auch für die Bruttoanlageinvestitionen, die leider wieder zurückgehen. Solange wir in Deutschland nicht eine vernünftige Investitionsrate hinbekommen, wird es nichts mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Erste, was wir machen müssen, ist nicht ein flaes Konjunkturprogrammchen von 25 Milliarden über vier Jahre. Wir müssen vielmehr eine Investitionsquote hinkriegen wie unsere europäischen Nachbarn. Das heißt Verdoppelung pro Jahr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur wie die europäischen Nachbarn; mehr fordern wir nicht. Aber das muss in unserem Land doch noch möglich sein.

Hier geht es natürlich um die Steuer- und Abgabenquote. Das ist das zentrale Problem der deutschen Politik. Die Steuer- und Abgabenquote Deutschlands von 34 Prozent liegt um sechs Prozentpunkte unter dem europäischen Durchschnitt. Solange wir eine solche Steuer- und Abgabenquote haben, ist überhaupt nichts von dem möglich, was wir in den letzten Jahren als Gewerkschafter gefordert haben. Deshalb ist die Mindestforderung, die Steuer- und Abgabenquote auf den europäischen Durchschnitt anzuheben; denn das ist ganz einfach übersetzt die radikale Absage an Agenda 2010 und alles andere. Keine einzige soziale Kürzung

der letzten Jahre wäre notwendig gewesen, hätten wir nur die Steuer- und Abgabenquote der europäischen Nachbarn. Das hieße Mehreinnahmen von 120 Milliarden Euro pro Jahr. Die ganze Reformpolitik war ein einziger Schwindel, liebe Kolleginnen und Kollegen, um das einmal in aller Drastigkeit hier vorzutragen.

Wenn dann gefragt wird, was sind denn Eure Vorschläge: Wie in anderen Ländern, eine Vermögensteuer, die sich so nennen kann. Der einfache Vorschlag der Linken ist: Wir haben ein Geldvermögen von 4.000 Milliarden. Die Hälfte davon, 2.000 Milliarden, gehört nur einem Prozent der Bevölkerung. Würde man diese 2.000 Milliarden mit fünf Prozent besteuern, hätte man Mehreinnahmen von 100 Milliarden pro Jahr. Ich wiederhole noch einmal: Keine einzige soziale Kürzung wäre notwendig gewesen. Solche Steuervorschläge gibt es in anderen Industriestaaten auch.

Dazu kommt eine Börsenumsatzsteuer wie in anderen Ländern, und dazu kommt ein Spitzensteuersatz, wie wir ihn viele, viele Jahre hatten. Und dazu kommt ein Gesetz, das wir demnächst einbringen werden, dass die großen Helden unserer Nation, die sich in der Schweiz und überall der deutschen Steuer entziehen, genauso den Differenzbetrag in Deutschland zahlen müssen wie die US-Bürger, die in die Schweiz ziehen, damit wir endlich wieder Ordnung in unseren Laden kriegen und eine ordentliche Steuerbasis haben. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Fehlentwicklung in den letzten Jahren, die ich so beschreiben möchte: Früher war es so, dass 95 Prozent des Volkseinkommens aus Arbeit stammten und nur 5 Prozent aus Kapitaleinkünften. Mittlerweile haben wir 60 Prozent aus Arbeit und fast 40 Prozent aus Kapitaleinkünften. Das Programm der Linken lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Wir wollen, dass der Wohlstand des Volkes, dass die Belohnung für Leistung wieder der lebendigen Arbeit folgt und nicht dem toten Kapital. In diesem Sinne wünsche ich Eurem Kongress viel Erfolg. (Anhaltender Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Oskar, vielen Dank. Du siehst, der Applaus zeigt, Du hast Themen angesprochen, die auch uns auf den Nägeln brennen. Das Motto unseres Kongresses zeigt, dass wir keine Gesellschaft wollen, in der die Finanzinteressen über alles gestellt werden. Wir wollen, dass die Würde der arbeitenden Menschen respektiert wird. Wir wollen, dass Rentnerinnen und Rentner eine sichere Existenz haben. Wir wollen, dass die Menschen Arbeit haben, von der sich gut leben lässt.

Und es ist gut, dass es nun im Deutschen Bundestag eine zusätzliche Stimme gibt, die das zum Ausdruck bringt. Ich denke, wir bleiben alle gemeinsam im Gespräch.

Wir danken Dir für Deinen Besuch und wünschen Dir alles Gute. (Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir gehen jetzt wieder in die Aussprache zum Grundsatzreferat. Als Erster hat jetzt das Wort Herbert Beck, ver.di, Teilnehmernummer 73. – Herbert, das ist jetzt der dritte Anlauf. Der klappt jetzt. Ich verspreche es Dir. Du hast das Wort.

Herbert Beck

Es ist nicht gerade einfach, nach dieser Rede etwas zu sagen, aber ich versuche es trotzdem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme zurück zur Aussprache. Ich will zunächst eine kurze Bemerkung zum Mindestlohn machen. Es sind sehr viele Argumente genannt worden, die alle richtig sind, warum wir ihn brauchen. Ein Argument hat mir gefehlt, dass nämlich der Mindestlohn dafür sorgen kann, dass man mit ihm auch seine Gesundheit einigermaßen absichern kann. Denn ich denke, dass

die Schlechtverdiener bei den Plänen der Großen Koalition ein Problem haben, über den bisher nicht vorhandenen Mindestlohn weiterhin ihre Gesundheit zu finanzieren. Es ist schlimm, dass es so ist; denn ohne Mindestlohn stellt sich vielleicht später einmal die Richtigkeit des alten Spruchs heraus: Wer arm ist, muss früher sterben.

Alle Gesetzesreformen, die bisher in der Gesundheitspolitik gemacht worden sind, gingen zu Lasten der Versicherten, der Patienten und der Beschäftigten im Gesundheitswesen. Alle Reformen haben immer Löcher ins Solidarprinzip, in die paritätische Finanzierung gerissen. Einige osteuropäische Länder sind gerade dabei, das, wie sie es nennen, Bismarcksche System zu übernehmen. Was macht die Große Koalition? Sie ist auf dem besten Wege, es abzuschaffen. Das muss verhindert werden, Kolleginnen und Kollegen.

Franz Müntefering hat gesagt, die Menschen werden immer älter. Das stimmt. Er hat aber nicht gesagt, ob es alle sind, die älter werden. Ich denke, es gibt eine Korrelation zwischen arm und reich und der Lebenserwartung. Das hat sich jedenfalls in der Vergangenheit herausgestellt. Die Große Koalition ist gerade dabei, diese Lücke zu vergrößern.

In der Gesundheitspolitik gibt es schon lange eine Große Koalition, um es mal so zu sagen, nämlich seit Lahnstein. Diese Politik hat die Arbeitgeber entlastet, und der Staat hat sich aus der Verantwortung für die Daseinsvorsorge herausgezogen. Das können wir in Zukunft nicht zulassen.

Wir wollen, wie es Michael Sommer vorgestern schon gesagt hat, im Gesundheitswesen keine englischen oder amerikanischen Verhältnisse. Der Wettbewerb mag ja unter bestimmten Bedingungen und auf bestimmten Feldern angebracht sein, aber nicht dort, wo unsere Gesundheit als Ware gehandelt wird. Wir Gewerkschaften müssen deshalb, denke ich, etwas dagegen setzen und zu unseren treffenden Analysen und Gegenvorschlägen Aktionen machen, Aktionen, wie man sie ansatzweise im April 2004 gesehen hat. Da galt das Motto: Steht auf gegen Sozialabbau! Viele haben das getan und sind mit uns gemeinsam aufgestanden. Dann sind wir aber nicht lange genug gestanden, denke ich. (Beifall)

Wir sollten deshalb erneut aufstehen. Eigentlich hätte ich ja meinen Beitrag vor Oskar Lafontaine bringen sollen. Auch ich hatte vor zu sagen: Guckt hinüber nach Frankreich, was dort passiert ist. Und dort ging es um wesentlich weniger als um die Gesundheit unserer Beschäftigten, der Versicherten, der Patienten, der Menschen. Warum sollte es nicht gelingen, da weiterzumachen, wo man aufgehört hat, und dass man so lange steht, bis die Große Koalition nicht mehr steht und nicht mehr bei dem bleibt, was sie jetzt vorhat.

Wir können nicht zulassen, dass die gesetzliche Krankenversicherung kaputt gemacht wird und noch mehr Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir können auch nicht zulassen, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen weiterhin unter diesen Bedingungen leiden müssen. Es darf, wie ich schon gesagt habe, nicht vorkommen, dass man früher stirbt, weil man arm ist, dass man schlechter oder später behandelt wird, weil man arm ist oder nicht so viel Kohle hat.

Ein aktuelles Beispiel will ich Euch zum Schluss noch geben: den Streik im Gesundheitswesen in den Krankenhäusern. Ich meine nicht den Streik, der von ver.di erfolgreich abgeschlossen worden ist. Ich meine diesen Berufsverband der Ärzte, der sich Gewerkschaft nennt und sich, ganz nebenbei bemerkt, unsolidarisch verhält gegenüber allen anderen im Krankenhaus Beschäftigten mit seiner unglaublichen Forderung von 30 Prozent mehr. (Beifall)

Dort war es so, dass Routineoperationen verschoben wurden, abgesagt wurden. Aber gleichzeitig war nicht nur Notversorgung angesagt, sondern es war durchaus eine Versorgung gegeben: für die Privatpatienten. Die wurden behandelt, obwohl

Streik war und obwohl der Marburger Bund erklärt hat, wir machen nur Notversorgung. Da haben nämlich die Chefärzte ihre Einkünfte schon gesichert, und wie das geht, das wissen sie. Das können wir nicht zulassen, denn das war ein Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, wenn wir dieses so genannte Kauder-Modell bekommen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat wieder etwas mit der Würde des Menschen zu tun, nämlich mit dem Recht auf Gesundheit. – In diesem Sinne bedanke ich mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Herbert. – Das Wort hat jetzt Gitta Süß-Slania, Gewerkschaft ver.di, Delegiertennummer 299.

Gitta Süß-Slania

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Michael Sommer hat gesagt – jetzt versuche ich, Dich sinngemäß zu zitieren, weil Du Recht hast –: Ein Sozialstaat besteht darin, dass er ein gut funktionierendes System des öffentlichen Dienstes hat. Du hast besonderen Wert darauf gelegt, dass es dabei um Vorsorge und Nachsorge geht. Ich gehe davon aus: Du hast nicht nur den Bereich der Sozialversicherungen gemeint, sondern sicherlich auch den Bereich der Erziehung und den Bereich der Bildung. Da ich aus diesem Bereich komme, möchte ich Euch bitten, mit mir zusammen das Augenmerk auf folgenden Sachverhalt zu richten:

Ich komme aus einer mittelgroßen mitteldeutschen Stadt, nicht ganz weit weg von Frankreich, aber immerhin noch ein bisschen. In dieser Stadt ist es so, dass inzwischen jedes vierte Kind unterhalb der Armutsgrenze lebt. Das sind offizielle Zahlen, keine politisch getürkten oder von uns selber gestrickten. Es sind im Übrigen auch Zahlen, die aus den Berichten der alten und jetzigen Bundesregierung hervorgehen.

Was heißt es, wenn Kinder, kleine Kinder – wir haben hier ein kleines Mädchen gesehen, wie stolz es sich gefühlt hat, mit ihrem Papi an der Hand zu streiken –, wenn Schulkinder in Armut leben?

Armut heißt bei vielen Kindern Bildungsferne. Armut heißt, nicht zu lernen, wie man lernt, nicht zu lernen, was ein soziales Verhalten ist. Armut heißt Verelendung und zuzugucken, zuzulassen, was aus diesen Kindern in den Familien wird. Das bedeutet: Wir gucken zu, wir lassen zu, dass aus der Würde der Menschen eine würdelose Lebenskarriere wird, und zwar nicht von ein oder zwei oder drei Prozent, sondern inzwischen von vielen Kindern und Familien in unseren Städten.

Ich bin der Meinung, dass auch dies eine Fragestellung für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist, einfach deshalb, weil wir oft genug dann, wenn wir von Berufsausbildung, von Weiterqualifikation reden, einen tiefen, tiefen Berg erst abarbeiten müssen, der nicht so dramatisch hoch wäre, wenn wir – und jetzt kommt das, was mir wichtig ist – beim Thema Bildung, beim Thema Ausbildung bei kleinen Kindern frühzeitig das richtige Geld in die Hand nähmen, das richtige Know-how in die Hand nähmen, um Familien so zu unterstützen, dass man nicht erst warten muss, bis aus den Kindern Analphabeten oder Kinder geworden sind, die keinen ordentlichen Schulabschluss hinbekommen.

Und um dieses tun zu können, brauchen wir zwei Dinge: Wir brauchen in der Tat einen Staat, der Steuern so einnimmt, dass er dieses finanzieren kann. Und das geht nur mit einer Reichensteuer, die ihren Namen verdient; das geht nur mit in der Tat einer anderen Steuerpolitik. Und das geht auch nur dann, wenn wir hier alle miteinander stehen und selbstbewusst sagen: Wir brauchen einen Staat mit einer höheren Staatsquote für Bildung und Ausbildung, damit wir diese Kinder in der

Zukunft nicht mehr haben, sondern im echten Sinne gegensteuern können, damit diese Kinder und wir eine Perspektive haben. (Beifall)

Ich fand es sehr schön, dass heute beschrieben worden ist, was eine gute Arbeit ist. Ich würde gerne beschreiben, was eine gute Politik ist. Eine gute Politik ist eine Politik, die überall da, wo sie selbst Arbeitsplätze schaffen kann, bei Bund, Ländern und Gemeinden, dieses auch tut, dafür das Geld in die Hand nimmt, guckt, wo sie Steuern einnehmen kann und mit dieser guten Politik dann auch Gerechtigkeit schafft, damit das Thema „Würde des Menschen“ mehr ist als nur ein Papiertiger auf einem Parteitag oder heute jetzt unter uns. – Ich danke Euch. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Gitta. – Ehe Dietmar das Wort erhält, möchte ich Euch darauf aufmerksam machen, dass wir danach noch drei Rednerinnen beziehungsweise Redner haben. Wenn Ihr einverstanden seid, würde ich an dieser Stelle die Rednerliste schließen. (Beifall) – Okay. Das hat mir gezeigt, Ihr seid einverstanden. Damit hat jetzt Dietmar das Wort.

Dietmar Hexel, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch etwas zu dem Aspekt Trendwende sagen, der hier von Michael Sommer und Norbert Kemper angesprochen worden ist.

Ich sagte schon, dass wir im letzten Jahr 1.250 Mitglieder täglich verloren haben. Dieser Mitgliederverlust hat dazu geführt, dass sich im letzten Jahr alle Vorsitzenden gesagt haben, dass nicht jede Gewerkschaft alleine etwas dagegen unternehmen sollte, sondern es müsse doch Möglichkeiten geben, gemeinsam etwas dagegen zu tun. Der erste Irrtum, der hier vielleicht in der Diskussion entstanden ist, besteht darin, dass „Trendwende“ ein Projekt des DGB ist. Nein, „Trendwende“ ist ein Projekt aller acht Gewerkschaften und des DGB.

Ihr findet auf Euren Plätzen ein Falblatt, auf dem das noch einmal dokumentiert worden ist. Hier ist auch jeder Vorsitzende mit einem Statement abgebildet. Hinten stehen die Projektleiter, die sechs Projekte durchführen, die beschlossen sind. Das reicht natürlich noch nicht zur Trendwende, aber es reicht erst einmal zum Anschieben. Für jedes Projekt ist ein Vorsitzender als Pate verantwortlich. Alles das ist in der kleinen Broschüre gut beschrieben.

Das Zweite, lieber Norbert Kemper: Der DGB hat sich nicht vorgenommen, die Mitgliederwerbung der Gewerkschaften zu übernehmen oder gar zu behaupten, er könne sie besser machen. Der DGB hat acht Mitglieder. Und wenn er sagt, die Mitgliederzahlen müssten besser werden, dann meint er zunächst, dass wir gemeinsam und als DGB die Voraussetzungen dafür verbessern, dass die Gewerkschaften ihre Mitgliederwerbearbeit in den Betrieben und Verwaltungen und ihre Mitgliederbindungsarbeit verbessern können. Klammer auf: Es gibt auch ein Feld, auf dem wir als DGB-Organisation natürlich Mitglieder werben können; das sind die Schulen, die Hochschulen und die Berufsschulen. Dort machen wir auch eigene Projekte, damit wir dort gemeinsam an die jungen Leute herankommen. Aber ansonsten ist Mitgliederwerbung natürlich Angelegenheit der Gewerkschaften. Dazu kann der DGB nur wenig beitragen. Aber er kann das Umfeld verbessern und eine Dienstleistung für die örtlichen Gewerkschaften erbringen, damit zum Beispiel die Pressearbeit besser wird, damit die Berufsschulbetreuung besser wird, damit die Schulbetreuung besser wird und so weiter. Dies vorweg, damit es keine Missverständnisse darüber gibt, was die Trendwende ist und was nicht.

Sie hat drei Hebel, weil man mit Organisationsfragen keine Trendwende auslösen

kann. Der erste Hebel heißt: Wir müssen als Gewerkschaften so etwas wie Gemeinsinn, Gemeinschaft und attraktive Kampfziele neu erfinden. Da sind wir dabei: Bildung – das haben wir gerade überzeugend von Gaby gehört –, Gesundheit ist ein wichtiges Thema, einschließlich der Frage, warum eine Krankenschwester und die Angehörigen in einem Pflegeberuf eigentlich so wenig verdienen, obwohl das anerkannte Berufe sind, und einschließlich der Tatsache, dass wir nicht nur Respekt vor der einfachen Arbeit haben müssen, wie es der Bundespräsident gesagt hat. Insoweit stimmen ich und wir alle ihm sicherlich zu. Aber der beste Respekt besteht darin, dass man die Menschen auch so bezahlt, dass sie davon in Würde leben können. Das sind attraktive Kampfziele, die wir vorzuweisen haben. Aber wir brauchen vielleicht noch einige mehr.

Vor allem müssen wir die Frage stellen: Was heißt eigentlich Gemeinschaft? Was heißt das für uns, und was heißt das im Innenbereich für uns? Da stimme ich Wolfgang Denia völlig zu. Wenn jede Gewerkschaft das allein lösen will, geht das wahrscheinlich nicht. Wir müssen etwas finden, wo wir über die Themen gemeinsam die organisatorischen Kräfte bündeln und auch die Idee nicht vergessen, dass der DGB eben nicht nur Dachverband ist, sondern dass in der Satzung unserer Gründungsväter steht: Wir sind der Bund der Gewerkschaften. Und Bund bedeutet, dass wir zunächst einmal auf die Gemeinsamkeit zu schauen haben und erst dann auf die inneren Zwänge, die jede Organisation auch hat. Das ist der erste Punkt, der Gemeinschaft, gemeinschaftliche Ziele und attraktive Kampfziele heißt.

Dazu gehört auch die Frage, wie wir es mit neuen Themen halten wollen. Wir haben heute die Kolleginnen und Kollegen von Orenstein & Koppel beziehungsweise CNH gehört. Als ich die sah, ist mir etwas eingefallen: Es gab vor zwölf Jahren einen Betrieb in Oberfranken, der zu einem Konzern gehörte. Dieser Konzern beschloss, ihn zu schließen, weil die Nettorendite nicht zweistellig war. Man wollte den Betrieb nach Tschechien verfrachten, weil die Rendite dort besser wäre. Dann haben die Kollegen in diesem Betrieb gesagt: Moment mal, und sie haben eine andere Lösung gefunden, die dort richtig war, aber für andere Betriebe nicht richtig sein muss. Sie haben gesagt: „Verkauft doch dem Management und uns als Belegschaft den Betrieb. Wir sorgen dann dafür, dass unsere Arbeitsplätze produktiv bleiben und weiter existieren.“ Jetzt, nach zwölf Jahren, ist der Betrieb schuldenfrei. Der Betrieb gehört zu 51 Prozent den Arbeitnehmern. Es ist ein knallharter kapitalistischer Betrieb. Er hat einen Betriebsrat und einen Tarifvertrag, und er baut diese hervorragenden Produkte und ist dabei auch Weltmarktführer. Wenn Ihr durch den Lehrter Bahnhof fahrt, seht Ihr die großen Glashallen und Glaskuppeln. Die macht dieser Betrieb.

Ich sage nicht, dass die Probleme damit gelöst sind. Aber eines ist dort gelöst: Der Betrieb produziert immer noch in der Oberpfalz. Er produziert nicht in Tschechien, und er ist nicht geschlossen worden. Es kann natürlich auch sein, dass sich mit der Kapitalbeteiligung in Einzelfällen neue Anforderungen und auch neue Kampfziele erreichen lassen, mit allen Risiken, die ich kenne. Wir sind gerade dabei, das zu untersuchen.

Zweiter Hebel der „Trendwende“ außer den Gemeinschaftsfragen und der Frage der Kampfziele, ist es, den politischen Nutzen zu erhöhen. Wenn wir als DGB, wenn wir als Gewerkschaften für die Mitglieder nicht mehr den Nutzen haben, dann werden sie uns vielleicht in den Forderungen folgen, aber sie werden nicht eintreten. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Solange ich auf Gewerkschaftskongressen bin – das ist schon über 30 Jahre der Fall –, waren die Forderungen von uns immer richtig. Aber sie haben nicht alleine dazu geführt, dass die Menschen eintreten. Und sie führen nicht alleine dazu, dass wir heute nicht wieder 800 Mitglieder verlieren. Wir brauchen offensichtlich noch etwas anderes. Und an diesem

Anderen macht es sich fest. Das heißt, wir müssen den politischen Nutzen erhöhen, dann werden uns die Menschen folgen. Da bin ich ganz bei den Vorrednern.

Das gilt bei dem Job, den wir jetzt mit der Großen Koalition machen müssen, sowohl auf Bundesebene, aber es gilt auch auf Bezirksebene bei den Landesregierungen. Und es gilt vor allen Dingen auf Regionalebene bei den kommunalen und anderen Einrichtungen. Wir müssen unseren Job gemeinsam machen.

Gemeinsam heißt eben: nicht nur die DGB-Leute. Wir sind viel zu wenige. Aber insgesamt sind wir an 300 Standorten über 3.000 Hauptamtliche und 300.000 Funktionäre. Was für ein Pfund, mit dem wir arbeiten können!

Der dritte Hebel, den wir für die Trendwende haben, ist: Mitglieder-Service verbessern. Damit meine ich nicht irgendwelche netten Service-Leistungen zusätzlich. Damit meine ich auch nicht Kundenorientierung, weil Gewerkschaften keine Kunden haben; Gewerkschaften haben Mitglieder. (Beifall) Aber die Mitglieder erwarten von uns, dass der Service, den wir bieten, gut ist. Das heißt konkret: Wir müssen kulturell etwas machen, politisch etwas machen oder auch im Einzelfall etwas machen.

Ein Beispiel: Seit sechs Jahren betreiben wir ein Projekt in Kassel gemeinsam mit den Gewerkschaften. Das Thema ist ein gemeinschaftliches Gewerkschaftshaus. Alle Gewerkschaften haben weniger Geld, weniger Leute, weniger Möglichkeiten. Die Gewerkschaften haben gesagt: Wenn das so ist, dann lasst uns die Ressourcen bündeln, damit wir in der Fläche und in den Betrieben weiterhin präsent sind. Lasst uns die Administration in Kassel so organisieren, damit sie gut ist und damit die Mitglieder, einen ordentlichen Service bekommen. Sechs Jahre ist das her, dass wir das Projekt gestartet haben. Heute stehen wir kurz davor, endlich die Computer zu verkabeln.

Jetzt sagen einige Beschäftigten: Dann müssen wir gemeinsam mit anderen in einem Büro sitzen und die Mitglieder beraten. Ich will aber nicht, dass meine Gewerkschaft von einer anderen Gewerkschaft beraten wird. – Das sagen nicht die Spitzen, nicht die Organe, sondern wir haben so viel Widerstand, dass wir überzeugen müssen, dass es richtig ist, dass zum Beispiel ein IG-Metall-Mitglied von einem NGG-Sekretär oder ein ver.di-Mitglied von der TRANSNET beraten wird, wenn es ins Gewerkschaftshaus kommt. Das Mitglied will eine Antwort und will nicht nach Zuständigkeiten beraten werden. (Beifall)

Ich will damit sagen, dass wir die Idee des Bundes und der gegenseitigen Service-Leistung neu entwickeln müssen, aber dass wir nicht so tun sollten, als sei das ganz einfach. Wie gesagt: sechs Jahre. Wir haben daraus gelernt. Das nächste Projekt dauert nur zwei Jahre, wenn wir es schaffen, diese inneren Widerstände zu überwinden.

Deswegen wünsche ich mir, dass Ihr die Trendwende genau wie die Vorsitzenden unterstützt. Ich weiß, im Moment ist es noch ein Top-down-Ansatz. Die Projekte sind so konstruiert, dass wir sie mit den Gewerkschaften gemeinsam machen, aber erst einmal auf Bundesebene.

Aber nun kommt der nächste Schritt, dass dazu etwas getan werden muss. Wenn wir das Projekt „Gute Arbeit“ hinkriegen, haben wir eine schöne Zahl für die politische Arbeit, aber wir haben noch keine Aktionen. Daher muss es mit der betrieblichen Realität verbunden werden. Dann haben wir eine Rangliste der Betriebe und Verwaltungen, wo die Arbeit gut und wo sie nicht so gut ist. Dann kommen wir vielleicht, lieber Wolfgang, auch zu dem Thema und haben eine Marke, die wir darauf kleben können, wo es sich um soziale Betriebe handelt, also wo die Produkte gut sind, wo sie hohe Qualität haben, wo die Arbeitsumgebung stimmt, wo man gerne zur Arbeit geht, wo man gut bezahlt wird, wo man keine Angst vor Entlassung hat, wo man innovativ sein kann. Das werden die Betriebe sein, die wir in

diesem Projekt „Gute Arbeit“ zum Beispiel machen wollen.

Die anderen Projekte kann ich nicht erläutern; sie stehen hinten auf dem Flyer. Aber ich wünsche mir, dass Ihr alle bei der Trendwende und den Projekten mitmacht und dass die Initiative der acht Vorsitzenden, die sie unter Leitung von Michael Sommer beschlossen haben, sie wirklich mit Leben erfüllen und diese Trendwende in der Mitgliederentwicklung, aber auch in der Haltung gegenüber uns gemeinsam verändern können und verändert werden. – Vielen Dank. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Dietmar. – Es hat jetzt Hans Peter Eschweiler von der Gewerkschaft IG BAU, Delegiertennummer 3, das Wort. Hans Peter, Du hast das Wort.

Hans Peter Eschweiler

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der 17. Ordentliche Bundeskongress des DGB im Jahre 2002 ging mit einer großen Demonstration hier in Berlin am Potsdamer Platz zu Ende, zu der damals die Gewerkschaften IG Bauen-Agrar-Umwelt sowie die Gewerkschaft ver.di aufgerufen haben und wo damals die Kollegen Michael Sommer, Klaus Wiese und Franz Bsirske auch zu uns gesprochen haben.

Der Grund dieser Demonstration war das damals in der Abstimmung befindliche Tariftreuegesetz, das an diesem Tag im Deutschen Bundesrat verabschiedet werden sollte. Diesem Tariftreuegesetz ist aufgrund der damaligen politischen Konstellation nicht zugestimmt worden.

Ich denke, das Thema Tariftreue hat nichts an seiner Bedeutung für die deutschen Gewerkschaften verloren, viel mehr noch, es ist aktueller denn je. (Beifall)

Ich komme aus einer Gewerkschaft, der IG Bauen-Agrar-Umwelt, deren Mitglieder und deren Branche in hohem Maße von der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand abhängig sind. Wir, meine Kolleginnen, meine Kollegen und ich, empfinden es als einen Skandal erster Güte, wenn Steuergelder dazu verwendet werden, Firmen zu bevorzugen, die unsere Tarifverträge mit Füßen treten. Ich denke, liebe Kolleginnen und Kollegen, hierzu ist ein deutliches Wort zu sagen. (Beifall)

Es ist ja schon schlimm genug, wenn private Firmen nach dem Motto „Geiz ist geil“ behandelt werden. Aber – ich wiederhole mich jetzt – es ist ein Skandal, wenn dieses Motto „Geiz ist geil“ auch für die öffentliche Hand gilt. Das darf nicht sein. Hierunter leiden unsere Mitglieder; hierunter leiden die Bürger dieses Staates, weil sie die Qualität, die ausgebildete Firmen, die gute Firmen bieten können, einfach nicht zur Hand haben. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, unter den Voraussetzungen der neuen schwarz-roten Harmonie wäre es angebracht, dieses Thema Tariftreue noch einmal auf die politische Agenda zu setzen. Es wäre jetzt die Chance, weil sich Angie und Franz ja so gut verstehen, dieses Thema erneut von Seiten der Gewerkschaften aufzugreifen, in die öffentliche Diskussion zu bringen und deutlich zu machen, dass uns daran gelegen ist, dass Tariftreue etwas ist, was nicht verhandelbar ist. – Ich danke Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Das Wort hat jetzt Wolfgang Daniel von der Gewerkschaft IG BCE, Delegiertennummer 56.

Wolfgang Daniel

Danke schön. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist guter Brauch eines DGB-

Kongresses, bei Grundsatzreden grundsätzliche Bemerkungen machen zu dürfen. Ich will deshalb, Michael, erst einmal danke schön sagen. Du hast in Deiner Rede an viele bekannte Positionen erinnert, die wir alle auf dem Kongress hier und heute weitestgehend teilen.

Ich will auch eingangs bemerken, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich finde es respektabel, anerkennend und wichtig, dass sowohl die Probleme der Exklusion, nämlich das Ausschließen ganzer Menschengruppen in unserer Gesellschaft durch den Kapitalismus, als auch prekäre Arbeitsverhältnisse so gekennzeichnet wurden, wie es in den vergangenen Tagen dargestellt wurde. Dieses ist eine wesentliche und wichtige Realität in unserer Gesellschaft, und mit dieser Realität müssen sich Gewerkschaften, und zwar alle Gewerkschaften, auseinandersetzen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch deutlich: Wir dürfen unser Selbstverständnis als Gewerkschaften nicht ausschließlich auf diese Realität verkürzen. Es gilt auch, als Realität wahrzunehmen, dass über den Bereich von Exklusion und prekären Arbeitsverhältnissen hinaus zusätzliche Themen in unserer Alltagspolitik gegenwärtig sind und thematisiert werden müssen. Damit meine ich als Betriebsrat der BASF AG Ludwigshafen, also an einem Standort, der in den letzten zehn Jahren 20.000 Arbeitsplätze verloren hat:

Wir müssen uns auch mit Unternehmen, die globalisiert tätig sind und weltweit agieren, und mit deren Unternehmensstrategien beschäftigen, und das unter dem Blick einer Standortpolitik in Deutschland. Ich will nur ganz kurz einige Fragen skizzieren.

Ich glaube, wir müssen uns auch der Frage stellen: Wie halten wir es mit Innovation? Wie halten wir es mit Forschung? Wir haben am Standort Ludwigshafen rund 7.000 Forscher. Ich will für meine Branche und für meinen Standort nur zwei Themen nennen, weil ich glaube, dass wir an diesen Themen nicht vorbei kommen, auch wenn sie schmerzlich sind. Das ist zum einen die Frage: Wie halten wir es mit der Innovation in der Nanotechnologie als eine wesentliche prägende und zukunftsweisende Innovation? Das Zweite ist, sicherlich schmerzhaft für den einen oder die andere: Wie halten wir es mit der Gentechnologie? Ich sage das ganz bewusst, weil ich weiß: Wo keine Forschung möglich ist, wo keine Versuche durchgeführt werden, findet auch keine Produktion statt. Produktion heißt für uns am Standort Ludwigshafen bei der Bio- und Gentechnologie: 2.000 Beschäftigte. Es heißt weiterhin, dass auch an diesem Standort Innovationen, Investitionen und Anlagenförderung nur dann stattfinden, wenn es auch eine Akzeptanz grüner Gentechnologie in Deutschland gibt. Ich weiß, was ich den Delegierten mit dieser Aussage zumute, zumindest dem einen oder anderen, und ich will es deshalb auch nur kurz skizzieren. Ich glaube aber, dass wir uns inhaltlich positionieren müssen. Das erwarten unsere Mitglieder in der BASF von der Gewerkschaft. Natürlich bedeutet das auch die Befürwortung von Forschung in der Bio- und Gentechnologie und auch die Bereitschaft und die Akzeptanz, gesetzliche Voraussetzungen für Forschung zu schaffen und auch Freilandversuche zuzulassen. Ich will das ganz bewusst sagen, weil ich glaube, dass es in diesem Bereich in der Grundsatzrede heute Morgen ein Defizit gab. Und darüber muss geredet werden. Ich sage das auch deshalb bewusst, weil ich finde, dass wir mehr als das Trennende das Verbindende in den Mittelpunkt stellen müssen.

Dieser Grundsatz gilt auch für die Art und Weise, wie wir auf diesem Kongress miteinander umgehen. Unser Kongress steht unter einem hohen Anspruch: „die Würde des Menschen ist unser Maßstab“. Unter dem Eindruck der letzten Tage erlaube ich mir die Frage zu stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Werden wir diesem Anspruch auch gerecht? (Leichter Beifall) War unser Handeln und waren unsere Aussagen der letzten Tage wirklich klug? Ich frage das ganz bewusst, denn

mich hat sehr befremdet, wie einige Gäste in den letzten Tagen hier aufgenommen wurden. Viele Gewerkschaften in anderen Ländern beneiden uns darum, dass das Staatsoberhaupt, die Regierungschefin und der Vizekanzler den Kongress besuchen. Und was tun wir? Statt die Gesprächsangebote aufzugreifen, die sie uns gemacht haben, heben wir vor allem das hervor, was uns trennt. Statt die Gesprächsangebote aufzugreifen, betonen wir das Trennende. Da muss man sich doch die Frage stellen: Sind das die richtigen Umgangsformen? (Zurufe: Hört! Hört!) Genau das ist meine Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, zuzuhören, wenn geredet wird. (Beifall)

Ich appelliere ja nur dafür, dass man Gäste, die man eingeladen hat, auch als solche behandelt, für nicht mehr und nicht weniger. (Beifall – Zurufe: Oh!) Damit es nicht falsch verstanden wird: Es geht mir nicht um Umgangsformen, und es geht mir auch nicht darum, politische Differenzen unter den Teppich zu kehren, sondern es geht mir darum, politische Realitäten wahrzunehmen und politisch klug damit umzugehen.

Meine Arbeit als Betriebsrat hat mich gelehrt, was wir alle aus Tarifverhandlungen kennen: Am Ende zählt das Ergebnis, und das Ergebnis ist entsprechend den Kräfteverhältnissen immer ein Kompromiss. Frank guckt, er kennt das; auch jeder von uns weiß das. Deshalb meine ich: Wer nicht bereit und in der Lage ist, Kompromisse einzugehen und diese auch zu vertreten, der erreicht gar nichts, in der Tarifpolitik genauso wenig wie im Umgang mit der Politik.

Erfolgreich sind wir in unserer Gewerkschaftsarbeit immer dann, wenn wir umsetzen, was unsere Mitglieder von uns erwarten. Das gilt, auch wenn man es unterschiedlich bewerten kann. Die Menschen halten uns nicht für allmächtig und für die Götter, die alles regeln und alles erreichen, was sie versprechen. Sie kennen unsere gewerkschaftlichen Grenzen, sie kennen unsere Stärken und unsere Schwächen, vielleicht manchmal besser als der eine oder andere Funktionär. Niemand nimmt uns übel, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir nicht das Maximum erreichen, wenn wir nur mit Teilerfolgen vor unsere Belegschaften oder unsere Mitglieder treten und um Verständnis bitten und sagen: Ihr müsst trotzdem bei der Stange bleiben, Ihr müsst trotzdem mitmachen, und wir wollen Euch trotzdem davon überzeugen, Mitglied in unserer Organisation zu bleiben oder zu werden.

Unser Auftrag in der Gesellschaft lautet, wirtschaftlichen Wandel für soziale Gerechtigkeit herbeizuführen und diese soziale Gerechtigkeit auch zu organisieren. In diesem Sinne sollen und wollen wir gestaltend eingreifen in den Prozess beständiger Veränderung. Das war und das bleibt meines Erachtens der richtige Ansatz gewerkschaftlicher Politik. Wenn wir gestaltend eingreifen wollen, darf man sich nicht prinzipiell den Entwicklungen verschließen – diesen Eindruck hatte ich bei dem einen oder anderen Diskussionsbeitrag –, weil dann die Gestaltungsfrage unter den Tisch fällt.

Wir erheben den Anspruch auf Mitgestaltung, weil wir nur so den Werten zum Durchbruch verhelfen, die man landläufig Soziale Marktwirtschaft nennt. Das sage ich ganz bewusst, weil nur das die Alternative zum Raubtierkapitalismus, zum Turbokapitalismus, wie immer man es auch skizzieren oder kennzeichnen will, ist. Ich glaube, wir sind uns alle darüber im Klaren, dass wir uns lange Diskussionen darüber ersparen können, wie eine alternative Ökonomie aussehen soll. Wir werden uns in der bestehenden zu arrangieren haben – mit all den Problemen, mit all dem Selbstverständnis gewerkschaftlicher Tätigkeit. Das können wir aber nur dann erreichen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir gemeinsam handeln, und genau das erwarten auch die Mitglieder von uns.

Geschlossenheit ist eine unverzichtbare Tugend, Gemeinsamkeit bei aller Vielfalt hat uns stark gemacht. (Zuruf: Im DGB!) Dieses Miteinander muss unter dem Dach

des DGB stattfinden; dem stimme ich absolut zu. Dort bestand auch immer die Möglichkeit, in den Diskussionen unterschiedliche Positionen zu vertreten. Das funktioniert meines Erachtens, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber nur dann, wenn nicht ausschließlich die Mitgliederzahl und die Größe der jeweiligen Organisation zählen. (Beifall)

Der Respekt voreinander und der Respekt vor Argumenten muss die Meinungsbildung prägen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unter dem Dach müssen sich alle wiederfinden können. Mein Verständnis ist: Der DGB muss die Stimme aller Einzelgewerkschaften sein, und nur wenn man die Stimmen aller addiert, ergibt sich daraus unsere Stärke. Wenn wir das nicht beibehalten, liebe Kolleginnen und Kollegen, gewinnt niemand, sondern dann sind wir alle die Verlierer. Das darf uns nicht passieren, um unser selbst und um der Werte, die uns verbinden, willen. Solidarität, Gerechtigkeit, Teilhabe und Mitbestimmung sind nur mit starken Gewerkschaften, mit einem starken Dach möglich, und ich bitte Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil ich als letzter Redner die Möglichkeit habe, das unwidersprochen so formulieren zu können: Lasst uns das bitte nicht aufs Spiel setzen. – Vielen Dank. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Tut mir leid, Dir widersprechen zu müssen, aber Du bist leider nicht der letzte Redner. Es hat jetzt das Wort Heike Sievers, Gewerkschaft IG BAU, Delegiertenummer 19. Danach erhält Michael Sommer das Wort.

Heike Sievers

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner hat mir ein paar Tendenzen von dem vorweggenommen, was ich sagen möchte. Ich habe trotzdem meine Wortmeldung nicht zurückgezogen.

Ich rede zu einer persönlichen Anmerkung aus dem Grundsatzreferat von Michael. Es ist mein erster DGB-Bundeskongress, und es gibt hier einige Punkte, die mich sehr befremden und sehr stören. Die möchte ich kurz darlegen.

Das Kongressmotto lautet: „die Würde des Menschen ist unser Maßstab“. Für mich hat die Würde jedem anderen Menschen gegenüber sehr viel mit Respekt zu tun. Da müssen wohl manche Delegierte auf diesem Kongress noch einiges lernen. (Beifall)

Nur zwei Beispiele. Negatives Raunen im Saal, wenn Wortmeldungen zu Anträgen abgegeben werden, und sogar Buh-Rufe, wenn diese Wortmeldungen von bestimmten Personen sind. Wo sind wir denn hier? Auf der Veranstaltung, wer gegen wen gewinnt und der Verlierer steht vorher fest? Oder auf dem DGB-Bundeskongress? (Beifall)

Konstruktive Debatten und den respektvollen Umgang miteinander und untereinander stelle ich mir anders vor. Es wäre schön, wenn wir zusammen noch auf diesem Kongress auch in diesem Punkt mit allen Einzelgewerkschaften eine Trendwende hinbekämen. – Danke. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Heike. Jetzt hat als Letzter das Wort Michael Sommer. Michael, Du darfst.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke schön. Wir hatten 17 Debattenredner zu dem Referat, das ich heute Morgen gehalten habe. Ich glaube, es war gut, dass wir diese Debatte hatten, weil sie

doch zeigt, was wir wollen, wo die Gewerkschaften hin wollen, und weil sie letztendlich den Charakter einer Generalaussprache hatte. Ich halte das für notwendig. Ich will aber vorab, um Missverständnissen vorzubeugen, etwas sagen, was mit dem Grußwort von Oskar Lafontaine zu tun hat. Klaus Wieseberg kam völlig zu Recht zu mir und sagte: „Du kannst ganz gut ausschenken, wenn Müntefering redet oder auch Merkel. Wir verstehen jetzt nicht, warum Du nicht auf Oskar geantwortet hast.“ (Beifall)

Ich sage das sehr persönlich, Klaus. Ich bin für den Hinweis dankbar, habe ich doch heute Morgen selber eingefordert, dass wir hier miteinander offen umgehen und das nicht am nächsten Tag in der Zeitung tun. Deswegen will ich das gerne nachholen.

Oskar, Du hast zahlreichen Delegierten sicherlich aus dem Herzen gesprochen, anderen auch nicht. Was mich anbetrifft, mir auch nicht zu allen Themen. Wir kennen uns sehr lange. Ich habe auch, als ich bei Euch im Fraktionsvorstand der Linkspartei war, an einer Stelle etwas gesagt, was ich hier wiederholen will.

Jeder weiß von mir, dass ich viel Kritik an der Haltung der rot-grünen Bundesregierung hatte. An einer Stelle aber nicht! Das war ihre Friedenspolitik und ihre Haltung zum Irak. (Beifall) Und ich verstehe nicht, trotz all Eurer Argumente, wie man mit der FDP zusammen einen Untersuchungsausschuss einleiten kann, der letztendlich das Ziel hat, diese Friedenspolitik zu diskreditieren. Das sage ich in aller Deutlichkeit. (Beifall)

Ich sage zugleich, auch das hat mir Kritik in den Gewerkschaften eingebracht, aber ich bleibe dabei: Die Linkspartei ist in meinen Augen eine demokratische Partei, und wir arbeiten mit allen demokratischen Parteien zusammen. Auch das ist meine Meinung. (Beifall)

Die Gewerkschaften sind natürlich angetreten – auch das habe ich heute Morgen in meinem Grundsatzreferat gesagt -, nicht nur die bessere Meinung zu haben, das auch, sondern wir sind natürlich auch am Gelingen und an der Durchsetzung interessiert. Da reicht reine Oppositionstätigkeit nicht aus. Zumindest nicht für Gewerkschaften. Wie Parteien sich da verhalten, ist ihre Sache. Ich glaube auch, das ist Sache derjenigen, die das zu beurteilen haben.

Ich erinnere allerdings an eines, das sage ich jetzt sehr persönlich: Dass die Linke sich zersplittert – Du hast ja von der Linken gesprochen -, macht sie nicht stärker. (Beifall) Und dass sie das nicht stärker macht, beinhaltet natürlich immer die Gefahr, dass zum Schluss die siegen, die wir nicht siegen sehen wollen, nämlich die Neoliberalen. Das eint uns beide. Das weiß ich hundertprozentig.

Man sollte alles versuchen, dass wir miteinander so in die Diskussion kommen, dass eine Zusammenarbeit möglich ist. Ich werde nachher im Zusammenhang mit der Antwort auf einen Diskussionsbeitrag noch auf real existierende rot-roter Politik in dieser Stadt eingehen. Aber das nur am Rande bemerkt.

Ich will nur eines sagen: Unsere Linie ist, dass wir beides brauchen. Wir brauchen das Kräfteparallelogramm, wie ich das vorher auf der Pressekonferenz gesagt habe, auf der anderen Seite erwarten natürlich auch unsere Mitglieder von uns, dass wir nicht nur die bessere Meinung haben, sondern dass wir etwas für sie durchsetzen. Das bleibt unser Maßstab.

Im Übrigen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung bleibt gegenüber jeder Partei parteipolitisch unabhängig. Dafür stehe ich auch persönlich. Das wollte ich sagen, damit das klargestellt ist. (Beifall)

Ich komme jetzt gerne zur Beantwortung und stehe jetzt natürlich vor der Aufgabe, eigentlich 17 Debattenrednerinnen und –rednern gerecht werden zu müssen. Ich will nicht versuchen, auch nur ansatzweise hier Zensur oder Sonstiges zu machen.

Ich mache Anmerkungen.

Belinda Brechbilder war heute Morgen die Erste. Sie hat besonders auf die Notwendigkeit der Arbeit für Erwerbslose und mit Erwerbslosen hingewiesen. Wir werden das aufgreifen. Ich will überhaupt versprechen, dass wir nicht nur als Geschäftsführender Bundesvorstand die Antragsberatung sorgfältig auswerten werden, einschließlich der Beschlüsse, die gefällt werden. Ich will auch deutlich machen, dass wir diese Diskussion auswerten müssen, denn sie gibt in vielen Punkten wertvolle Anregungen. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück.

Wir hatten mit Norbert Kemper einen Diskussionsredner, der auf die reale Problematik der Trendwende und der Flächendeckung hingewiesen hat. Ich bleibe dabei: Die Trendwende ist die Voraussetzung, dass wir die Flächendeckung erhalten können.

Mir schreiben meine Kolleginnen und Kollegen, die mich bei der Antwort unterstützen, auf: 60 Kilometer sind es nicht, aber selbst wenn es 40 Kilometer sind, um eine gewerkschaftliche Anlaufstelle zu erreichen, ist das zu weit. Ich weiß das auch. Wir müssen daran arbeiten, wie wir moderne Konzeptionen entwickeln, zum Beispiel beim Rechtsschutz, damit die Kolleginnen und Kollegen vor Ort ihrerseits den Rechtsschutz in Anspruch nehmen können.

Wir müssen ja nicht in jedem Dorf die Büros 24 Stunden geöffnet halten. Mir würde es ja reichen, wenn die Kolleginnen und Kollegen verlässlich wüssten, dass einmal in der Woche oder einmal alle zwei Wochen zuverlässig jemand da ist, der sie beraten kann, bei dem sie ihre Sorgen loswerden können, wo sie möglicherweise auch die Telefonnummer einer Hotline bekommen oder mehr. Flächendeckung in der heutigen Zeit ist sicherlich auch menschliche Ansprache, sind auch Büros. Aber verflixt nochmal, wir können die Technik wirklich besser nutzen, als wir das heute tun, um den Menschen tatsächlich auch alle Möglichkeiten zu geben.

Ich hoffe sehr, dass es jetzt mit den neuen Initiativen der Rechtsschutz GmbH gelingt, das zu machen. Der Aufsichtsrat der Rechtsschutz GmbH, dem ich ja angehöre, ist jedenfalls sehr dahinter her, dass wir vieles modernisieren – von Kompetenzzentren angefangen bis zur tageweisen Betreuung beziehungsweise Beratung vor Ort.

Norbert Kemper, ich nehme Deinen Diskussionsbeitrag so wahr, dass ich sage, es gibt viel an realen Hindernissen in unserer Organisationspolitik. Wir werden alles tun müssen, um dies wirklich zu verbessern. Ich will diese Gelegenheit allerdings nutzen, um etwas zu sagen, was ich bislang noch nicht sagen konnte: Ich weiß, welche großartige Arbeit unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Regionen leisten. Ich weiß, wie schwierig das ist. Ich war sehr viel bei den Regionen, spreche mit denen. Ich sehe ja die Personalbesetzung und was sie gleichzeitig machen. Ich war auf Regionaldelegiertenkonferenzen und habe mir die Geschäftsberichte angesehen.

Ich sage wirklich vollen Ernstes: Ich habe eine große Bewunderung für das, was unsere Kolleginnen und Kollegen draußen vor Ort leisten und was sie sich alles auf den Rücken laden. Dafür herzlichen Dank. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Hanjo Lucassen hat auf die Privatisierung von Wohnungsbeständen hingewiesen. Ich will an der Stelle noch ein Wort sagen, weil mir das persönlich wichtig ist. Als letztendlich die BGAG ihren Bestand an der BauBeCom veräußert hat, haben wir sehr darauf geachtet, dass es sowohl einen langfristigen Beschäftigtenschutz als auch einen langfristigen Mieterschutz gibt. Ich sage das ausdrücklich, weil ich das auch zu den sozialen Verpflichtungen eines Verkäufers zähle. Worauf ich heute Morgen hingewiesen habe, ist, dass es natürlich eine Gefahr gibt, nämlich dass die Hedgefonds, die sich heute in Wohnungsbestände einkaufen, und zwar überall, zum Teil auch ihren Kommunen gegenüber - ich weiß

jetzt nicht, wie das in Dresden war - eine soziale Verpflichtung übergehen. Aber die werden sie los, wenn sie dann in börsennotierte Unternehmen überreichen. Dann werden nämlich nicht mehr Wohnungen gehandelt, sondern Aktien. Auf diesen Punkt wollte ich hinweisen.

Ich will ausdrücklich sagen, dass das in Deutschland noch nicht rechtmäßig ist, aber ich weiß, dass es im Finanzministerium intensiv geprüft wird. Ich will auch nicht verschweigen, dass ich in den Vorgesprächen vor diesem Kongress mit verantwortlichen Politikern diese jeweils auf diese Tatsache hingewiesen und sie gebeten habe, sich das ganz sorgfältig auch hinsichtlich der sozialen Folgen anzugucken, die das haben kann. Das gilt auch für die Bundeskanzlerin. Mit der habe ich auch darüber geredet.

Ich bitte Euch einfach, Euch dieses Problems anzunehmen. Ich habe eine Ausarbeitung von Ortwin Runde, der ja einer ist, der sich in solchen Fragen intensiv auskennt, der sehr davor warnt, diesen Weg der börsennotierten Immobilienfonds zu gehen. Ich wollte das an der Stelle noch einmal sagen. Ansonsten brauche ich den Hanjo nicht weiter zu kommentieren.

Vierte Rednerin war Anni Gondro. Anni, ich bedanke mich bei Dir für Deinen Diskussionsbeitrag, der nicht nur Respekt vor Deiner Lebensleistung abverlangt, sondern auch vor Deinem Engagement. (Beifall) Vielleicht gestattest Du mir zu sagen: Du hast ja stellvertretend für die vielen Seniorinnen und Senioren geredet, die hier auf diesem Kongress sind. Bei alledem, wo wir möglicherweise hinsichtlich der Organisation der Seniorenarbeit und ähnlichem mehr unterschiedliche Auffassungen haben: Ich glaube, wir können auf die aktive Mitarbeit der Seniorinnen und Senioren nicht verzichten, sondern wir müssen sie fördern. Ich komme ursprünglich aus einer Gewerkschaft - man nennt das bei ver.di „Quellorganisation“ -, in der wir eine andere Seniorenarbeit hatten und in der auch die Senioren mitgeholfen haben, die Organisation zu stabilisieren, Flächendeckung zu organisieren, vor Ort zu sein, präsent zu sein. Das machen viele andere auch. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken, bei Dir persönlich, Anni, und bei den übrigen Seniorinnen und Senioren. (Beifall)

Dass ich jetzt Frank Bsirske nicht weiter zu kommentieren brauche, versteht sich, glaube ich, von selbst. Er hat noch einmal deutlich gemacht, wo auch aus Sicht von ver.di die Schwerpunkte dieses Kongresses liegen und wo wir anpacken müssen. Ich sage ausdrücklich: Wir müssen anpacken beim Thema Niedriglohnsektor in seiner Umfassenheit, und wir müssen ansetzen bei der Frage der Gesundheitsreform. Wir hatten uns im Bundesvorstand auch verabredet - ich will das ausdrücklich sagen -, die Gelegenheit zu nutzen, auf diesem Kongress nicht einmal, sondern mehrfach zu dem Thema Stellung zu nehmen, damit es sich auch umsetzt, damit deutlich wird, was die Botschaften dieses Kongresses sind. Dafür, Frank, noch einmal herzlichen Dank.

Karin Nieswandt, Du hast Recht, ich habe zur Friedenspolitik nichts gesagt. Du stehst immer vor der Frage, wenn Du drei große Reden für den Kongress vorbereitet - ich habe sie alle drei selbst vorbereitet -, wo Du was hinsortierst. Ich habe am Eröffnungstag sehr bewusst die Botschaft des Buchenwald-Schwures gebracht, weil ich der Meinung bin, dass es dort hingehört, weil dort die verantwortlichen Politiker sind. Ich habe, glaube ich, auch, was die Haltung zum Irak-Krieg betrifft, deutlich etwas im Geschäftsbericht gesagt. Du kannst mir glauben, ich bin nicht nur pazifistisch erzogen, sondern bin immer noch Pazifist im Geiste. Aber - das sage ich auch - wir müssen gerade auch in Anbetracht der Diskussionsbeiträge, die wir gehört haben, oder auch der Meinungsäußerung von Oskar, die wir eben gehört haben, noch einmal sehr intensiv in die Diskussion darüber eintreten, wie wir Friedenspolitik heute verorten, wem wir ein Gewaltmonopol geben wollen und

wem wir kein Gewaltmonopol geben wollen, was wir unter Terrorismus verstehen und was nicht, was wir unter Menschenverachtung verstehen und was nicht. Da gibt es, glaube ich, zwischen uns noch Diskussionsbedarf, nicht in der grundsätzlichen Frage, aber in der Ausprägung.

Um das dann auch sehr persönlich zu sagen: Dass der Deutsche Bundestag letztendlich über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheidet, ist ein Teil. Aber ich glaube auch, dass er klare Kriterien braucht. Ich habe zumindest persönlich - ich sage das persönlich als Michael Sommer, wenn man so will; es gibt dazu auch keine Beschlusslage - große Zweifel daran, ob die Diskussion über Bundeswehreinätze im Innern wirklich demokratiefähig ist. Ich meine nein. Ich bin auch der Auffassung, dass das, was da am Kongo stattfinden soll, höchst fragwürdig ist. Das ist meine persönliche Meinung. (Beifall)

Vor allen Dingen - das sage ich dann auch - müssen wir aufpassen, dass wir nicht einer Diskussion auf den Leim gehen, die letztendlich dazu führt, dass man jeden Bundeswehreinatz im Prinzip für möglich hält, über Weißbücher zum Beispiel, die sich mit der Frage der Terrorismusbekämpfung befassen. Ich erinnere mich eines sehr klugen - wenn ich das so werten darf - Diskussionsbeitrags von Conny Freiberg in der vergangenen Bundesvorstandssitzung, der darauf hingewiesen hat, wie gefährlich diese Diskussion ist, die Bundeswehr gegen Terrorismus einsetzen zu wollen und damit die polizeiliche Gewalt letztendlich überspielen zu wollen. Das sind Fragen, die wir miteinander diskutieren müssen. Das halte ich für ausgesprochen wichtig, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Jürgen Hohmann, Du hast Recht, wenn es um die Trendwende geht, geht es natürlich auch darum, dass wir die Kolleginnen und Kollegen inhaltlich überzeugen müssen. Ich glaube aber, dass wir mittlerweile an dem Punkt angelangt sind, wo wir das wesentlich besser schaffen als früher. Ich habe persönlich - wenn ich das sagen darf - in den vergangenen vier Jahren eines gelernt. Ich habe vor vier Jahren noch geglaubt, wir könnten uns mit Themen befassen, die heute auch Franz Müntefering zu Recht angesprochen hat, zum Beispiel was für uns gute Arbeit bedeutet, gute Arbeitsbedingungen, qualitativ anständige Arbeit, die interessant ist, die auch tatsächlich menschenwürdig im umfassenden Sinne ist, nämlich dass sie den ganzen Menschen erfasst.

Ich habe für mich in den vergangenen vier Jahren lernen müssen, dass das, wovüber ich vor vier Jahren nachgedacht habe, sicherlich richtig war, zum Beispiel die Frage, dass sich die Lebenslagen von Menschen verändern und Gewerkschaften jeweils auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei diesen sich verändernden Lebenslagen mitnehmen müssen und sich darauf einstellen müssen, dass sich aber leider die Fragen in den vergangenen vier Jahren so entwickelt haben, dass wir sehr viel fundamentaler unsere Rechte verteidigen müssen. Es geht letztlich um die Frage: Behalten wir unseren Arbeitsplatz? Können wir ihn sichern? Können wir die sozialen Rechte verteidigen? Können wir Tarifautonomie erhalten? Können wir die Mitbestimmung erhalten?

Das heißt, meine Erkenntnis der vergangenen vier Jahre war: Die Botschaften sind sehr viel - wenn man so will - einfacher. Wir müssen erst einmal das erhalten, was unsere Vorgängerinnen und Vorgänger erkämpft haben, und wir müssen gleichzeitig versuchen, uns Fragen der qualitativen Arbeitsgestaltung zuzuwenden. Beides wird uns interessant für die Mitglieder machen. Aber das Eine überwiegt meines Erachtens momentan.

Jochen Berendsohn, Du hast sehr viel Richtiges zu den internationalen Finanzmärkten gesagt. Das war ja auch ein Thema, das ich heute Morgen anpacken wollte. Du hast auch sehr viel gegen die weitere Privatisierung zum Beispiel des öffentlich-rechtlichen Bankensektors gesagt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich will

nur eine Anmerkung machen. Du hast gesagt, ich hätte ja so ein gutes Verhältnis zu Wowereit. Das stimmt. Persönlich habe ich ein gutes Verhältnis zu Wowereit. Nur, der Dieter Scholz sagt natürlich zu mir, sie hätten sich am Montag gefragt, warum ich mich immer über den Wowereit beschweren würde. Das hat etwas damit zu tun, dass die Politik in dieser Stadt nicht immer mit den Worten übereinstimmt, die wir da gehört haben. Das muss man einfach mal feststellen. (Beifall)

Der Klaus ist jemand, der gut in der Lage ist, das auch anders zu verkaufen. Ich will daran erinnern, dass Berlin aus der TdL ausgetreten ist. Ich will auch daran erinnern, dass Berlin die 42-Stunden-Woche für Beamte eingeführt hat, übrigens ein rot-roter Senat, um das mal zu sagen, damit das hier auch einmal klar ist.

Von daher bin ich also schon der Meinung, dass man da sicherlich in solchen Fragen mit den Kolleginnen und Kollegen kooperieren kann. Aber auf der anderen Seite gilt das gleiche wie für die Große Koalition oder für die Zusammenarbeit mit jeder Regierung: Genau hinschauen, das lohnt, genauer hinschauen. Dann glaube ich schon, dass wir in der Frage der Privatisierung von öffentlich-rechtlichen Finanzinstituten wirklich eine Aufgabe haben, dieses System zu verteidigen, denn es geht wirklich letztendlich darum, dass es sonst zu einer weiteren, na, sagen wir, Gleichschaltung des Bankensektors kommt. Du hast da mit Deiner Einschätzung völlig Recht.

Wolfgang Denia, Du hast viel gesagt, was wir alle unterstützen würden. Und was die Frage des Gütesiegels für verantwortungsvolle Unternehmen anbetrifft, hat eben Dietmar Hexel schon etwas gesagt. Ich glaube, ich brauche dem nichts hinzuzufügen.

Was ich aber an der Stelle sagen will, ist, dass wir weiter auch Kampagnen unterstützen müssen, die auch einzelne Betriebe oder ein Unternehmen betrifft. Lidl ist so ein Beispiel; CNH haben wir heute hier erlebt. Wir hatten in der Klausurtagung des Bundesvorstands im Winter, im Januar war es, uns darüber unterhalten, dass wir es auch sein müssen, die in Zeiten der Gefährdung auch von einzelnen Betrieben – CNH ist ja nur ein Beispiel, in Klammern: bedauerlicherweise. Wir hatten damals die große Auseinandersetzung mit Gate Gourmet, die zum Schluss Gott sei Dank gewonnen wurde wo wir gesagt haben: Es ist auch Aufgabe des DGB, im Internat und Internet gestützt die Solidarität zu organisieren, dass die Betriebsräte wissen, wen können sie anschreiben, wo sind die Adresse, welche Hintergründe gibt es für den und den Konflikt. Wir sind dabei, genau dieses aufzubauen. Ich halte das für ganz wichtig, weil wir auch einen Beitrag leisten müssen, dann die Aktivitäten der Einzelnen zu vernetzen. Ich halte das für eine Aufgabe der Gewerkschaften, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dr. Stephanie Odenwald (GEW), die Botschaft an die Jugend: Recht für Ausbildung. Ich will der Debatte, die wir gleich haben werden, nicht vorgreifen. Wie sinnvoll es ist, ein Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz zu verankern, das werden wir ja noch in der Antragsberatung machen. Ich will nur eines sagen, jetzt unabhängig davon, wie wir uns nachher entscheiden: Dass wir es als eine zentrale Verpflichtung ansehen, im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit nicht eine Sekunde nachzulassen, das ist, glaube ich, eine einhellige Botschaft dieses Kongresses. (Beifall)

Das Zweite, was ich dazu sagen will, ist: Wir können stolz darauf sein, dass es einigen Gewerkschaften gelungen ist, auch einigen Betriebsräten, Konzernbetriebsräten großer Unternehmen, ihrerseits dort, wo die Politik nicht handelt, tarifpolitisch oder mit Betriebsvereinbarung zu handeln und wirklich etwas für junge Menschen durchgesetzt zu haben. Auch das verdient unsere Anerkennung. Es geht nämlich über beide Wege, aber wir brauchen meines Erachtens auch beide Wege.

Kolleginnen und Kollegen! Zu Klaus WieseHügel. Klaus, was soll man denn zu Dir noch sagen? Du hast den Laden ja so aufgemischt, bis der Franz dann kam, dass er wusste, dass er mit der Rente mit 67 hier wahrscheinlich einen schweren Stand hat. Für Deine Bemerkungen bedanke ich mich.

Ich will nur eines sagen: Ich habe die Bemerkung zur Notwendigkeit der Verstärkung der Europapolitik einschließlich der Notwendigkeit, die europäische Verfassung voranzutreiben, sehr bewusst gemacht. Ich weiß, das ist ein unkonventioneller Vorschlag, und ich weiß auch, dass der oder die eine oder andere Europaabgeordnete möglicherweise mit diesem Vorschlag gar nicht so glücklich ist. Aber es nützt ja nichts, wir sind ja nicht dazu da, einzelne Abgeordnete glücklich zu machen, sondern uns. Und ich glaube, wir tun gut daran, diesen Vorschlag, den ich unterbreitet habe, ernsthaft zu prüfen und weiter zu verfolgen, nicht weil er von mir kommt, sondern weil er deutlich macht, wir brauchen beides. Wir brauchen die Initiative hin zu einem Neuanlauf in der Verfassung.

Wir brauchen ein Europäisches Parlament, das eine neue Legitimationsbasis hat, wo wir dann auch vernünftig Wahlkampf führen können. Und ich bin stolz darauf, dass es gelungen ist, im Kampf gegen die Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie erstmals in Deutschland breit, ganz breit ein Feld erarbeitet zu haben, das europapolitisch so präsent war wie kein anderes in diesem Land. Und das kann man wiederholen. Man muss es nur wollen. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich ausdrücklich für die Unterstützung, die Du dort angekündigt hast. Wir sollten auch sehen, wie wir diese Überlegungen weiter entwickeln können. Das ist sicherlich ein Ansatzpunkt und ein Anstoß, und wir werden weitere Anstöße finden müssen.

Kolleginnen und Kollegen! Herbert Weck hat noch mal gesprochen zu der neoliberalen Politik und der Frage, wie wir weiter vorgehen. Wir werden das ja auch noch im Zusammenhang mit der Antragsberatung debattieren. Ich will nur eines sagen: Der Bundesvorstand des DGB hat in seiner Sitzung Anfang Mai eindeutig gesagt: Wir werden im Juni Aktionswochen zu sozialen Themen durchführen, und zwar dezentral organisiert. Dezentral deshalb, weil wir mit den Themen natürlich nicht nur die Schlagzeilen erreichen wollen, sondern die Menschen, um dann, davon ausgehend, zu gucken: Was können wir weiter machen? Und Ihr könnt uns abnehmen: Wir wollen nicht nur den Mund spitzen, sondern wir wollen auch pfeifen. Aber – und auch das ist eine alte Lehre –: Bevor man die Busse bestellt, muss man wissen, dass man sie voll kriegt, Kolleginnen und Kollegen. Auch das sollte man eindeutig einmal sagen. (Beifall)

Gitta, Du hast mich richtig verstanden. Ich habe mich ganz eindeutig abgegrenzt gegen eine Diskussion, wie ich sie zum Beispiel in der Union sehe, die sagen: Wir brauchen weniger Staat, um dann gleich anschließend Krokodilstränen darüber zu weinen, dass wir hier Integrationsprobleme haben. Ich wende mich aber auch gegen eine Politik oder Diskussionen, die zumindest in Teilen der SPD geführt wird unter dem Stichwort vorsorgender Sozialstaat. Denn denen geht es darum, das Sozialstaatsverständnis zu drehen, von einem nachsorgenden zu einem vorsorgenden. Ich habe das in meinem Referat sehr eindeutig gesagt. Ich übernehme den Begriff deshalb nicht, weil wir beides brauchen. Wir brauchen gesellschaftliche Prävention, und dazu gehören Bildung und alles das, was Du ausgeführt hast. Dazu gehört soziale Integration. Aber wir brauchen genauso auch den so genannten nachsorgenden Sozialstaat, der Solidarität organisiert, wenn Menschen seiner Bedürfnisse. Das ist mein und unser Verständnis von Sozialstaat, und ich denke, das sollte auch so bleiben.

Es geht dann vielleicht in der einen oder anderen Frage um eine Akzentverschiebung, aber es geht keinesfalls darum, dass wir den vorsorgenden Sozialstaat brauchen, um den nachsorgenden zu ersetzen. Ich bleibe dabei: Wir brauchen

beides, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Bei Dietmar Hexel bedanke ich mich noch mal ausdrücklich für seine Ausführungen zur Trendwende. Und Hans-Peter Eschweiler, zur Tariftreue kann ich nur sagen: Ich bedanke mich für den Diskussionsbeitrag, und wir sollten auch sehen, auch in der Diskussion mit den Gewerkschaften, wie wir diese Initiative weiter aufgreifen können. Ich erinnere mich noch sehr genau des Elans, den wir auf dem vergangenen Kongress dazu hatten. Das ist ja dann auch vieles im normalen Politikbetrieb versandet. Manche sind auch enttäuscht worden. Wir sollten das Thema aufgreifen. Ich verspreche, dass wir das tun.

Wolfgang Daniel, ich bin Dir persönlich dankbar für Deinen Diskussionsbeitrag, weil ich glaube, dass es notwendig ist, dass wir hier auch in dieser Sorgfalt und Ruhe auch darüber reden, wie wir gemeinsam Politik gestalten, auch wie wir miteinander umgehen, und letztendlich auch, wie wir sehen, dass wir den Laden zusammenhalten.

Du hast Recht: Ich habe zum Thema Innovation nichts gesagt. Ich habe, glaube ich, eine Stunde geredet und musste einfach auch sortieren. Das heißt nicht, dass mich das Thema nicht interessiert. Für die Neugierigen will ich nur sagen, dass ich dankenswerterweise jetzt Senator der Fraunhofer-Gesellschaft bin, einer der großen Forschungseinrichtungen, in der es dann wirklich um die Frage innovativer Forschung geht. Das wird man für drei Jahre, es ist ein besonderes Ehrenamt. Es ist besonders interessant, auch zu sehen, was unsere Forscher und Entwickler leisten.

Ich habe mich – auch das will ich sagen – persönlich sehr gefreut, dass es diesen industriepolitischen Antrag von IG Metall und IG BCE gegeben hat, den wir gestern verabschiedet haben, weil er deutlich macht, dass wir zwar möglicherweise in eine Dienstleistungsgesellschaft hineinwachsen, aber ohne eine industrielle Basis, die hoch innovativ ist, hier in diesem Land nicht leben können. Ich will das ausdrücklich noch einmal sagen. Und wenn ich mir die Zukunftsdebatte der IG BCE angucke, dann habe ich damals erklärt – und ich habe das auch so gemeint –: Einer der wichtigsten Anstöße, die ich dadurch bekommen habe, war die Notwendigkeit, eine aktive Industriepolitik zu betreiben. Dabei bleibe ich. Von daher habe ich Deinen Diskussionsbeitrag auch so verstanden.

Auch was die Frage anbetrifft, dass wir uns über unangenehme Themen dann auch mal, ich sage, sorgfältig unterhalten müssen, halte ich für richtig. Bio- und Gentechnik, grüne Gentechnik und und und sind alles Themen, die uns berühren, und ich will sagen, dass man manchmal auch nach streitiger Debatte zu guten Lösungen kommen kann. Ich erinnere bewusst daran, dass wir uns im Zusammenhang mit REACH, also der europäischen Chemikalienrichtlinie, zum Schluss einen gemeinsamen Weg gefunden haben, der von allen getragen wurde.

Letzte Bemerkung zu Dir: Du hast zu Recht, wie ich fand, gesagt, wir müssten sehen, dass wir miteinander klarkommen, und dass Mehrheit allein nicht reicht. Ich habe versucht, heute Morgen in meinem Grundsatzreferat darzustellen, wie ich die Dinge sehe. Ich sehe sie so, dass es die vornehmste Aufgabe des DGB ist, die Positionen zusammenzuführen und zu gemeinsamen Positionen zu kommen.

Ich sage jedem, dass ich mich weiter darum bemühen werde. Ich sage aber auch am Beispiel der Diskussion über den Mindestlohn: Wir haben sie vier Jahre lang geführt, und wir konnten zum Schluss nicht alles zusammenführen. Dann muss man irgendwann entscheiden, und dann gilt auch die Mehrheit. Das ist nicht das oberste Prinzip. Für mich steht immer im Vordergrund, dass der Dachverband, der Bund, seine Gewerkschaften zusammenführen muss bei all dem, was er tut.

Natürlich wissen wir, dass es unterschiedlich große Gewerkschaften in diesem Bund gibt. Nichtsdestotrotz will ich mich zusammen mit meinen Kolleginnen und

Kollegen vom GBV bemühen, alle Positionen zu berücksichtigen und zusammenzuholen – und dies möglichst nicht auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Das verspreche ich Euch. Aber es bleibt dabei: Irgendwann muss man auch handeln.

Nun zum letzten Diskussionsbeitrag von Heike, ich will bewusst nicht kommentieren, was Du gesagt hast. Aber ich erinnere mich an eine Bezirksjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in den Achtzigerjahren. Damals hatten wir ein Motto gegen Ausländerfeindlichkeit und Ausgrenzung entwickelt: „Menschlichkeit kennt keine Grenzen“. Und da haben meine jungen Kolleginnen und Kollegen, die ich in Karlsruhe besucht hatte, so richtig schwer auf die „alten Säcke“ geschimpft, wie man das dann eben so macht; ich war ja auch mal jung. Denen hatte ich damals gesagt: Wir müssen natürlich auch sehen, dass wir den selbst gewählten Ansprüchen gerecht werden.

Das galt damals, und das gilt heute. – Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sabine Lange, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Michael. – Damit schließe ich den Tagesordnungspunkt „Grundsatzreferat und Aussprache“.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte Euch an dieser Stelle über das Ergebnis der Spendensammlung für die Kolleginnen und Kollegen von CNH informieren. Eingesammelt wurden 3.653 Euro. Ich meine, das ist einen großen Applaus wert. (Beifall)

Dann habe ich noch eine Bitte an Euch. Eine Kollegin von ver.di hat in diesen Tagen Listen umhergehen lassen zur Lidl-Kampagne, auf der wir Unterschriften gesammelt haben. Diese Listen sind noch unterwegs. Ich möchte Euch bitten, diese Listen bei uns vorne abzugeben, bei wem auch immer noch welche liegen. - Danke, Kolleginnen und Kollegen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Euch bedanken. Ich bin nämlich mit meinem Teil an der Abwicklung der Tagesordnung am Ende. Ihr habt es mir im Umgang miteinander trotz meiner Versprecher sehr leicht gemacht; wir sind fair miteinander umgegangen. Herzlichen Dank. Es hat mir sehr viel Spaß gemacht.

Ich gebe nun ab an meinen Kollegen Wolf Jürgen Röder. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Sabine, vielen Dank.

Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir uns über die Frage einer kurzen Erfrischung in der Pause unterhalten, möchte ich den Blick auf den weiteren Ablauf unseres Kongresses lenken.

Es ist jetzt fast 16.35 Uhr. Wenn wir die Zeitspanne bis morgen betrachten, dann haben wir brutto noch viereinhalb Stunden Zeit für die Beratung eines doch noch stattlichen Antragspakets. Die Frage ist, wie wir das Arbeitsprogramm für uns alle im Deutschen Gewerkschaftsbund für die nächsten vier Jahre fertig bekommen können. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Ich sage Euch mal, welche mir nicht gefallen würden.

Nicht gefallen würde mir zum Beispiel, pauschal die Redezeit zu verkürzen; denn ich finde – von hier oben sieht man das ganz gut; wir haben hier eine Uhr mitlaufen –, dass die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen Delegierten ohnehin sehr diszipliniert mit den Worten „bis zu“ zehn Minuten umgeht. Die Mehrzahl der Diskussionsbeiträge bewegt sich innerhalb der Zeit von fünf bis sechs Minuten. Einige Profis gehen bis an die Kante, aber die Mehrzahl nicht. Deswegen würde es mir

gar nicht gefallen, schon in diesem frühen Stadium die Redezeit zu beschränken; denn das erzeugt nur Hektik und Druck.

Auf der anderen Seite keimte bei vielen die Hoffnung auf, dass der Kongress irgendwie verkürzt werden könnte. Diese Hoffnung, Kolleginnen und Kollegen, kann man in der Biegung des Flusses wohl begraben.

Das heißt aber praktisch, dass wir mit den normalen Kongresszeiten nicht auskommen werden. Die Regie hat deshalb dafür gesorgt, dass es gegen 18 Uhr eine Bockwurst mit Kartoffelsalat gibt und für diejenigen, die das nicht mögen, Joghurt und Obst. Wir werden dann nach dieser Unterbrechung fortfahren.

Mein Vorschlag – den gebe ich Euch mit zur Diskussion in der Pause – würde diesbezüglich lauten, den Kongress heute Abend bis um 20.30 Uhr fortzusetzen. Das ist für einen solch langen Kongresstag dann sicherlich auch eine sinnvolle Grenze. Wir haben schon mal bis 23 Uhr getagt; aber die Beratungen wurden dadurch nicht qualifizierter. Das war die erste Ansage, die ich machen wollte, Kolleginnen und Kollegen.

Nun noch ein Vorschlag für die weitere Antragsberatung. Wir haben heute Morgen schon einmal im Präsidium und danach auch mit der Antragsberatungskommission beraten. Falls das so eintrifft, wie wir befürchtet hatten, war uns klar, dass es durch die Grußworte und die Leidenschaften und eine wichtige Diskussion zum Grundsatzreferat zeitlich knapp werden könnte. Da gibt es Erfahrungen verschiedener Einzelgewerkschaften von der Post über ver.di bis zur IG Metall, aus der Geschichte aber auch aktuell, dass man das, ohne die Substanz der Antragsberatung zu verletzen, ein bisschen rationalisieren kann, (Beifall) und zwar nicht im Sinne von Hektik, sondern im Sinne von Klarheit.

Der Vorschlag lautet folgendermaßen – nehmt das mit in die Pause, und danach entscheiden wir darüber, ob wir es so machen wollen –: Wir sind jetzt beim Antragsblock F und müssen noch bis zum Antragsblock P vordringen. Jeder Antragsblock würde dann danach komplett mit allen Anträgen dieses Blocks aufgerufen. Die Antragsberatungskommission würde ihre grundsätzlichen Kommentare abgeben, und die Diskussion würde dann im Schwerpunkt – nicht absolut, aber im Schwerpunkt – nur noch zu den Anträgen stattfinden, zu denen Ablehnung empfohlen wird. Die angenommenen Anträge sind ja ohnehin schon akzeptiert worden; trotzdem wollen wir niemandem das Wort verbieten. Aber der Schwerpunkt in dem Kampf um die Positionen sollte sich auf die Anträge richten, zu denen die Antragsberatungskommission sagt, das wolle sie nicht.

Ich denke, das wäre ein Vorschlag, bei dem wir dann nur noch über solche Anträge einzeln abstimmen müssten, die zur Ablehnung beziehungsweise Nichtbefassung empfohlen werden und zu denen auch tatsächlich Wortmeldungen vorliegen. Denn wenn es dem Kongress und einzelnen Delegierten nicht mehr in dem Maße auf den Nägeln brennt, dass man darüber diskutiert, dann kann man ja von hier oben aus und von der ABK auch erst einmal unterstellen, dass auch diese Wertung der Antragsberatungskommission akzeptiert wird.

Wenn das so wäre, Kolleginnen und Kollegen, dann würden wir anschließend en bloc abstimmen, und auch alle Anträge, für die die Antragsberatungskommission Annahme in geänderter Fassung vorgeschlagen hat, wären dann komplett abgestimmt.

Ich weiß nicht, ob das jetzt zu kompliziert war und ob ich das wiederholen soll. (Heiterkeit) – Das war keine Drohung, Kolleginnen und Kollegen, nur eine Rückfrage.

Überlegt Euch also bitte, Kolleginnen und Kollegen, ob wir das so machen können. Diejenigen, die das schon einmal erlebt haben, haben nicht über schlechte Erfah-

rungen berichtet. Auch ich kann aus eigener Erfahrung nicht sagen, dass das der Antragsberatung geschadet hätte. Ich glaube, es würde eher schaden, wenn wir das so weiter betreiben würden wie bisher, obwohl wir eigentlich nur noch vier Stunden Zeit haben.

In diesem Sinne, Kolleginnen und Kollegen, diskutiert das in der Pause und seid um 16.55 Uhr wieder im Saal.

Der Kongress ist unterbrochen.

(Unterbrechung des Kongresses: 16.40 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 17.05 Uhr)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nehmt bitte wieder Platz. Wir haben trotz aller Androhungen heute Abend immer noch zur Unterhaltung ein bisschen Zeit – außerhalb der Tagung.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu unserem Verfahrensvorschlag – es ist ja nicht meiner; es ist der des Präsidiums, beraten mit der Antragsberatungskommission – gibt es einen Diskussionsbedarf sozusagen zur Geschäftsordnung. Dazu möchte ich den Kollegen Hans-Joachim Adams aufrufen, Gewerkschaft der Polizei, Teilnehmernummer 237.

Hans-Joachim Adams

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Vorschlag, wie ich ihn verstanden habe, dass also blockweise aufgerufen wird und anschließend die Anträge, die zur Annahme oder zur Annahme als Material praktisch nicht weiter behandelt werden sollen, halte ich nicht für gut. Ich meine, das Verfahren, das wir bei der Gewerkschaft der Polizei anwenden, wäre besser.

Es läuft wie folgt ab, und das hat die ABK im Grunde genommen schon praktiziert. Sie hat nämlich einen Leitantrag zum Beispiel zur Annahme empfohlen. Dazu gibt es weitere Anträge. Es heißt: Material zu diesem Leitantrag, eventuell erledigt.

Man könnte doch folgendes machen und sagen: Ich rufe jetzt den Leitantrag auf. Dazu gibt es die und die Anträge, die dazu als Material vorliegen, von uns als ABK so empfunden. Das wird gemeinsam beraten. Sollte ein Antragsteller nicht einverstanden sein, dass das als Material zu diesem Leitantrag diskutiert wird, kann er ja entsprechend sagen: Nein, das möchte ich gesondert behandelt wissen. Das würde auch zur Beschleunigung führen. Nur: Es wäre gewährleistet, dass jeder einzelne Antrag mit dem entsprechenden Sachinhalt gemeinsam beraten werden kann; denn es gibt innerhalb der Blöcke durchaus unterschiedliche Themen. Es ist ja nicht so, als wenn die Themenblöcke gemeinschaftlich so sind, dass wir sagen könnten, es ist nur ein Thema.

Ich denke, damit beschleunigen wir die ganze Geschichte, und die ABK braucht nur ein, zwei Sätze zu sagen, warum dieser Antrag als Material zu dem Leitantrag genommen worden ist und warum nach der Meinung der ABK der andere als erledigt betrachtet werden soll. Damit würden wir die Sache erheblich beschleunigen.

Die Formulierung, die hier vorgetragen worden ist, halte ich angesichts der Situation und der Zeit für nicht angemessen. – Danke.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Möchte jemand dagegen sprechen? – Bitte schön, Margret. Margret Mönig-Raane,

Deine Delegiertennummer musst Du selber sagen. Du hast das Wort.

Margret Mönig-Raane

Danke schön. Delegiertennummer 265. – Ich glaube, das ist ein Missverständnis; denn ich habe den Vorschlag von Jürgen Röder so verstanden, dass zwar der gesamte Block aufgerufen wird, dass die Antragsberatungskommission aber natürlich ihre Empfehlungen begründet. Wenn es Diskussionsbedarf gibt, wird natürlich der Antrag, zu dem Diskussionsbedarf angemeldet wurde, auch aufgerufen.

Insofern sehe ich gar keinen Widerspruch, sondern sehe es eher als Missverständnis an und meine, dass Dein Vorschlag der Sache und unserem Zeitkontingent sowie dem Respekt der Delegierten, die diskutieren wollen, auch gerecht wird. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Margret, vielen Dank. Ich kann Dir versichern, Du hast mich soeben authentisch interpretiert. Wir wollen selbstverständlich keine Diskussion abwürgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder, der sich zu Wort melden möchte, soll das tun. Aber die Verfahrensweise führt eben dazu, dass nur noch die Anträge besonders herausgehoben werden, an denen es ein Interesse gibt, bekundet über eine Wortmeldung. Ich glaube, das ist ein deutlicher Hinweis.

Gibt es sonst noch Fragen, weil unklar ist, worüber wir uns jetzt einigen wollen? – Das ist nicht der Fall. – Doch, es gibt noch Diskussionsbedarf.

Im Prinzip müssen wir über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Aber ich möchte in der Situation um Verständnis dafür bitten, dass wir das nicht formal handhaben, weil ich möchte, dass die Delegierten davon überzeugt sind, dass es richtig ist, was wir tun, und dass wir deswegen nach der Klärung aller einzelnen Punkte uns entscheiden.

Ich bitte um Euer Verständnis, weil das jetzt eine neue Situation ist. Darüber müssen wir in Ruhe beraten.

Lothar Gritschke

Ich habe eine Verständnisfrage, und zwar zu den Abstimmungsmodalitäten.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Sagst Du bitte, wer Du bist und welche Delegiertennummer Du hast.

Lothar Gritschke

Ja, Entschuldigung. Lothar Gritschke, Delegiertennummer 314.

Wird über die Anträge denn einzeln abgestimmt – oder?

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ich sage es noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Vorschlag geht darauf hinaus, dass – am nächsten Beispiel – der Block F aufgerufen wird; F wie Friedrich. Dann kommt Wolfgang Rhode als Sprecher der Antragsberatungskommission und trägt die ganze Antragsberatungskommentierung auf einmal vor. Das heißt, alle Anträge sind aufgerufen, und die Antragsberatungskommission sagt, was sie zu den einzelnen Anträgen meint und wie sie sie empfiehlt und so weiter und so fort.

Wenn keine Wortmeldung vorliegt – das ist die absolute Extremsituation –, werden

nur noch die Anträge aufgerufen, die zur Ablehnung empfohlen sind – nur noch diese! Alle anderen werden am Schluss en bloc abgestimmt und sind so erledigt, wie die ABK uns das vorschlägt. Ist das damit einigermaßen verständlich? (Ja-Rufe – Beifall)

Lothar Gritschke

Ja, schon. Aber dann möchte ich mich dagegen aussprechen. (Widerspruch) Doch! Es kann ja durchaus sein, dass man mit einer Antragsempfehlung nicht einverstanden ist. Wenn en bloc abgestimmt wird, müsste ich für den ganzen Block mit Nein stimmen. Das ist die Frage.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, es ist jetzt auf jeden Fall jedem klar, worüber wir ein Meinungsbild herstellen wollen. Wer für den Vorschlag ist, in der verkürzten Form, wie wir das jetzt geklärt haben, zu verfahren, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen ist so beschlossen. Vielen Dank. Damit wollen wir das jetzt in die Praxis umsetzen.

Ich rufe den Antragsblock F „Arbeitsmarktpolitik“ auf. Das Wort für die Antragsberatungskommission hat unser Kollege Wolfgang Rhode.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen natürlich als Antragsberatungskommission unseren Teil zum verkürzten Verfahren beitragen. Es bestehen bei uns noch einige Unklarheiten, was das konkret in der Umsetzung für uns bedeutet, aber wir testen das jetzt einfach einmal praktisch.

Also: Zu dem Themenkomplex Arbeitsmarktpolitik wurden insgesamt sieben Anträge gestellt. Der Leitantrag F 001 bündelt die wesentlichen Themen. Er bestimmt das Verhältnis von Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik und stellt Anforderungen an eine moderne Arbeitsmarktpolitik. Dieser Antrag wurde vom DGB-Bundesvorstand beschlossen und wird zur Annahme empfohlen. Damit sind weitere Anträge, die einzelne Aspekte behandeln, erledigt oder können als Material angenommen werden. In den Anträgen F 005 bis F 007 geht es um folgende Themen: Erstens: prekäre Beschäftigung. Zweitens: besserer Schutz für Alleinselbstständige. Drittens: Abschaffung der Minijobs. Antrag F 007 hat sich mittlerweile durch die Annahme von Initiativantrag 4 zum Stichwort „Niedriglohnsektor/Mindestlöhne“ erledigt. Zudem liegt seit Montag ein Initiativantrag zu diesem Themenkomplex vor. Es handelt sich um den Initiativantrag 5 mit der Überschrift „Bessere Grundsicherung und Förderung statt Optimierung der Verarmung von Erwerbslosen und ihren Familien“.

Die meisten Anträge sind in den verschiedenen Varianten zur Annahme empfohlen, mit Ausnahme des eben genannten Antrags F 002, der sich durch die Annahme des Antrags F 001 erledigt hat. Die verschiedenen Empfehlungen der Antragsberatungskommission in den verschiedenen Varianten der Annahme liegen Euch in schriftlicher Form vor. Wenn ich Euch einzelne Entscheidungen begründen soll, tue ich das natürlich gern.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Wolfgang. Ich glaube, das musst Du, denn wir haben drei Diskussionswünsche. Als Erste spricht die Kollegin Birgit Tragsdorf von ver.di, Delegiertennummer 353.

Birgit Tragsdorf

Manchmal holen einen die Ereignisse ein. Ich hatte mich gestern schon zu diesem Punkt zur Diskussion gemeldet. Ich werde diesen Beitrag jetzt nicht halten, möchte aber gern eine verknappte Ansage machen. Das hat folgenden Grund: Ich spreche zum Antrag F 006, in dem es um die Solo-Selbstständigen und die Stärkung ihrer Arbeit und ihrer Wirksamkeit auch in den Gewerkschaften geht. In allen unseren bisherigen Diskussionen gab es kaum oder nur wenige Hinweise darauf, dass sich in der Arbeitswelt und in den Arbeitsverhältnissen dramatische Veränderungen vollziehen, dass Menschen aus Betrieben herausgedrängt werden, dass outgesourct wird, dass Menschen scheinselbstständig und ungewollt selbstständig sind.

Zum anderen geht es um die große Gruppe der traditionellen Freiberufler und Selbstständigen in den künstlerischen und publizistischen Berufen, in Fuhrunternehmen, im Pharma-Bereich, in Musikschulen und wo auch immer, die das für sich selbst entschieden und gewählt haben.

Ich wollte Euch gern sagen, dass wir in ver.di Feinstrukturen aufgebaut haben, dass wir ein Referat für Freie haben. Wir wollen den anderen Gewerkschaften einfach nur anbieten, innerhalb des DGB oder über den DGB miteinander ins Gespräch zu kommen, sodass wir aus unseren Bereichen berichten können. Wir haben über 30.000 Freie organisiert und möchten eigentlich auch mit den Freiberuflern und Selbstständigen in Euren Bereichen Kontakte knüpfen, sie in Netzwerke einbeziehen und Erfahrungen austauschen und vielleicht auch soziale oder eine wie auch immer geartete Unterstützung, zum Beispiel in Rechtsanfragen, auch für andere möglich machen. – Danke schön. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke sehr. – Als Nächste spricht zu uns Claudia Wörmann-Adam, ebenfalls ver.di, Delegiertennummer 346.

Claudia Wörmann-Adam

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur eine kleine Anmerkung zum Antrag F 005 machen, besser gesagt, eine Anregung. Mir ist aufgefallen, dass bei den Spiegelstrichen, die ich ausdrücklich begrüße und wo festgelegt ist, was der DGB organisieren soll, ein Ansatz fehlt, nämlich auch eine Informations- und Aufklärungskampagne darüber durchzuführen, wie die Betriebsräte mit dem Thema Praktikanten im Betrieb umgehen sollen, welche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten da bestehen. Da besteht meines Erachtens noch Aufklärungsbedarf. Es geht nicht nur um den Organisationsansatz, der absolut richtig ist. Es geht nicht nur um die Fragen: Wie kommen wir an die prekär Beschäftigten heran? Wie kriegen wir sie organisiert? Wie kriegen wir sie geschützt? Sondern es geht auch um eine offensive Aufklärungskampagne an die Betriebsräte, mit dem Thema entsprechend umzugehen und darauf hinzuweisen, dass wir als Betriebsräte in der Pflicht sind, auch dafür Sorge zu tragen, dass prekär Beschäftigte zu ihrem Recht in den Betrieben kommen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank für den Hinweis. – Wir hören jetzt als Letzte zum Block F – danach hat selbstverständlich die Antragsberatungskommission noch das Wort – Gesche Blanken, ver.di, Delegiertennummer 303.- Du hast das Wort, Gesche.

Gesche Blanken

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mein Name ist Gesche Blanken. Ich komme aus Hamburg von der ver.di-Jugend und möchte etwas zum Antrag F 005 sagen, in dem es um die prekäre Beschäftigung geht. Mit der Annahme des Antrags F 005 in der geänderten Fassung, wie die ABK sie vorschlägt, sind wir einverstanden. Ich möchte nur noch einen kleinen Aspekt hervorheben.

Wichtig ist uns als DGB-Jugend, dass dieser Antrag angenommen wird und dass das besondere Themenfeld der prekären Beschäftigung und der daraus resultierenden zahlreichen Probleme besondere Bedeutung innerhalb der Arbeit des DGB bekommt. Es ist uns nicht wichtig, wie genau diese Handlungsfelder bearbeitet werden, solange die Bearbeitung sichergestellt ist. Wir möchten hiermit den neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand auffordern, die Ideen und Ansätze des Antrags F 005 konkret in die neue Arbeitsaufteilung einzubeziehen, also am besten schon auf der nächsten Klausurtagung, also nächste Woche, klare Zuständigkeiten für den Bereich der prekären Beschäftigung festzulegen und hier mit der Schwerpunktarbeit zu beginnen. Daher bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Außerdem möchte ich noch eine kleine Anmerkung machen zum Antrag F 004, der erledigt sein soll mit der Annahme der Anträge K 001, K 008 und O 001, die wir aber erst viel später verabschieden werden. Das heißt, wir können in diesem Block jetzt nicht über Antrag F 004 abstimmen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Das können wir schon. Ich glaube, da gibt es ein Missverständnis, Gesche. – Aber das kann die Antragsberatungskommission selber sagen. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Zunächst zu dem Vorschlag einer offensiven Informations- und Aufklärungsarbeit. Ich denke, das ist in dem Abänderungsantrag enthalten, und zwar beim vierten Spiegelstrich. Dort heißt es: „Der DGB dokumentiert die Probleme der verschiedenen Gruppen prekär Beschäftigter und macht die Öffentlichkeit und die Medien auf die Problematik aufmerksam.“

Zum Antrag F 004: Wir nehmen ihn an als Material zu verschiedenen anderen Anträgen. Ein Teil dieser Anträge, nämlich alle, über die vor diesem Antragsblock F schon abgestimmt wurde, wurde angenommen. Wir können sie also dort als Material zuweisen. Der weitere Teil wird noch folgen. Wir sind sicher, dass die Anträge, auf die dort verwiesen wird, ebenfalls angenommen werden. Deshalb denken wir, das ist ein gangbarer Weg.

Zum Schluss eine Anmerkung zum Antrag F 006. Auch wir sind der Meinung, dass besonders für Solo-Selbstständige ein höheres Maß an sozialer Sicherheit zu erreichen ist. Deswegen haben wir die Annahme in geänderter Fassung empfohlen. Die geänderte Fassung hat folgende Gründe: Die Finanzierung der sozialen Sicherung für den eben genannten Personenkreis aus Steuern ist unserer Ansicht nach abzulehnen. Hierdurch würde die Wettbewerbsverzerrung zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung noch weiter zunehmen. Deswegen haben wir das so geändert.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Wolfgang, vielen Dank. Ich kann nur den Tipp loswerden an den Bundesjugendausschuss. Wenn Ihr in der weiteren Beratung den Eindruck habt, dass das nicht funktioniert hat, melde Dich einfach noch einmal, Gesche. Dann schauen wir bei

den jeweiligen Anträgen, wie wir damit umgehen. Bis dato folge ich natürlich auch den Vorschlägen der ABK.

Das war jetzt im neuen Verfahren die Beratung zum gesamten Block F. Wir kommen nun zur Abstimmung en bloc, weil ja kein Antrag zur Ablehnung empfohlen worden ist. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen. Ich glaube, wir können es. (Vereinzelt Beifall)

Ich rufe jetzt auf Block G „Gute Arbeit“. Ebenfalls Sprecher der Antragsberatungskommission Wolfgang Rhode. Die Anträge G 001 bis G 006. Wolfgang, Du hast das Wort.

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die Anträge zum Sachgebiet G befassen sich mit der Qualität der Arbeit. Gute Arbeit oder menschengerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist seit vielen Jahren ein wichtiges Thema in den Gewerkschaften. Angesichts des Umbruchs in der Arbeitswelt soll dieses Anliegen durch die folgenden sechs Anträge umfassend gewürdigt und in seiner Bedeutung als Aufgabenfeld für den DGB und die Einzelgewerkschaften hervorgehoben werden.

Besonders der Antrag G 001 fordert ein stärkeres gewerkschaftliches Engagement für humane Arbeitsbedingungen. Bei Annahme des geänderten Antrags G 001 hätte sich G 002 erledigt. G 001 ist einfach der umfassendere Antrag zu dem eben genannten Thema. Alle anderen Anträge sind mit verschiedenen Varianten, wie ausgedrückt, zur Annahme empfohlen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Wolfgang, vielen Dank. Zu diesem Block liegen keine Wortmeldungen vor. Ich frage zur Sicherheit noch einmal, ob das so bleibt. - Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen beim Block G zur Gesamtabstimmung. Wir haben ja auch hier nur Annahme-Empfehlungen. Deshalb frage ich: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission zum Block G folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Auch hier stelle ich Einstimmigkeit fest. Vielen Dank.

Wir kommen dann zum Bereich H „Soziale Sicherungssysteme“. Dort wird natürlich der Diskussionsbedarf intensiver. Die Beratung wird von der Kollegin Edeltraud Glänzer vorgenommen. – Edeltraud, bist Du bereit? Dann schieß los.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu dem Sachgebiet H, „Soziale Sicherungssysteme“. Uns liegen hier insgesamt 12 Anträge, ein Änderungsantrag und insgesamt fünf Initiativanträge vor.

Die Anträge befassen sich zum einen mit den sozialen Sicherungssystemen in Gänze, zum anderen beziehen sie sich auf die jeweiligen Bereiche, also auf die Gesundheitspolitik, die Rentenpolitik sowie die Pflegeversicherung und auch auf die gesetzliche Unfallversicherung.

Außerdem liegt uns ein Initiativantrag zur Sozialgerichtsbarkeit zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Den meisten Anträgen ist gemeinsam die Vorstellung zur Weiterentwicklung der solidarischen Finanzierung, und diese gemeinsam voranzutreiben, sich weiterhin mit den gegenläufigen Tendenzen auseinander zu setzen und diesen unsere Reformvorstellungen und Reformalternativen entgegenzustellen, um sie dann auch gemeinsam gegenüber der Politik vertreten und durchsetzen zu können.

Wir haben diesen Block zu dem Sachgebiet H in zwei Bereiche aufgeteilt. In dem ersten Block geht es um den Antrag H 001 „Soziale Sicherungssysteme“. Gleichzeitig haben wir hier einen entsprechenden Abänderungsantrag vorliegen, das ist Abänderungsantrag 6. Weiterhin ist im ersten Block der Antrag H 006 zum Erhalt der gesetzlichen Unfallversicherung aufgerufen. Außerdem rufen wir an dieser Stelle die Initiativanträge 8 und 9 auf, die sich mit dem Thema „Rentenpolitik“ beschäftigen.

An dieser Stelle mache ich auf einen Fehler aufmerksam, der in der ausgedruckten Fassung des Initiativantrags passiert ist. Hier ist vermerkt, „Einzuzuordnen nach H 010“. Es muss aber richtig heißen „Einzuzuordnen nach H 001“.

Wir beginnen mit dem Antrag H 001 „Soziale Sicherungssysteme“. Das ist, wie es bei den anderen Sachgebieten auch der Fall war, der umfassende Antrag des Bundesvorstandes. Ich will jetzt nicht im Einzelnen auf die unterschiedlichen Aspekte dieses Antrags eingehen, auch deshalb nicht, weil dieser Teil ja auch Konsens unter allen Gewerkschaften ist. Das gilt sicher auch für die vor uns liegende Änderung beziehungsweise Ergänzung, die in dem Abänderungsantrag auf Seite 9 ausgeführt ist. Da geht es darum, den Fortbestand zweier unterschiedlicher Rechtsgebiete in der gesetzlichen Rentenversicherung auch für die noch nicht überführten Altersversorgungsansprüche zu überwinden.

Die Empfehlung für H 001 beziehungsweise den Abänderungsantrag lautet: Annahme von H 001 in der im Abänderungsantrag ausgewiesenen Fassung. Das ist der eine Teil.

Die weiteren Anträge werde ich jetzt erläutern. Wir kommen zu Antrag H 006. Der Antrag H 006 befasst sich mit der gesetzlichen Unfallversicherung und spricht sich für den Erhalt in all ihren Bestandteilen aus. Da diese Forderung aber bereits im Antrag H 001 definiert ist, empfiehlt die Antragsberatungskommission, dass der Antrag H 006 mit Annahme von H 001 erledigt ist.

Ich habe vorhin erwähnt, dass wir in diesem Zusammenhang auch die beiden Initiativanträge mit den Nummern 8 und 9 aufrufen. Der Initiativantrag 8 mit dem Titel „Eine andere Politik ist möglich – auch bei Rentnerinnen und Rentnern“ beinhaltet das Anliegen, immer wieder deutlich zu machen, dass die gesetzlichen Renten ein wesentlicher Bestandteil im Altersversorgungssystem sind und auch weiterhin bleiben müssen.

Bei dem Initiativantrag 9 geht es, wie auch im Leitantrag und in den bereits vorangegangenen Debatten dieses Kongresses, darum, deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass die Rente mit 67 für uns nicht tragbar ist und dass wir uns ganz entschieden dagegen aussprechen.

Die Antragsberatungskommission, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat sich zusammen mit dem Präsidium zu diesen beiden Initiativanträgen noch einmal beraten, und wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Aus formalen Gründen müssten wir an unserer ursprünglichen Empfehlung, nämlich Nichtbefassung, festhalten. Wir haben diese Auffassung jedoch geändert. Ich möchte aber zunächst den formalen Hintergrund aufzeigen und kurz erläutern.

Wir haben uns alle gemeinsam eine Geschäftsordnung gegeben, nach der Initiativanträge unter anderem nur dann zugelassen werden können, wenn in der Zeit vom Antragschluss bis zum Bundeskongress ein konkreter Anlass eingetreten ist, welcher das Antragsbegehren rechtfertigt. Dies ist im aufgerufenen Initiativantrag 8 nicht der Fall.

Auch bei dem Initiativantrag 9 liegen die Voraussetzungen für einen Initiativantrag nicht vor, da der Kabinettsbeschluss, auf den hier Bezug genommen wird, am 1. 2. erfolgte, also vor Antragschluss, und Antragschluss war am 22. 2.

Nach langen und intensiven Beratungen ändern wir aber unsere Empfehlung - das hatte ich eben angedeutet -, und dies aus gewerkschaftspolitischen Gründen. Das heißt, die Empfehlung zu diesen beiden Initiativanträgen lautet nun: Die Initiativanträge sind bei Annahme von H 001 erledigt.

Noch einmal zusammenfassend zu dem ersten Teil: Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Annahme von H 001 in der Fassung des vorliegenden Abänderungsantrages 6; die Anträge H 006 und die Initiativanträge 8 und 9 sind bei Annahme von Antrag H 001 erledigt.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke schön, Edeltraud. Wir haben zu diesem Gesamtkomplex H jetzt fünf Wortmeldungen. Als Erster spricht zu uns Michael Sommer. Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Edeltraud hat ja eben darauf hingewiesen, dass sich die Antragsberatungskommission gemeinsam mit dem Präsidium sehr intensiv damit befasst hat, wie wir mit den Initiativanträgen 8 und 9 umgehen. Ich will die Empfehlung der Antragsberatungskommission unterstützen und zugleich für die Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstands eine Erklärung abgeben.

In beiden Anträgen geht es letztendlich ja darum, wie wir die weiteren Proteste gegen die Rente mit 67 organisieren. Das ist ja der Kern. Ich glaube, inhaltlich sind wir nicht auseinander. Ich habe schon in der Beantwortung der Geschäftsberichtsdebatte gesagt, dass wir für den Juni Aktivitäten geplant haben - die sind auch schon beschlossen -, und dass wir uns im Bundesvorstand auch darüber verständigt haben, dass wir in Auswertung des Kongresses über die Fortführung der Aktivitäten beraten werden. Diese Erklärung wollte ich hier abgeben.

Das heißt, das Antragsbegehren, das eigentlich dahinter steht, nämlich: macht Aktivitäten, wird in der Sitzung des Bundesvorstands - ich glaube, die findet am 6. Juni statt, wenn ich das richtig im Kopf habe - zentraler Gegenstand der Beratungen werden, und wir werden dann auch entsprechende Beschlüsse fassen.

Ich wollte darauf hinweisen, bevor die weitere Beratung einsetzt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Michael, herzlichen Dank für die Klarstellung. Als Nächste spricht zu uns Rose-Marie Kürten, TRANSNET, Delegiertenummer 256. Rose-Marie, Du hast das Wort.

Rose-Marie Kürten

Danke schön. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar von der Antragsberatungskommission vorgesehen, den Änderungsantrag zu H 001 anzunehmen, aber ich möchte noch einmal unterstreichen, warum der Antrag für uns so wichtig ist.

In der ehemaligen DDR wurden unterschiedliche Altersversorgungsansprüche erworben. So auch aus kollektivrechtlichen Altersversorgungen wie zum Beispiel die Altersversorgung der Deutschen Reichsbahn, der ehemaligen Deutschen Post und des Gesundheitswesens der ehemaligen DDR. Ferner erwarben zum Beispiel Ärzte, Ingenieure, Lehrer, Pädagogen aus Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR Rentenleistungen. Ganz gleich, welche der genannten Altersversorgungen, sie sind alle durchaus vergleichbar mit betrieblichen Altersversorgungen und der Altersversorgung des öffentlichen Dienstes oder der berufsständischen

Altersversorgung der alten Bundesländer. Das gilt für die Versorgungshöhe wie für deren Finanzierung.

Dazu ergangene Urteile der Sozialgerichte, aber auch des Bundesverfassungsgerichts, haben dabei in vielen Fällen die Rechtmäßigkeit der erworbenen Ansprüche und Anwartschaften verkannt. Bis zur Stunde verweigern daher die Rechtsnachfolger oder die Bundesregierung oder auch beide die Zahlung solcher Renten.

Die Delegierten bitte ich um Zustimmung und Ergänzung in vorliegender Form. Ein einstimmiger Beschluss, werte Kolleginnen und Kollegen, würde die Einheit Deutschlands ein Stückchen näher bringen. - Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke schön. - Als Nächster spricht zu uns Thomas Cosmar, ver.di, Delegiertennummer 360.

Thomas Cosmar

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Michael dankbar, dass er hier in die Bütt gegangen ist. Die Empfehlung Nichtbefassung zu Initiativantrag 8 war natürlich völlig daneben, Der Antrag, so wie er geschrieben ist, bezieht sich auf eine Veranstaltung, die erst am 25. 4. stattfand. Dadurch könnte zwar der 22. 2. sinngemäß richtig sein, aber die Initiative daraus kam erst nach dem 25. 4.

Ich danke dem Michael dafür, dass er sagte, dass sich der Bundesvorstand in seiner nächsten Sitzung damit befassen wird. Aber eines ist dann immer noch verkehrt, nämlich die Empfehlung der Antragsberatungskommission, erledigt durch Annahme der anderen Anträge. In den anderen Anträgen habe ich keinen konkreten Vorschlag gefunden, sondern nur „wir wollen uns damit befassen“. Wenn Ihr jetzt sagt, „wir wollen uns damit befassen“, dann finde ich das gut. Aber ich muss sagen, nicht in der Form, weil wir nicht wissen, ob genau diese Aktion das Richtige ist, sondern wir müssen uns über alle Aktionen informieren. Da muss es Material zu den Aktionen geben, aber nicht durch Erledigung. - Danke schön. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke schön, Thomas. - Jetzt folgt Hans-Peter Wieth, IG Metall, Delegiertennummer 217.

Hans-Peter Wieth

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Euch bitten, die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu Initiativantrag 9 abzulehnen. Ich bin der Kommission dankbar, dass sie ihre Empfehlung nach Beratung noch einmal geändert hat, nämlich von Nichtbefassung auf jetzt erledigt. Aber erledigt ist eben erledigt.

Ich denke, es geht nicht um formale Argumentationen, wobei ich anfügen möchte, dass in dem Initiativantrag 9 Bezug genommen wird auf einen Beschluss des DGB-Bundesvorstands vom 2. Mai. Ich denke, es geht um die Handlungsorientierung. Wir haben ja mehrfach gehört, dass wir gegen die Rente mit 67 sind. Was aber unsere Kolleginnen und Kollegen erwarten, ist, glaube ich, dass wir neben Informationen auch eine klare Orientierung geben, wie es danach weiter geht. Im Initiativantrag 9 ist enthalten, dass wir neben Informationen im Juni für die entscheidende Phase der Beratungen, die wohl im Herbst stattfindet, uns auch trauen, zu Demonstrationen oder einer gemeinsamen Großdemonstration aufzurufen.

Meine Kolleginnen und Kollegen in unserer Verwaltungsstelle erwarten eben von

uns, dass wir nicht nur sagen, warum wir gegen die Rente mit 67 sind und dafür noch weitere Bündnispartner finden wollen, sondern sie erwarten, dass wir konkret sagen, was wir wann tun. In dem Sinne, denke ich, ist dieser Initiativantrag 9 konkreter und eben nicht durch die Empfehlung Annahme H 001 erledigt. Ich bitte Euch also, die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu Initiativantrag 9 abzulehnen und den Antrag dann anzunehmen. – Herzlichen Dank.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank für den Beitrag. – Als Letzter spricht jetzt zu dem Block Hans-Joachim Adams zu uns, Gewerkschaft der Polizei, Delegiertennummer 237. – Hans-Joachim, Du hast das Wort.

Hans-Joachim Adams

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe mich auch etwas gewundert, als hier zunächst „Nichtbefassung“ stand. Aber auch mit der Empfehlung „erledigt“ kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich denke, der Vorredner hat deutlich gemacht: Dieser Initiativantrag ist die politische Antwort dieses Bundeskongresses gegen das, was der Vizekanzler hier vorgetragen hat und wo dieser Kongress sehr deutlich gesagt hat: Wir sind gegen eine entsprechende Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67. Und, für die Gewerkschaft der Polizei sehr, sehr wichtig, natürlich auch für alle Beamten: Das Ganze soll ja auf die Beamten übertragen werden. Das heißt also, auch die Pensionsgrenze soll auf 67 angehoben werden. Das steht in diesem Initiativantrag an.

Ich bitte Euch alle: Unterstreicht dadurch, dass Ihr hier diesen Initiativantrag annehmt, deutlich den Willen dieses Kongresses! Wir sind gegen die Kürzung. Wir wollen nicht die Rente mit 67. Wir wollen nicht, dass Beamte mit 67 noch arbeiten müssen. Ich bitte Euch herzlich um Zustimmung zu diesem Initiativantrag. – Danke. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt da eine Wortmeldung. Als Letzter im Moment spricht Kollege Otto König, IG Metall, Delegiertennummer 100. – Otto, Du hast das Wort.

Otto König

Ich will ja nicht bestreiten, dass die Begründung der Antragsberatungskommission möglicherweise berechtigt ist. Aber es geht hier um eine klare politische Frage, die in den letzten drei Tagen hier eine Rolle gespielt hat, die von Angela Merkel, auch von Müntefering klar und deutlich beantwortet: Die wollen, und wir müssen dazu auf diesem Kongress etwas Deutliches sagen. Ich weiß auch gar nicht, warum es nicht möglich ist zu sagen: Diese beiden Anträge sind Material zu dem Abänderungsantrag, und damit sind sie in dem Paket. Wir können doch nicht sagen, diese Frage ist erledigt. Ich bitte Euch also noch mal zu überlegen und Überweisung als Material zu empfehlen. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Otto, vielen Dank. – Es gibt keine Diskussion mehr zu diesem Antrag. Die Antragsberatungskommission ist jetzt Herrin des Vorgangs. – Ich sehe, sie möchte sich beraten. Wir warten so lange. Bitte bleibt im Saal, Kolleginnen und Kollegen, wir können die Pause mit einem anderen Thema kurz füllen. (Widerspruch) –

Nein? Seid Ihr fertig? – Ich bitte um Entschuldigung. Ich war abgelenkt. Edeltraud, Du hast das Wort.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Kolleginnen und Kollegen, wir sind mit unserer Beratung, die ja sehr kurz war, am Ende. (Leichte Heiterkeit) – Nicht so am Ende, sondern wir haben uns sehr schnell verständigt. Bei den beiden Initiativanträgen schlagen wir jetzt vor, diese als Material zu Antrag H 001 anzunehmen.

Bevor wir jetzt in die Abstimmung kommen – denn das müssen wir ja noch erledigen –, muss ich noch auf einen Fehler aufmerksam machen: Es gibt in dem Euch vorliegenden Abänderungsantrag 6 – das ist also der grüne – auf der Seite 8 einen Fehler. Dort ist der fünfte Absatz doppelt. Das heißt, ich bitte Euch, den fünften Absatz zu streichen.

Außerdem fehlt leider ein Absatz. (Heiterkeit) Das ist – wenn Ihr Eure Beratungsunterlagen zur Hand nehmt – auf der Seite 203 im Ursprungsantrag der Absatz, der in der Zeile 474 beginnt. Ich lese ihn am besten vor; dann habt Ihr Zeit, noch mal kurz nachzuschauen: „Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung muss sich auch in Zukunft dynamisch entwickeln. Der DGB wird politische Initiativen ergreifen, um das geplante Einfrieren des Bundeszuschusses sowie die Verringerung der Beiträge der Bundesagentur für Arbeit für Langzeitarbeitslose zu verhindern.“ Dieser Absatz fehlt in dem Abänderungsantrag und muss dort wieder eingefügt werden. Das zur Klarstellung und zur Korrektur.

Zusammenfassend nun also zum ersten Block: Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme von H 001 in der Fassung des vorliegenden Abänderungsantrag. Der Antrag H 006 ist bei Annahme von H 001 erledigt, und die Initiativanträge 8 und 9 werden als Material zu dem Antrag H 001 zur Annahme empfohlen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor. Der Kollege Adams von der GdP, Delegiertenummer 237, möchte das Wort zur Geschäftsordnung. – Bitte schön.

Hans-Joachim Adams

Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund des Verfahrens bei der Abstimmung, auf das wir uns soeben verständigt haben, bitte ich jetzt darum – denn dieser Initiativantrag 009 ist eine politische Botschaft –, dass wir darüber getrennt abstimmen. Ich bleibe bei meiner Auffassung: Das müsste angenommen werden. Die ABK hat eine andere Empfehlung gegeben. Das können wir nur klären, wenn wir getrennt darüber abstimmen. (Leichter Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ich hätte Euch jetzt das Vorgehen anders erklärt. Wir müssen uns jetzt halt verständigen, wie der Kongress, wie Ihr diesen Vorgang behandeln wollt. Ich war der Meinung, dass man mit der Änderung der Empfehlung der Antragsberatungskommission den gesamten Block abstimmen kann. (Beifall) – Danke schön.

Wenn das nicht gewünscht wird, dann müsstet Ihr den Block erst mal ablehnen, und dann müssten wir alle Anträge abstimmen. Wir können ja nicht einen herausgreifen, wenn die Antragsberatungskommission das Ding zur Annahme empfiehlt, wenn auch „nur“ als Material. Von daher bin ich der Meinung, wir sollten das insgesamt abstimmen.

Will jemand gegen den GO-Antrag sprechen? – Dann stimmen wir jetzt über den GO-Antrag ab, den der Kollege Adams gestellt hat, dass wir über den Initiativantrag 009 getrennt abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das Letztere war eindeutig die Mehrheit. Das seht Ihr auch so? – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung der Antragsberatungskommission zum Sachgebiet H, Soziale Sicherungssysteme, in der Form, wie Edeltraud uns das erklärt hat. Wir bitten um Entschuldigung für die redaktionelle Panne bei der Schriftfassung.

Wer dafür ist, dass wir das so machen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung so beschlossen. Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

Bitte schön, willst Du noch etwas sagen, Edeltraud?

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Bitte.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, gerne. – Die Edeltraud hat noch einmal das Wort. – Nicht?

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Ich wollte jetzt eigentlich nur zügig weitermachen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, gut. Aber erst muss ich das Sachgebiet J aufrufen. Ich bitte dafür um Verständnis. Da geht es um Gleichstellungspolitik und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Nein, nein! Stopp! Stopp! Stopp! – Ich hatte zu Beginn meiner Ausführungen ganz deutlich gesagt, dass wir aufgrund der Diskussion um die Initiativanträge zunächst die von mir aufgerufenen Anträge behandeln, und das waren vier. Das waren der H 001, der Abänderungsantrag und die Initiativanträge. Das war der erste Block.

Den zweiten Block müssten wir jetzt noch aufrufen. Dazu müsste ich, wie wir das auch bei den anderen Bereichen gemacht haben, noch ganz kurz etwas sagen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das so ist, dann soll das so sein. - Edeltraud, Du hast das Wort.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu dem Initiativantrag 7. In diesem Initiativantrag geht es um die Organisationsreform der gesetzlichen Unfallversicherung. Die wesentlichen Teile dieses Antrags sind bereits in dem Initiativantrag H 001 beschrieben und teilweise konkretisiert. Das heißt, die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme des Initiativantrags als Material zu H 001.

In der Reihenfolge geht es dann weiter mit dem Antrag H 002: Sozialpolitik. Dieser Antrag enthält im Wesentlichen die gleichen Forderungen wie der Antrag H 001.

Auch deshalb lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission Annahme als Material zum Antrag H 001.

Das gilt auch für den Antrag H 003 unter dem Stichwort „Gesundheitspolitik“, weil hier die Kernforderungen bereits in dem Antrag H 001 enthalten sind.

In dem Antrag H 004 wird die Einführung einer Bürgerversicherung sowohl im Bereich der Kranken- als auch der Pflegeversicherung gefordert. Auch dies ist Gegenstand des Antrags H 001. Auch deshalb empfehlen wir hier, dass der Antrag nunmehr als Material zum Antrag H 001 angenommen wird.

An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir auch hier unsere Empfehlung verändert haben. Denn ursprünglich lautete sie bei diesem Antrag H 004 „erledigt“. Dieser Antrag ist also nun auch zur Annahme als Material zum Antrag H 001 empfohlen.

Der Initiativantrag für eine gerechte und solidarische Gesundheitspolitik – das ist der Initiativantrag mit der Nummer 6 – beinhaltet ebenfalls im Forderungsteil wesentliche Kernelemente des Antrags H 001 und deshalb auch hier: Annahme zu diesem Antrag.

Der Bundes-Jugendausschuss fordert mit dem Antrag H 005, die Gebühren beim Arztbesuch und die Erhöhung der Rezeptgebühren rückgängig zu machen. Dieser Antrag konkretisiert die Kritik des Antrags H 001. Deshalb empfiehlt die Antragsberatungskommission ebenfalls Annahme als Material zum Leitantrag.

Der Antrag H 007 zur Rentenpolitik ist im Antragsteil deckungsgleich mit den rentenpolitischen Forderungen des Leitantrags H 001. Deshalb empfehlen wir hier Annahme als Material zu demselben.

Das gilt auch für den Antrag H 008 unter dem Stichwort gegen eine Rente mit 67, und das gilt ebenfalls für den Antrag H 009 „Rente mit 67 – sozial ungerecht und frauenfeindlich“ sowie für den Antrag H 010 unter dem Titel „Nein zur Rente ab 67“.

Wir haben dann noch einen Antrag vorliegen; das ist der Antrag H 011 „Sozialversicherung solidarisch finanzieren und bedarfsgerecht weiterentwickeln“. Auch hierbei gilt, dass darin im Kern die Forderungen des Leitantrages enthalten sind. Deshalb empfehlen wir auch hier die Annahme als Material zu unserem Leitantrag.

Der vorletzte Antrag zu diesem Block ist der Antrag H 012. Er befasst sich mit der Pflegeversicherung. Auch hier lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission Annahme als Material zum Antrag H 001.

Das sind die Anträge, die jeweils alle dem Leitantrag zugeordnet werden.

Der letzte Antrag in diesem Block ist der Initiativantrag unter dem Stichwort „Durchsetzung sozialer Rechte gewährleisten“. Er befasst sich mit den Auswirkungen vorliegender Gesetzesvorschläge, mit denen auch die Durchsetzung sozialer Rechte beschnitten werden soll. Die Antragsberatungskommission empfiehlt, diesen Antrag anzunehmen.

Das sind jetzt alle Anträge aus dem Sachgebiet H.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Edeltraud, vielen Dank. – Ich bitte den Kongress um Entschuldigung. Es sollte wohl zu schnell gehen. Aber vielleicht können wir uns so synchronisieren, dass wir bei den nächsten Blöcken Eure Empfehlungen immer im Ganzen erhalten. Dann ist die Quelle für solche Fehler ein bisschen versiegt. Aber wegen der Kompliziertheit dieser Initiativanträge verstehe ich das auch.

Wir stimmen also noch einmal ab über den zweiten Teil der Empfehlungen der Antragsberatungskommission, die wir gerade von Edeltraud gehört haben. Wer

dem folgen will, denn bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe bitte. – Enthaltungen? – Ich sehe Einstimmigkeit. – Danke schön, Kolleginnen und Kollegen.

Ich kann jetzt das Sachgebiet J aufrufen: Gleichstellungspolitik von Vereinbarkeit von Beruf und Familie. – Edeltraud, bitte schön.

Edeltraud Glänzer, Sprecherin der Antragsberatungskommission

Im Sachgebiet J geht es um die Gleichstellungspolitik und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Uns liegen hierzu insgesamt sechs Anträge vor. Drei dieser Anträge befassen sich mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier werden sowohl die Aspekte Kindererziehung als auch die Pflege von Angehörigen angesprochen.

Im Weiteren liegt uns ein Antrag zum Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft vor. Und ein Antrag befasst sich mit der Situation Alleinerziehung. Und wir haben einen Antrag vom Bundes-Jugendausschuss zum Gender Mainstreaming.

Ich denke, Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns einig darüber sind, dass bei dem Thema Chancengleichheit, Chancengerechtigkeit von Frauen und Männern nach wie vor noch erheblicher Handlungsbedarf besteht und dass die Umsetzung, unsere gemeinsame Zielsetzung und auch unser gemeinsamer Wille ist. Michael Sommer hat ja auch schon an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen.

Die Anträge zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ – das sind die Anträge J 001, J 002 und J 004 – werden zur Annahme empfohlen, die Anträge zu dem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, zur Situation allein Erziehender sowie zur Gleichbehandlung der Geschlechter ebenfalls.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Es liegen zu diesem Komplex keine Wortmeldungen vor. Da wir nur „positive“, also Annahme-Stellungnahmen der Antragsberatungskommission haben, können wir sofort über den Gesamtkomplex abstimmen.

Wer also den Empfehlungen der Antragsberatungskommission zum Sachgebiet J „Gleichstellungspolitik und Vereinbarung von Beruf und Familie“ folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. – Vielen Dank.

Kolleginnen und Kollegen! Wir unterbrechen jetzt die Antragsberatung für das Abendessen. Bevor wir das aber machen, habe ich noch einige Ansagen zu machen. Ich bitte Euch, noch im Saal zu bleiben; es geht ganz schnell.

Zunächst einmal eine positive Ansage: Die Spende für die Kolleginnen und Kollegen von CMH hat sich noch auf 3.560 Euro erhöht. (Beifall)

Michael Sommer hat trotz knapper Mittel zugesagt, das auf 5.000 Euro aufzurunden. Das finde ich eine Superbotschaft. (Beifall – Zuruf) Es ist in Ordnung; es war nicht die Haushaltskasse im Hause Sommer gemeint.

Der dritte Punkt, Kolleginnen und Kollegen: Die Streikleitung hat darum gebeten, dass die Spende am 31. Mai, an ihrem 100. Streiktag, übergeben werden soll, weil dann nicht nur die Streikposten am Tor sind, sondern auch alle Beschäftigten mit ihren Familienangehörigen, inklusive Medien. Dieter Scholz, unser Vorsitzender im DGB-Landesbezirk, wird das Geld des Kongresses dort übergeben. Wer hier in der Gegend die Gelegenheit hat, ist natürlich dazu auch herzlich eingeladen. (Beifall)

Ich muss mich korrigieren: Wer sich auf Bockwurst mit Kartoffelsalat gefreut hatte, den muss ich enttäuschen. (Oh!-Rufe) Es gibt Gulaschsuppe – ich kann nichts

dafür; ich bin so informiert worden, Kolleginnen und Kollegen –, Chili con Carne, Spargelsuppe mit Brot, Dessert, eine Joghurtauswahl und diverse Getränke. Ich glaube, damit kann man auch glücklich werden. (Beifall)

Letzte Durchsage, Kolleginnen und Kollegen, für die Kofferaufbewahrung morgen, bevor das im Trubel der letzten Runde untergeht. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses können ihre Koffer am Freitag vor Sitzungsbeginn in der Garderobe abgeben. Sie befindet sich in einem getrennten Raum vor dem Zugang zur Tiefgarage.

Jetzt guten Appetit! Seid bitte um 18.30 Uhr wieder da.

(Unterbrechung des Kongresses: 18.02 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 18.36 Uhr)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe auf Sachgebiet K „Bildungspolitik“. Sprecher der Antragsberatungskommission zu dem Komplex ist der Kollege Bernhard Witthaut. – Bernhard, Du hast das Wort.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir kommen jetzt zum Sachgebiet K „Bildungspolitik“, das für uns als Gewerkschaften – wir haben es auch in den Tagen schon des Öfteren gehört – in der Zukunft eines der wesentlichsten Themen sein wird. Wir haben im Antragsbuch 15 Anträge und einen Initiativantrag. Antragsteller sind der DGB-Bundesvorstand, die Gewerkschaften, die DGB-Bezirke und der Bundesjugendausschuss. Wir können allein an diesen Eckdaten sehen, dass dieses Thema für uns ein wichtiges Thema ist.

Bevor wir in die Beratungen einsteigen, möchte ich Euch auf einen sinnentstellenden Fehler hinweisen. Im Antrag K 001 in der Zeile 1269 auf Seite 271 muss es heißen „Diskriminierungsverbot“ und nicht „Diskriminierungsgebot“. Während der gesamten Zeit – ich weiß nicht, warum und wieso – ist dieser Fehler nicht aufgefallen. Noch einmal: In Zeile 1269 auf Seite 271 muss es „Diskriminierungsverbot“ und nicht „Diskriminierungsgebot“ heißen. Habt Ihr das geändert? (Zurufe: Ja!)

Die Antragsberatungskommission hat den verschiedenen Antragsbegehren im Rahmen ihrer Vorbereitung für diesen 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongress mit Antrag K 001, dem Antrag des DGB-Bundesvorstands mit dem Titel „Bildungspolitik 2006 - 2010: Das Recht auf Bildung für alle Menschen Wirklichkeit werden lassen“ einen Antrag an den Beginn der bildungspolitischen Beratung gestellt, der nach unserem Ermessen und aus unserer Vorstellung heraus sowohl Kontinuität als auch Weiterentwicklung aufzeigt. In diesem Antrag werden einerseits die weiter existierenden zentralen Herausforderungen und Probleme des Bildungssystems benannt: mangelnde Chancengleichheit, unzureichende Förderung, dafür aber frühes Selektieren, schwierige Perspektiven für die Beschäftigten im Bildungssystem und unzureichende Finanzierung des gesamten Bildungssystems. Andererseits zeigt der Antrag aber auch die Leitlinien unseres Handelns in den kommenden vier Jahren für den Bundesvorstand auf.

Wir knüpfen im Übrigen an die grundsätzlichen Aussagen des 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses an, der damals den Beschluss „Das 21. Jahrhundert muss ein Jahrhundert der Bildung werden“ als Gesamtpaket dazu verabschiedet hat. Wir aktualisieren und präzisieren also mit unserem Leitantrag ein ganz konkre-

tes bildungspolitisches Arbeitsprogramm im DGB-Bundesvorstand, und dies soll – so steht es im Antrag K 001 – dann auch expressis verbis verabschiedet werden.

Mit diesem Vorgehen und mit den weiteren zur Annahme empfohlenen Anträgen würde unseres Erachtens der 18. Ordentliche DGB-Bundeskongress ein deutliches bildungspolitisches Signal setzen; denn die Chancen der Menschen in unserem Land hängen nicht nur davon ab, dass sie genügend Geld für Essen, Kleidung und Unterkunft haben, sondern auch von der tatsächlichen Möglichkeit, lebensbegleitend lernen und sich aus- und weiterbilden zu können.

In diesem gesamten Komplex geht es nicht nur um berufliches Lernen, sondern auch um allgemeine gesellschaftliche und politische Bildung. In den Anträgen beraten wir aber auch darüber, welche konkreten gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten wir haben – im Betrieb, in Unternehmen und Verwaltungen, zum Ausbau von Aus- und Weiterbildung, mit Projekten wie den Arbeitskreisen Schule und Arbeitswelt, in der nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung geordneten Berufsbildungspolitik, in der Weiterentwicklung und arbeitnehmerorientierten Verbesserung von Studiengängen an Hochschulen und nicht zuletzt, auch vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Vernetzung, beim Vorantreiben der Internationalisierung.

Der vorliegende Leitantrag ist eigentlich umfassend. Er ist abgestimmt zwischen den Einzelgewerkschaften und den verantwortlichen Kolleginnen und Kollegen des DGB. Dennoch wissen wir, dass in den Meinungen gerade zum Thema Bildung sehr massive Unterschiede vorhanden sind, und deshalb freuen wir uns auf eine spannende Diskussion.

Zum Leitantrag des Bundesvorstands gehören der Antrag K 001, die Abänderungsanträge 7, 8 und 9 sowie die Anträge K 007, K 009 und K 012.

Wir haben insbesondere in dem Abänderungsantrag 8 und dem Abänderungsantrag 9 eine Ablehnung. In den anderen Bereichen haben wir als Empfehlung der Antragsberatungskommission einmal, nämlich in dem Bereich des K 012, nach Diskussion unsere Empfehlung geändert. Hier lautet unsere Empfehlung nun Annahme als Material zu Antrag K 001. Das ist also der Antrag des Bundesjugendausschusses.

Nun zum Abänderungsantrag 7 zu Antrag K 001. Wir haben diesen Antrag zur Ablehnung empfohlen, weil wir glauben, dass die Gesellschaft nicht verpflichtet ist, Studierende aus gut situierten Elternhäusern finanziell zu unterstützen, wo also die Eltern in der Lage sind, das Studium aus eigener Kraft zu finanzieren. Bereits das jetzige elternabhängige BAföG bezieht zu versteuernde elterliche Einkommen bis zu ungefähr 60.000 Euro in die Förderung ein.

Zu Abschnitt B in dem Abänderungsantrag. Die vorgeschlagene Einführung „jeglicher Art“ – in der ersten Zeile des Abschnittes B – bringt aus unserer Sicht keine weitere Klärung. Die Ablehnung von Studiengebühren, wie sie die ursprüngliche Fassung vorsieht, ist unseres Erachtens weitergehend. Studiengebühren bedeuten immer den Einsatz zusätzlichen privaten Geldes für ein Studium.

Im Übrigen sind in Abänderungsantrag 8 dementsprechend auch noch einmal Formulierungen zu diesem Thema zu finden.

Zu dem Abänderungsantrag 9. Die Antragstellerin will das Recht auf berufliche Ausbildung in das Grundgesetz aufnehmen. Das Fehlen von Ausbildungsplätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schon, wie gestern mehrfach angesprochen, ein gesellschaftspolitischer Skandal. Unternehmer, die sich weigern, Jugendliche auszubilden, denken kurzfristig, sind verantwortungslos und schaden unserer Gesellschaft. (Beifall)

Wir müssen uns dieser sozialpolitischen Herausforderung stellen. Allerdings ist zu

bedenken, ob eine Grundgesetzänderung der geeignete Weg ist und ob er durchsetzbar wäre. Zu bedenken hierbei ist, dass das Recht auf Bildung – dazu gehört das Recht auf berufliche Bildung – schon in internationalen Konventionen verankert ist. So enthält die Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom Jahr 2000 in Artikel 14 Absatz 1 die Formulierung „Jede Person hat das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung“. Aber auch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte von 1950 fordert in Zusatzartikel 2, dass das Recht auf Bildung niemandem verwehrt werden dürfe.

Und auch in unserem Grundgesetz, Artikel 12 Absatz 1, lässt sich eventuell eine entsprechende Interpretation ableiten. Dieser Änderungsantrag geht aber sehr viel weiter. In der Debatte der Antragsberatungskommission haben wir ernsthaft erörtert, inwieweit diese Forderung eingebracht werden kann, ohne dass sie vielleicht ins Leere läuft. Wir haben uns deshalb entschlossen, weil es auch hier sehr unterschiedliche Meinungen gab, eine gewerkschaftliche Diskussion über die Konkretisierung dieses Grundrechtes anzustoßen. Hierzu ist nach unserer Meinung der Kongress das richtige Gremium.

Deswegen geben wir diesem Abänderungsantrag nicht unsere Zustimmung, sondern empfehlen die Ablehnung. Auch aus dem Grunde, weil das bildungspolitische Arbeitsprogramm als Ergebnis des Leitantrags unmittelbar in den nächsten Wochen entwickelt werden soll.

In dem Antrag K 002 haben wir aus Sicht der DGB-Jugend die bildungspolitischen Zielvorstellungen beschrieben. Deswegen empfehlen wir ihn auch zur Annahme als Material zu Antrag K 001.

In diesem Antragsblock ist hinzugekommen der Initiativantrag 11 „Die Würde des Menschen ist unantastbar – alle mitnehmen – keinen zurücklassen - niemanden ausgrenzen“. Diesen Initiativantrag 11 haben wir zur Annahme empfohlen.

In den anderen Anträgen sind aus unserer Sicht die entsprechenden Antragsteller in ihrer Begründung jeweils so auf unsere Zustimmung gestoßen, dass wir diese Anträge zur Annahme empfehlen.

Wir haben nur zu dem Antrag K 008 den Abänderungsantrag 10. Der Antrag K 008 „Für eine bessere berufliche Ausbildung“ befasst sich mit der Frage, wie die Attraktivität der dualen Berufsausbildung verbessert werden kann. Dabei geht es nicht nur um die Frage der Quantität der Ausbildungsplätze, sondern auch um die Qualität. Das Bildungssystem muss insgesamt so ausgerichtet werden, dass die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss deutlich verringert wird. Wir brauchen verstärkt Initiativen gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Der Antrag K 008 macht konstruktive Vorschläge, wie die Situation junger Menschen verbessert werden kann. Von daher empfehlen wir Annahme.

In dem Abänderungsantrag 10 zu Antrag K 008 haben wir uns zur Ablehnung durchgerungen. Die vorgeschlagene Streichung würde aus unserer Sicht eine unnötige Verkürzung unserer Forderung an den Staat zur Förderung der Ausbildung bewirken. Wir haben gesagt, dass es aus unserer Sicht bei der im Originalantrag beschriebenen Triade von a) in erster Linie staatlich nicht geförderter betrieblicher Berufsbildung, b) punktuell staatlich flankierender betrieblicher Berufsbildung sowie c) staatlich geförderter außerbetrieblicher Berufsbildung bleiben soll. Deshalb haben wir Ablehnung empfohlen.

In den übrigen Anträgen K 011, K 015, K 010, K 013 haben wir dann jeweils eine Zuordnung vorgenommen. Die Anträge K 011 und K 015 wären erledigt bei der Annahme von K 008; Antrag K 013 wäre als Material zu Antrag K 001 dementsprechend angenommen. Wir haben zum Antrag K 014 Annahme als Material zu Antrag K 008 als Empfehlung herausgegeben. – Vielen Dank.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank an die Kommission und an Dich, Bernhard, für Deine Ausführungen.

Ich will zur Klarstellung Folgendes sagen: Wir haben bis jetzt fünf Wortmeldungen. Ich will eine Vorbemerkung machen, damit über das Verfahren keine Verwirrung entsteht.

Ich möchte den Änderungsantrag 9 und den Änderungsantrag 10 getrennt zur Abstimmung stellen, weil dazu Ablehnung empfohlen worden ist. Wenn ich das nicht machen würde, würde ja der Antrag, auf den sich der Änderungsantrag bezieht, dazu im Widerspruch stehen. Deswegen müssen wir, meine ich, so verfahren. Ich sage das vor der Diskussion, damit keiner meint, er müsse noch einmal besonders auf das Verfahren hinwirken.

Als Erster hat sich der Kollege Olaf Schwede vom Bundes-Jugendausschuss gemeldet, Teilnehmernummer 105. Olaf, Du hast das Wort.

Olaf Schwede

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben verschiedene Anträge zum Bereich der Berufsbildung vorliegen, unter anderem den K 008 und den K 015. Zu den beiden möchte ich etwas sagen.

Die beiden Anträge sind in vielen Bereichen nicht nur ähnlich, sondern wortgleich. Da ich weiß, welcher der beiden der ältere Antrag ist, nämlich der des Bundes-Jugendausschusses, möchte ich auch das als Bestätigung unserer guten inhaltlichen Arbeit verstehen und finde das auch erst einmal positiv. (Beifall)

Allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es auch Unterschiede, und zwar beispielsweise in der Frage des Grundrechts auf Ausbildung. Diese Formulierung oder eine ähnliche Variante wie etwa Recht auf Ausbildung taucht in dem Antrag des Bundesvorstands K 008 nicht auf, während der Antrag K 015 der DGB-Jugend eindeutig das individuelle Grundrecht auf Ausbildung fordert, eine Forderung, die wir in der DGB-Jugend mehrfach ausführlich diskutiert haben und die wir gerne an dieser Stelle noch einmal unterstreichen wollen. (Beifall)

Ich glaube, dass man sehr unterschiedlich darüber diskutieren kann, wie man die Ausbildungsproblematik bekämpfen möchte. Aber wenn man sie bekämpfen möchte, muss man erst einmal feststellen, was die eigene Zielsetzung dabei ist. Und hier muss man ganz klar sagen: Unsere eigene Zielsetzung sollte sein, jedem Jugendlichen das individuelle Grundrecht auf Ausbildung sicherzustellen und das dann auch politisch umzusetzen.

Wenn man es nur als ein gesellschaftliches Problem begreift, dann kommt man zu solchen Halbheiten, wie sie unser Vizekanzler heute hier abgeliefert hat, nämlich zu sagen, dass wir ein großes Ausbildungsproblem haben, und deswegen noch einmal an die Wirtschaft zu appellieren, genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von derartigen Appellen haben wir genug. Wir brauchen eine Grundlage, auf der regelmäßig kontinuierlich jedes Jahr vernünftige Taten folgen. (Beifall) Ob das dann im Rahmen einer Grundgesetzänderung gemacht werden muss oder durch eine entsprechende Formulierung im Berufsbildungsgesetz, darüber kann man gerne diskutieren, darüber kann man streiten, aber diese rechtliche Grundlage ist notwendiger denn je.

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Anträgen besteht in einer ganzen Reihe von Forderungen zur konkreten Verbesserung der Lebenssituation von jungen Auszubildenden, zum Beispiel in Fragen des Berufsschulunterrichts oder der Anrechnung von Berufsschulzeiten auf die Ausbildungszeit, die leider im Antrag K 008 unter den Tisch fallen.

Es gibt allerdings auch einen Änderungsantrag der DGB-Jugend zum Antrag K 008, zu dem ich gerne ein paar Worte sagen möchte, weil ich glaube, dass er von der Antragsberatungskommission inhaltlich nicht verstanden worden ist. (Beifall) Wir schlagen vor, ein paar Zeilen zu streichen; Ihr habt den Änderungsantrag 10 ja vorliegen. Dort heißt es: „Finanzielle Hilfen sollen weniger in den Ausbau außerbetrieblicher Ausbildung fließen.“ Moment, muss man da fragen, welche finanziellen Hilfen und warum außerbetriebliche Ausbildung? Dann sind wir an der Stelle, wo wir feststellen: Außerbetriebliche Ausbildung wird von der öffentlichen Hand gefördert, wenn die Betriebe nicht genügend Ausbildungsplätze bereitstellen. Das heißt, wir reden hier über Steuermittel, über Sozialversicherungsbeiträge in extrem hohen Summen, 8 Milliarden jährlich, die für solche Angebote aufgewendet werden für alle möglichen Arten von Hilfen, die wir, weil die Betriebe nicht genügend ausbilden, aus Steuermitteln bereitstellen, größtenteils Lohnsteuermitteln und Sozialversicherungsbeiträgen von Beschäftigten, und die nun in die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen fließen sollen.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diese Diskussion in den Bundesländern häufig genug geführt, ob man denn nicht einem Unternehmen, das einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellt, 5.000 Euro, 6.000 Euro oder 10.000 Euro als kleines Dankeschön dafür mitgeben kann. Genau solche Programme haben wir in den vergangenen zehn Jahren in Massen gehabt. Es ist viel Geld in die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen geflossen, direkte finanzielle Subventionen aus Steuermitteln und Sozialversicherungsabgaben, und das Ergebnis war zumeist gleich null. Es sind keine zusätzlichen Ausbildungsplätze entstanden. Meistens konnte in den entsprechenden Bundesländern noch nicht einmal der Rückgang an Ausbildungsplätzen in irgendeiner Form aufgefangen werden.

Es kann sein, dass hier etwas anderes gemeint ist. Aber dann hätte der Antragsteller, der DGB-Bundesvorstand, das auch formulieren müssen. So gesehen geht es hier nicht um die Frage, was wir als höherwertig erachten, sondern um die Frage: Ist es die Aufgabe der Unternehmen, für die Finanzierung der dualen Ausbildung aufzukommen, ja oder nein? Diese Frage sollten wir klar mit Ja beantworten, wie wir sie auch mit Ja beantwortet haben in der Diskussion über die Umlagefinanzierung, die wir in den vergangenen Jahren geführt haben. Wir sollten jetzt klar sagen: Es ist Aufgabe der Unternehmen und nicht der Steuerzahler. Deswegen muss dieser Abschnitt aus diesem Antrag entfernt werden. (Beifall)

Ich bitte die Antragsberatungskommission darum, ihre Empfehlung noch einmal zu überdenken, und wenn sie das nicht tut, Euch darum, diesem Änderungsantrag zuzustimmen und damit zur Wirksamkeit zu verhelfen. (Beifall)

Des Weiteren bitte ich Euch darum, auch noch einmal zu überlegen, ob es nicht sinnvoll sein könnte, den Antrag K 013 zur Annahme zu empfehlen, der das Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz vorsieht, oder Euch vielleicht - das wäre die weitestgehende Version - dazu zu entschließen, den aus meiner Sicht deutlich besseren, deutlich konkreteren und deutlich ausführlicheren Antrag des Bundes-Jugendausschusses, den Antrag K 015, anzunehmen (Beifall) und den Antrag des Bundesvorstands, den Antrag K 008, als Material dazu zu nehmen. Das wäre etwas gewagt, das wäre etwas weitgehend, aber es wäre inhaltlich, wenn man die Anträge nebeneinander legt, nur konsequent. - Ich danke Euch, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Olaf, vielen Dank auch an Dich. Ich darf bei der Gelegenheit darauf hinweisen, dass wir ab jetzt wieder die Uhr laufen lassen. Unser Gefühl war, es war an der Grenze.

Jetzt spricht zu uns Ingrid Sehrbrock.

Ingrid Sehrbrock, Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kolleginnen und Kollegen! Ich will direkt auf den Antrag K 013 zu sprechen kommen. Der Antrag K 001 ist ja zur Annahme empfohlen. Deshalb erspare ich mir weitere Begründungen. Der Antrag K 013 ist der Antrag, der gerade auch von Olaf Schwede angesprochen worden ist.

Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz - ich muss schon sagen, ich fühle mich ein bisschen unwohl dabei, weil ich natürlich weiß, dass sich die Initiatoren eine Menge Gedanken gemacht haben. Mir liegt auch die Argumentation von der Landes-Schülervertretung Hessen vor, die Ihr wahrscheinlich alle auf dem Tisch liegen habt, in der es genau um diese Frage Grundrecht auf Ausbildung im Grundgesetz geht.

Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ganz viel Verständnis dafür, dass man jetzt nach anderen Wegen sucht, um in dieser Frage ein Stück weiter zu kommen. Denn es ist tatsächlich so, dass wir seit 30 Jahren die Umlage fordern. Was haben wir erreicht? Einen Gesetzentwurf der SPD noch aus Oppositionszeiten.

Dann hatten wir einen Gesetzentwurf der rotgrünen Bundesregierung, der zuerst auf Eis gelegt worden ist und inzwischen tot ist. Und wir wissen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze nach wie vor zurückgeht und die Nachfrage noch steigt. Also eine außerordentlich schwache Bilanz.

Da kann ich gut verstehen, dass man überlegt: Gibt es denn noch einen anderen Ansatz, um in diese Frage mehr Schubkraft hinein zu bringen? Das überlegen wir uns ja auch immer: Kann man nicht noch einmal von einer anderen Seite herangehen, um die Leute zu überzeugen, dass man in dieser Frage die Dinge nicht einfach laufen lassen kann, sondern dass man da jetzt aktiv werden muss?

Nun haben wir auch einmal überlegt: Wie ist das mit dem Grundrecht? Unsere Kollegen, die den Antrag gestellt haben, sagen ja: Wunderbar, wir haben jetzt die Große Koalition, da müsste es doch ein Leichtes sein, eine Zweidrittelmehrheit für eine Grundgesetzänderung hinzukriegen. Im Prinzip stimmt das natürlich, aber man muss sich schon einmal die Frage stellen, wie das so ist mit Grundgesetzänderungen. Ich kann mich jedenfalls erinnern: Artikel 3 des Grundgesetzes ist 1949 beschlossen und, ich glaube, 1992 geändert worden. Es ist also erfahrungsgemäß sehr, sehr schwierig, die entsprechenden Mehrheiten für Änderungen des Grundgesetzes zu finden. Das muss man einfach mal feststellen.

Und das Zweite: Wir haben uns auch einmal juristisch beraten lassen. Gehen wir einmal davon aus, wir hätten jetzt dieses Grundgesetz. Was würde das bedeuten? Unsere Juristen sagen uns: Wir haben damit relativ wenig gewonnen, denn auf dieser Grundlage ist kein Recht auf Ausbildung einklagbar. Das heißt, selbst wenn wir jetzt die Grundgesetzänderung hätten, könnte man kein Recht auf Ausbildung einklagen.

Jetzt sagen unsere Kollegen, ja, wir wollen auch noch ein einfaches Gesetz, sozusagen ein Recht auf Ausbildung. Auch da muss man sich natürlich die Frage stellen: Kämpfen wir da an der richtigen Stelle? Ist das sozusagen das richtige Instrument, oder verkämpfen wir uns möglicherweise? Denn wir müssen uns eines klar machen: Wenn wir die Grundgesetzänderung hätten, hätten wir noch keinen einzigen Ausbildungsplatz mehr, und selbst wenn wir ein Recht auf Ausbildung hätten, hätten wir auch keinen einzigen Ausbildungsplatz mehr. Es muss uns doch eigentlich darum gehen, dass wir mehr Ausbildungsplätze haben. Deshalb finde ich, wir sollten die Kräfte bündeln und sozusagen direkt zur Sache kommen.

Was kann man eigentlich machen? Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir prüfen müssen, was im Rahmen von Tarifverträgen möglich ist. Ich habe ja schon vorgestern gesagt: ver.di hat jetzt gerade in den Verhandlungen mit den Banken Zielvorgaben mit in das Verhandlungspaket aufgenommen. Ich denke, es ist nach wie vor überlegenswert, dass man sich im Rahmen von Tarifverhandlungen, vielleicht auch außerhalb von Lohnrunden, mit den Tarifparteien zusammensetzt und überlegt, ob man nicht Zielvereinbarungen verabreden kann – oder natürlich auch Umlagefinanzierung, wie wir sie ja im Bau bereits haben. Auch das ist ja eine tarifvertragliche Regelung. Das wäre also das Erste, wo man meiner Meinung nach direkt ansetzen kann.

Das Zweite wäre für mich, auch noch mal vorzurechnen: Was würde denn eine Umlage bedeuten? Viele haben das ja immer so unter dem Aspekt diskutiert: Das kostet einen Haufen Geld, das ist eine Riesenbürokratie und so weiter und so weiter. Aber Tatsache ist: Für die Klein- und Mittelbetriebe würde sich das lohnen. Wenn die eine Ausbildungsquote von zehn oder zwanzig Prozent haben, dann rechnet sich das für sie. Und sie bilden ja auch am meisten aus. Deshalb denke ich, es wäre gut, wenn wir da noch mal eine Argumentation zusammentragen und auf dieser Grundlage noch mal für die Ausbildungsplatzumlage werben würden.

Ich würde auch vorschlagen, dass man mit denjenigen, die uns in dieser Frage unterstützen – und das sind Innungsmeister –, spricht. Ich habe in der Vergangenheit mit einigen gesprochen, und die haben gesagt, sie hätten überhaupt kein Problem damit. Das sind Geschäftsführer von Unternehmen und auch Unternehmerinnen. Ich denke an einige, die uns unterstützt haben in der Argumentation, als es um das Gesetz ging. Mit ihnen sollten wir noch mal gemeinsam versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten für die Ausbildungsplatzumlage, für Zielvereinbarungen in Tarifverträgen oder auch für Branchenregelungen. Die stehen im Übrigen ja auch in den Koalitionsvereinbarungen. Dass man auf Branchenebene eine Umlage vereinbaren kann, wäre eine Alternative.

Kolleginnen und Kollegen! Das ist natürlich auch keine Garantie, aber ich denke, es ist etwas Handfestes. Ich finde, dass der Kampf für ein Grundrecht auf Ausbildung oder ein Recht auf Ausbildung ein Umweg wäre. Ich finde, wir sollten keine Umwege gehen, sondern wir sollten die direkte Strecke nehmen, und das ist das, was ich gerade hier vorgetragen habe. – Vielen Dank. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Ingrid, für Deine Ausführungen. – Es folgt jetzt Kollege Tobias Drommler von der GEW, Delegiertenummer 85.

Tobias Drommler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich spreche für den Abänderungsantrag 7 zu dem Antrag K 001. Ich spreche gegen die Ablehnung, die von der Antragsberatungskommission empfohlen wird. Das hat folgende Gründe.

Einmal wurde gesagt, BAföG für alle ist eine grundlegende Forderung von uns; wir wollen ein elternunabhängiges Einkommen für alle. Und das wird dann immer wieder darauf reduziert: Da sind ein paar Reiche, die werden dann mit unterstützt. Die arme Krankenschwester muss das BAföG des Reichen finanzieren. Tut mir Leid, das stimmt natürlich, aber wenn ich mir die Tatsachen und die Zahlen ansehe, die aus der DSW-Studie kommen, also aus der Studie des Deutschen Studentenwerks, dann steht darin: 70 Prozent der Studierenden müssen arbeiten. Sie müssen arbeiten, um sich den Lebensunterhalt zu finanzieren. Sie müssen arbeiten, um sich überhaupt das Studium finanzieren zu können. Und maximal 24 Prozent

bekommen zurzeit BAföG. Und da rede ich nicht über den Höchstbeitrag, ich rede da nicht über die 585 Euro, ich rede da in Teilen über 50 Euro, die sie als Zuschuss bekommen. Sie sind verpflichtet, nebenher noch zu arbeiten. Das bedeutet im Endeffekt Verlängerung von Studienzeiten. Das sollte man sich überlegen, wenn die Politik immer wieder fordert, wir müssen schneller studieren. Das schaffen wir nicht damit, dass nur 24 Prozent BAföG haben. Es wäre grundlegend, ein elternunabhängiges Einkommen für alle zu haben.

Der zweite Punkt dazu: Es gibt hoch verschuldete Haushalte in diesem Land. Auch das wird immer wieder berichtet, auch in den Nachrichten. Viele Eltern haben Eigentum, haben sich irgendwann mal ein Haus gekauft, haben irgendwo ein Grundstück. Das wird angerechnet, das ist Vermögen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Die Kinder werden dafür bestraft, dass die Eltern einen Kredit aufnehmen mussten. Es wird verhindert, dass solche Kinder studieren können. Warum wollen wir die Kinder bestrafen dafür, dass die Eltern kein Geld haben beziehungsweise dass die Eltern Grundeigentum haben und sich dieses Grundeigentum durchaus angeschafft haben, um später eine finanzielle Sicherheit auch für ihre Kinder zu haben? Das ist doch durchaus legitim.

Ein weiterer Punkt, den man gern vergisst: Es gibt auch Eltern, die Druck ausüben auf ihre Kinder, wenn es heißt, ich möchte das und das Studium machen, und die Eltern das nicht mögen. Das kommt vor, ich habe selbst damit zu tun gehabt in meinem Allgemeinen Studierendenausschuss, wo ich gearbeitet habe. Diese Kinder bekommen keine finanzielle Unterstützung. Die Folge ist: Sie werden arbeiten müssen, wenn sie ihr Studium finanzieren wollen.

Es gibt auch Familien – auch das ist Fakt –, wo die Kinder mit den Eltern stark zerstritten sind. Die einzige Möglichkeit ist dann, sich das Geld von den Eltern zu erklagen. Was ist das denn bitte schön für eine Familienpolitik, wenn das Kind gegen die Eltern klagen muss! Das darf doch wohl nicht in unserem Sinne sein. Das darf keine gewerkschaftliche Position sein.

So viel zum BAföG.

Ich komme zu den Studiengebühren. Wir würden gern einfügen: „Studiengebühren jeglicher Art“. Die Antragsberatungskommission hat gesagt, dass die Formulierung „Studiengebühren“ ohne den Zusatz „jeglicher Art“ weitestgehend sei. Dazu sagte die Antragsberatungskommission auch, dass der Begriff Studiengebühren über den Passus „Einbringung von eigenen finanziellen Mitteln“ erklärt wird. Das sehe ich sehe ich auch so. Studiengebühren sind, wenn ich dazu noch extra zahlen muss.

Meine Damen und Herren! Auch Studienkonten sind Studiengebühren. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen. Dort wurde immer wieder erklärt, auch von unserer Landesregierung, als die Studienkonten eingeführt wurden, Studienkonten verhindern Studiengebühren. Es wird immer wieder gesagt, Studienkonten sind keine Studiengebühren. Bei uns zahlt man 650 Euro pro Semester, wenn man über die Regelstudienzeit plus vier oder fünf Semester kommt. In Düsseldorf, an der Uni, von der ich komme, haben innerhalb eines Semesters 6.000 Studierende abbrechen müssen. Wir sind von 24.000 auf 18.000 gefallen. Mir kann niemand erzählen, dass der Großteil dieser Leute plötzlich mit dem Abschluss fertig geworden ist oder angeblich Scheinstudierende sind.

Tut mir Leid, das stimmt nicht. Auch hier verweise ich gerne auf die Sozialberatungen in den Allgemeinen Studierenden-Ausschüssen, die tagtäglich mit Menschen und Studierenden zu tun haben, die vor dem finanziellen Ruin stehen. Die müssen abbrechen; sie haben keine Ausbildung. Was passiert mit denen? Darüber wird leider viel zu selten nachgedacht.

Ich erinnere bitte auch an den Montag. Am Montag hat Ingrid Sehrbrock gesagt,

wir müssten über Studienkonten nachdenken. Das sind Studiengebühren. Wir verhindern im Grunde mit den Studiengebühren den freien Zugang zur Bildung. Studienkonten führen zu einer sozialen Selektion. Dagegen muss sich auch der Deutsche Gewerkschaftsbund ganz klar stellen. (Beifall)

Ich komme zu dem Abschnitt, den wir streichen lassen wollen. Der heißt: Halten die Länder an Studiengebühren fest, fordert der DGB keine Studiengebühren für BAföG-Empfänger/-innen.

Das ist eine Position, zu der wir in Nordrhein-Westfalen Kämpfe haben. Diese Position ist zwar in Verhandlungen nachvollziehbar. Aber das ist ein bildungspolitischer Leitantrag, über den wir hier reden. Und ein bildungspolitischer Leitantrag muss ganz klipp und klar eine Linie verfolgen. Diese eine Linie ist die Ablehnung von Studiengebühren. Dieser Satz relativiert die Ablehnung. Das Signal müsste eigentlich sein: Wir als Gewerkschaften, als DGB, lehnen die Studiengebühren vollständig ab. (Beifall)

Das Signal, das durch diesen Satz nach außen gesandt wird, besagt: Der DGB ist zwar erstmal gegen Studiengebühren, aber wenn sie denn die politischen Mehrheiten in den Bundesländern finden, sind wir natürlich durchaus bereit, uns sofort mit den Ländern an einen Tisch zu setzen und keinen Kampf mehr dagegen zu führen. Das ist das falsche Signal. Wir haben jetzt Kämpfe in Nordrhein-Westfalen, wir haben Kämpfe in Thüringen, wir haben Kämpfe in Hessen, wir haben Kämpfe in Niedersachsen; dort gehen die Studierenden auf die Straßen, sie besetzen Rektorate. Es kann doch nicht sein, dass ihnen die Gewerkschaften in den Rücken fallen. Wo ist denn dann bitte schön die Solidarität? (Beifall)

Dieser Absatz wird von den Studierenden genau betrachtet. Es kann doch nicht sein, dass wir in Teilen mit denen auf den Straßen stehen und sagen, wir seien gegen Studiengebühren, der Leitantrag dann aber eindeutig sagt: Aber wenn, dann sitzen wir mit am Tisch.

Ich finde es wichtig, dass wir auch darauf achten, dass es in bestimmten Ländern noch besondere soziale Härten gibt. Es ist eine Schweinerei, was mit BAföG-Empfängern gemacht wird. Es ist auch eine Schweinerei, wenn Leute, die an den Hochschulen viel Arbeit aufwenden, um die Studierenden politisch zu vertreten, sie kulturell zu vertreten, noch stärker bestraft werden.

Aber, meine Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! (Heiterkeit) Ich wiederhole es zum letzten Mal: Das ist ein bildungspolitischer Leitantrag. In dem wird ganz klar erklärt, was wir wollen. Das, was wir wollen, sind keine Studiengebühren, keine Studienkonten, keine Bildungsgutscheine. (Beifall)

Wir lehnen das ab. Ich bitte Euch eindringlich: Stimmt gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission und stimmt für unseren Abänderungsantrag. – Danke schön. (Lebhafter Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Tobias, danke für Dein leidenschaftliches Engagement. (Anhaltender Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen nun noch sechs Wortmeldungen vor. Seid Ihr damit einverstanden, wenn ich damit die Rednerliste zu dem Punkt schließe? (Zurufe: Nein!) – Dann lasse ich darüber abstimmen; denn es gibt Proteste. – Bitte? – Die können wir noch mit rein nehmen; das ist kein Thema (Zuruf: Es kommen nur noch drei!) – Ich habe jetzt nur noch drei Wortmeldungen? Ist die Bereitschaft damit größer geworden, die Rednerliste zu schließen? (Zurufe: Nein!)

Dann frage ich nach. Wer dem Vorschlag folgen möchte, die Rednerliste zu schließen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich glaube, das Erste war eindeutig die Mehrheit. Die Rednerliste ist zu dem Punkt geschlossen.

Als Nächster spricht zu uns Ulrich Thöne von der GEW mit der Delegiertennummer 71.

Ulrich Thöne

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestattet mir zu Beginn noch ein Wort zu dem gerade Gehörten, zu dem Thema „Studienkonten“.

Ich war am 14. Mai nach der Aktion des DGB, die wir hier gemacht haben, Teilnehmer – als Gewerkschaftsvertreter war ich eingeladen worden – am SPD-Parteitag. Die klarste Aussage hat dort Kurt Beck gemacht, wofür er auch den größten Beifall erhalten hat. Er hat die eindeutige Aussage getroffen – ich weiß ja nicht, wie er es versteht; aber ich habe das eindeutig so verstanden, wie er es gesagt hat –, dass die SPD gegen jede Form von Studiengebühren sei. (Beifall)

Daran kann ich mich gut erinnern. Ich denke, wir täten auch gut daran, ihr zumindest in dem Punkt zu folgen. (Beifall)

Gemeldet habe ich mich aber deshalb, weil ich meine, dass wir vor dem Integrationsgipfel über den Zusammenhang von Bildung und Migration noch ein Stück weit nachdenken müssen. Ich habe das nicht in der Aussprache über die Grundsatzrede gemacht, weil ich das an dieser Stelle noch einmal unterstreichen will; denn das ist ein bisschen zu kurz gekommen.

Ich möchte noch einmal das unterstreichen, was der Frank hier zum Thema Gesundheit eingebracht hat. Wir hatten uns eigentlich darüber vereinbart, dass das ein Schwerpunkt sein muss. Wenn man an die kommenden Aktionen denkt und an das, was jetzt in der Gesundheitspolitik an Entscheidungen ansteht, dann wird klar, dass jetzt Weichen gestellt werden. Wir werden aufpassen müssen – wir hatten das unter uns immer auch so aufgeteilt –, dass wir die Gesundheit in der Tat immer auch prominent hervorheben. Ich möchte nicht mit einem weiteren, wenn auch wichtigen Punkt dazwischen fahren. An dieser Stelle, an der die Bildung aufgerufen worden ist, möchte ich nun aber auch die Bildung in den Mittelpunkt stellen, und zwar im Zusammenhang mit der Frage von Migration.

Keine zwei oder drei Kilometer von hier liegt die Rütli-Schule, bekannt geworden in Deutschland als ein Ausgangspunkt für Ereignisse, die die Berliner Hauptschulen, aber nicht nur diese betreffen, an denen eine Reihe von Problemen sichtbar werden, die entstehen, wenn man Jugendlichen auf Dauer keine Chance gibt. Ich denke, dass es notwendig war – wir haben dazu ja auch einen Antrag vorgelegt –, zu präzisieren und zuzuspitzen, um diesen Problemen ein wenig näher zu kommen.

Michael Sommer hat in seiner Grundsatzrede heute Morgen noch einmal eines deutlich gemacht. Dafür bin ich ihm auch sehr dankbar. Er hat gesagt, dass es im Augenblick ganz besonders darum geht, dass wir den gesellschaftlichen Trend, also das, was als Mainstream Land auf, Land ab verkündet wird, kippen. Wir können das kippen, wir müssen das kippen. Unsere Losung gibt uns auch auf, dieses zu tun. Das bestimmt im Augenblick auch in der Bildungspolitik unsere Aufgabe.

Entgegen den Bemerkungen, die von verantwortlicher Seite gekommen sind, die wir auch heute hier noch einmal gehört haben und die ich nur als Märchen bezeichnen kann, sage ich: Es ist keineswegs so, dass diese Regierung trotz aller Beteuerungen Sorge dafür trägt, dass niemand von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geschickt wird. (Beifall)

Die Praxis beweist seit Jahren das Gegenteil. Ich will nur einige Zahlen nennen. Wir haben mehr als 200.000 arbeitslose Jugendliche ohne Ausbildung, die keine Chance haben. In Berlin haben wir knapp 20 Prozent Jugendarbeitslosigkeit. Das steigert sich dann – vielleicht weiß es der oder die eine oder andere – bis nahezu

40 Prozent, die wir in Bremerhaven haben. 40 Prozent der Jugendlichen sind dort ohne jede Chance. Da sollen wir noch irgendwie ruhig sein?

Ich verstehe auch die Debatte über die Frage des Grundrechts nicht. In der Tat haben wir allen Grund, nach draußen zu gehen. Die Jugendlichen müssen mit ihrer eigenen Hände Arbeit eine Perspektive kriegen, einen anerkannten Platz in dieser Gesellschaft zu haben. Das muss für uns zum Mittelpunkt der Diskussion werden. (Starker Beifall)

Was mich persönlich sehr geärgert hat, war der Hinweis darauf, dass die Statistik doch bereinigt worden sei und die Probleme jetzt deutlicher erkannt werden könnten. Wer selber Kinder hat, die in dem entsprechenden Alter sind, und wer mitbekommen hat, worum es da geht, der weiß, welche Probleme da aufgebaut worden sind. Wenn sich ein Kind zum 1. August nicht in der Berufsschule anmeldet, um in eine der Warteschleifen zu kommen, dann wird den Eltern das Kindergeld gestrichen, bevor sie sich arbeitslos melden können. Da kann man sich leicht überlegen, wie viele auf diese Art und Weise gezwungen sind, in irgendwelche Warteschleifen zu gehen, die sie dann aus der Arbeitslosigkeit nach einer möglichst weiteren Förderung herausnimmt. Das ist an der Stelle eine perfide Sache. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen uns nicht irremachen lassen. Die Bildung wird in Deutschland seit Jahren in Sonntagsreden schöngeredet. Auch heute habe ich wieder mit großer innerer Zustimmung gehört: Bildung ist unsere Chance. Wir müssen in die Köpfe und in die Herzen der Jugend investieren. – Na, bravo, sage ich, prima; müssen wir, stimmt.

Wenn man aber die neueste Veröffentlichung des Statistischen Bundesamts zu Rate zieht, fragt man sich: Wie kann jemand, der für eine solche Politik verantwortlich ist, so schlecht beraten werden, dass er das nicht mitkriegt? In der Statistik steht: Der Bildungsetat ist in der Zeit vom Jahr 2002 bis zum Jahr 2004 – aktueller ist die Statistik nicht; es ist der aktuellste Bericht – real um 5,2 Milliarden Euro gesunken. Bildungsoffensive nach Pisa! Wir tun jetzt alles. Genauso sieht es aus.

Und das Schärfste ist: Dort, wo es am meisten notwendig ist, im Bereich der Qualifizierung für Jugendliche zur Berufsausbildung, hat die Bundesagentur für Arbeit im gleichen Zeitraum 1,2 Milliarden Euro eingespart. Das ist eine Zurückführung von nahezu 70 Prozent.

Jetzt kommt es für mich noch dicker. Diese Tendenz haben wir dem Vorgänger des heutigen Arbeitsministers zu verdanken. Ich sehe gerade Frank vor mir; ich weiß es noch gut vom letzten Jahr: Du warst mit dabei. (Zuruf) Nein, der Vorgänger warst Du nicht; das stimmt. Wir waren zusammen bei dem Vorgänger des jetzigen Arbeitsministers und haben ihm vorgetragen, dass dringend etwas gemacht werden muss. Er hat uns zugesichert, auf der Ebene der Weiterbildung zu neuen Initiativen zu kommen. Stattdessen haben wir weitere Kürzungen und Verschlechterungen. Wir können es uns in der Diskussion eigentlich, wenn wir gesellschaftliche Trends umkippen wollen, nicht mehr gefallen lassen, dass wir auf der einen Seite politisch etwas diskutieren und auf der anderen Seite immer wieder auf Null gestellt werden. Das ist wie bei "Mensch ärgere dich nicht", wo Du gleich auf der nächsten Stelle rausgeschmissen wirst. Ewig dieses Spiel anzufangen, dazu habe ich keine Lust.

Wir müssen uns die internationalen Fakten angucken. Wenn Deutschland auch nur so viel wie die USA öffentlich für die Bildung ausgeben würde - wirklich kein für uns als Leitbild dastehender Sozialstaat -, müsste Deutschland circa 20 Milliarden Euro jährlich mehr ausgeben. Ich sage das nur, um den Hintergrund einmal zu erklären. Und um international bei den Spitzenländern zu sein – es wird ja viel posaunt –, sind 35 Milliarden Euro notwendig, damit wir überhaupt an die vielgerühmten skandinavischen Größenordnungen kommen. 35 Milliarden Euro jährlich mehr für

Bildung: Das ist ein ganzer Batzen Geld. Das reicht von der gebührenfreien Kita bis hin zur vernünftigen Berufsausbildung für jeden. Dafür ist natürlich eine Menge zu machen. (Beifall)

In dem Sinne hat Franz Müntefering Recht, wenn er sagt: Es geht darum, Ziele zu klären und dann das Machbare anzugehen. – Soweit, so gut. Bloß: Ich habe manchmal den Eindruck, dass er die Reihenfolge verwechselt. (Beifall)

Investieren in Köpfe: Na bitte. Das heißt, heute entsprechend dafür zu sorgen. Dementsprechend sollten wir auf die Anträge eingehen. Das heißt, dafür zu sorgen, dass jeder und jede Jugendliche eine vernünftige Ausbildung erhalten kann, die ihn befähigt, in dieser Gesellschaft beruflich Fuß zu fassen. Das heißt für mich auch: Wenn der Staat nicht genug Geld hat, muss die Umlagefinanzierung her. Sie muss deutlich machen, dass sie das bezahlen kann. (Beifall)

Wir haben versucht, in dem Antrag das Problem zu beschreiben. Wenn das nicht der Fall ist, wenn man so mit Jugendarbeitslosigkeit geprügelt wird, kommt das bei den Jugendlichen mittlerweile so an. Wir sind in der Schule; ich kann Euch das nur weitersagen. Das kommt in den Medien so nicht rüber. Die Jugendlichen sagen jetzt, nachdem sie nach Jahren das erlebt haben, von sich aus: Und Ihr wollt, dass ich mich noch anstrengende? Wofür eigentlich? Ich mache mich doch nicht zum Kasper. Wenn Ihr mich nicht wollt, dann will ich Euch auch nicht. – Das ist zwar keine besonders schlaue, aber eine völlig normale Reaktion für jeden pubertierenden Jugendlichen. (Beifall) Damit werden ganze Jahrgänge ins Abseits gestellt.

Ich meine – und das ist der eigentliche Skandal in dieser Gesellschaft –, hier wird etwas unter den Teppich gekehrt, was uns in der Zukunft bittere Kosten schafft. Ich höre all die Warnungen. Aufgrund des demographischen Problems darf mit den späteren Generationen nicht dies und das passieren. Aber über dieses Problem wird nicht geredet. Es ist eine totale Belastung, wenn 20 bis 30 Prozent eines Altersjahrgangs auf Dauer keine Chance haben, in dieser Gesellschaft Fuß zu fassen. (Beifall)

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kollege, Deine Ampel steht auf Rot.

Ulrich Thöne

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte ich Euch noch einmal, unsere Forderung anzugucken, die wir im I 011 aufgeschrieben haben. Es ist einfach notwendig. Wir brauchen eine gute Schule für alle Kinder – Schluss mit der Selektion – und eine entsprechende Förderung. – Danke schön. (Beifall)

Wolfgang Rhode, Sprecher der Antragsberatungskommission

Danke für Deinen Beitrag. – Jetzt spricht Jochen Nagel, GEW, Delegiertennummer 77, zu uns.

Jochen Nagel

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich spreche inhaltlich zu der Thematik Grundrecht auf Ausbildung und beziehe mich dabei auf den Antrag K 013 des Landesbezirks Hessen-Thüringen, der einstimmig verabschiedet wurde, und auf den Änderungsantrag 009, der versucht, falls man über 013 nun wirklich nicht extra abstimmen zu wollen meint, das wenigstens in dem Leitantrag richtig zu formulieren.

Lieber Michael Sommer, ich stimme Dir völlig zu, wenn Du, bezogen auf die Rede von Frau Merkel, gesagt hast: Es ist schon ein Ding, das Scheitern des Ausbil-

dungspakts zu beklagen und gleichzeitig gesetzliche Maßnahmen auszuschließen.
– Ja, das ist sogar mehr als ein Ding!

Inzwischen sind in unserem Land über eine Million Jugendliche unter 25 Jahre ohne berufliche Ausbildung. Über eine Million Jugendliche unter 25 Jahre ohne berufliche Ausbildung! Ich finde, tagtäglich wird die Würde dieser jungen Menschen mit Füßen getreten, weil sie entweder keine entsprechende Arbeit haben oder keine qualifizierte Arbeit bekommen. (Beifall) Jede und jeder Einzelne von diesen ist ein Mensch zu viel. Wir müssen uns in Anbetracht der Reden, die wir gestern und heute hier gehört haben, schon mehr Gedanken darüber machen als das, was Ingrid Sehrbrock aus meiner Sicht – entschuldige! – als „Augen zu und weiter so“ dargestellt hat. (Beifall) Denn Kanzlerin Merkel hat ja nicht nur das Scheitern des Ausbildungspaktes moralisch beklagt; sie hat aus ihrer Sicht auch sehr deutlich den Grund dafür genannt. Sie hat gesagt, Ausbildung lohnt sich nicht für die Unternehmen. Und ganz in der Folge ihrer Regierungserklärung, in der sozusagen die Freiheitsrechte vor allem stehen – und damit auch die Freiheit der Unternehmer –, nichts zu tun und die soziale Verantwortung einfach abzuwälzen, müssen dann soziale Rechte eben dort nicht beachtet werden.

Bei Franz Münteferings Ausführungen heute Morgen dachte ich, er meine das offenkundig noch zu toppen, wenn er uns am Ende ganz klar die Botschaft in unsere Versammlung bringt, die Ausbildungsumlage wird es nicht geben. Das war die Aussage von Franz Müntefering heute Morgen – so nach dem Motto: Besinnt Euch eines Besseren; das nicht. – Und was hat er als Nächstes gesagt? Wir machen weiter wie in den letzten dreißig Jahren. Wir appellieren an die Unternehmer und appellieren an die Unternehmer, und es bleibt der Skandal, wie er ist: Jugendliche stehen auf der Straße und werden nicht ausgebildet.

Ich denke, das ist der Punkt, an dem auch wir klar fragen müssen: Müssen wir nicht ganz anders an diese Sache herangehen? (Beifall) Ich habe überhaupt nichts, Ingrid Sehrbrock, gegen die Instrumente, die Du genannt hast. Aber es geht ja nicht darum, Instrumente nebeneinanderzustellen. Wenn wir hier rausgehen und ich zu Jugendlichen in der 10. Klasse gehe und sagte, ja, der DGB will das weiter mit den Tarifverhandlungen bekämpfen, will das mit der Umlagefinanzierung genauer vorrechnen, glaubst Du denn, die glauben uns das nach all der Zeit noch? Darauf bekomme ich doch nur ein Kopfschütteln.

Das, was die LSV hier geschrieben hat, ist doch ein Zeichen dafür. Sie wollen einen neuen Impuls, und diesen Impuls sollten wir hier geben. (Leichter Beifall)

Vor einiger Zeit hingen überall großwandige Plakate, interessanterweise von der „Aktion Mensch“. Auf diesen Plakaten stand „In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?“ Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Frage sollten wir aufgreifen und ständig thematisieren. Wir sollten fragen: In was für einer Gesellschaft wollen wir leben? In diesem Zusammenhang müssen wir auch von unserer Seite aus die sozialen Grundrechte wesentlich stärker thematisieren, vor allem in der Phase, in der Frau Merkel mit ihrer Regierungserklärung die freiheitlichen Grundrechte betont und in den Vordergrund stellt.

Es geht mit der Kampagne für ein Grundrecht auf Bildung nicht nur um das Recht. Das ist ein moralischer Begriff. Dieses Recht muss auch materialisiert werden. (Leichter Beifall) Es geht mit der Kampagne für ein Grundrecht auf Bildung auch darum, alle Aktivitäten zu bündeln. Es geht darüber hinaus sehr wohl auch darum, die duale Berufsausbildung weiter zu sichern und den Druck auf die Politik zu erhöhen. Ich bin mir sicher, dass die Menschen in dieser Gesellschaft darüber diskutieren wollen, aber die Umlagedebatte ist nun einmal – das müssen wir inzwischen anerkennen – für viele viel zu kompliziert. Deshalb stehen viele oft vor einem solchen an sich guten Thema und wissen die daraus entstehenden Fragen nicht zu

beantworten. Deshalb bitte ich Euch ganz dringend, unseren Anträgen zu einem Grundrecht auf berufliche Ausbildung zuzustimmen. – Ich danke Euch für die Geduld. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Es spricht nun uns Michael Faißt, IG Metall, Teilnehmernummer 23.

Michael Faißt

Liebe Freunde der Jugend! Ich stelle fest, wenn ich den Redebeiträgen folge: Ihr wollt alle nur das Beste für uns. Dann könnt Ihr heute auch als Kongress ein Zeichen setzen. Ihr könnt das Zeichen setzen: Wir als DGB nehmen unsere Jugendorganisation, unsere DGB-Jugend ernst.

Ich möchte ein paar Worte zum Antrag K 015 und zum Antrag K 008 sagen. Der Antrag K 015 wurde auf der DGB-Bundesjugendkonferenz nach einer langen Diskussion zu den Inhalten, die schon im Vorfeld der Konferenz geführt wurde, beschlossen. Die Jugendorganisationen aller Einzelgewerkschaften haben kräftig darüber diskutiert, und wir haben eine gemeinsame Position gefunden. Eines ist ganz klar: Wir als Jugendliche sind an dem Thema berufliche Bildung sehr nah dran. Wir sprechen regelmäßig mit Auszubildenden und mit jungen Menschen, die Ausbildungsplätze suchen. Wir haben also unser Ohr an den Leuten, und wir wissen, welche Probleme die Leute umtreiben und welche Anforderungen sie an die Gewerkschaften stellen.

Da ärgert es mich schon ein Stück, wenn es einen Antrag des Bundesjugendausschusses gibt, der sehr viel weitergehend ist als der Antrag des Bundesvorstandes. (Leichter Beifall) Bei zwei Themengebieten ist das explizit so. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu diesem Antrag lautet „Erledigt bei Annahme von Antrag K 008“, obwohl wesentliche Teile unseres Antrags im Antrag K 008 fehlen.

Der Kollege Schwede hat vorhin schon einiges zur Berufsschulqualität gesagt. Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt eingehen. Wir haben heute und auch in den vergangenen Tagen mehrfach darüber diskutiert, dass wir uns als Gewerkschaften stärker auch um europäische Akzente kümmern müssen. Im Antrag des Bundesjugendausschusses wird explizit der europäische Akzent der Berufsbildung angesprochen, und es werden Positionen zum Thema europäische Berufsausbildung beschrieben, die sich im Antrag K 008 nicht wiederfinden. Allein schon aus diesem Grund kann unser Antrag K 015 nicht erledigt sein. (Leichter Beifall)

Wir haben uns in diesem Antrag auch ganz klar zum Thema vollzeitschulische Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung positioniert. Wir sind dagegen. Das bedeutet aber nicht, dass wir im Wolkenkuckucksheim leben und uns die Realität nicht interessiert. Wir kennen die Realität sehr wohl, aber wir sagen: Es kann keine Dauereinrichtung sein. Die Dauereinrichtung muss die duale Ausbildung sein, weil das die beste Ausbildungsform für junge Menschen ist. (Leichter Beifall)

Aber wenn wir schon von vollzeitschulischen Ausbildungsgängen sprechen, müssen wir auch über Qualitätsaspekte reden, und wir müssen festlegen, in welchen Bereichen es eine solche vollzeitschulische Ausbildung geben kann. Auch diese Bereiche haben wir in unserem Antrag angesprochen und niedergeschrieben.

Ich bitte die Antragsberatungskommission, ihre Empfehlung noch einmal zu überdenken. Bitte empfiehlt für den Antrag K 015 Annahme und für den Antrag K 008 Annahme als Material zu Antrag K 015. (Leichter Beifall) Das wäre auch ein Signal dieses Kongresses: Wir nehmen unsere Jugendorganisation ernst. Wir billigen unserer Jugendorganisation zu, dass sie in ihrem Kerngebiet der beruflichen Bil-

derung eine hohe Kompetenz hat und gute Anträge schreibt, die wir als Bundeskongress auch beschließen. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Michael, danke schön. – Es spricht jetzt zu uns der Kollege Jens Baumgärtel, ver.di, Delegiertenummer 311.

Jens Baumgärtel

Mein Name ist Jens Baumgärtel, ver.di-Jugend. Kolleginnen und Kollegen! Die Gewerkschaften leben von den Kompetenzen ihrer Mitglieder. Wir leben davon, dass jeder von uns Erfahrungen in seinem Bereich hat und sie mit einbringt. Es wäre beispielsweise sehr frech, wenn wir als Jugend anfangen würden, im Bereich Senioren herumzupfuschen. Da fragen wir die Senioren. Im Bereich der Mitbestimmung vor Ort fragen wir unsere Betriebsräte. Und wenn dieser Bundeskongress über betriebliche Ausbildung redet, empfehle ich: Redet mit der Jugend! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier mehrfach gehört: Es darf nicht sein, dass Jugendliche von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit gehen. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag bieten wir ihnen an, von der Schulbank in die Ausbildung und danach in die Arbeitslosigkeit zu gehen. Es fehlt uns ein ganz wichtiger Punkt, der für uns immer mit zur Ausbildung gehört; denn Ausbildung ist immer dreiteilig. Aller guten Dinge sind nun einmal drei. Für uns gehören zum Bereich Ausbildung Ausbildungsplätze, eine qualifizierte Ausbildung und die Übernahme für mindestens ein Jahr, damit man eine Chance hat. (Beifall) Sonst werden unsere Jugendlichen nach der Schule eine Ausbildung machen – das sind die Bereiche des Sachgebiets K, Bildungspolitik –, und nach der Ausbildung landen sie dann im Sachgebiet F, Arbeitsmarktpolitik.

Ich bitte Euch: Nehmt Antrag K 015 an, und nehmt Antrag K 008 als Material zu unserem Antrag. Der Antrag ist gut und gut gemeint, aber er ist nicht ausreichend. Deswegen nehmt ihn bitte als Material zum Antrag K 015, der wirklich umfangreicher ist. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Jens, vielen Dank für Deinen Beitrag. – Es folgt die Kollegin Stephanie Odenwald, GEW, Delegiertenummer 74.

Stephanie Odenwald

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch noch einmal zum Grundrecht auf Ausbildung reden, und zwar zum Abänderungsantrag 9 sowie zum Antrag K 013 aus Thüringen-Hessen. Ich möchte weiter etwas sagen zum Abänderungsantrag 10, an dem die DGB-Jugend beteiligt ist. Gleichzeitig möchte ich noch etwas sagen zu dem, was Ingrid Sehrbrock hier gesagt hat.

Ich finde, unser Hauptziel muss ein eindeutiges Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung für Ausbildung für junge Leute sein. (Leichter Beifall) Die Ausbildungsumlage wäre ein Instrument dafür, aber uns geht es hauptsächlich darum, dass wir einen Gesellschaftsvertrag schließen, in dem gesagt wird: Wir garantieren unseren jungen Leuten eine Ausbildung. Das ist umso mehr notwendig, als es auch internationalen Konventionen entspricht. Das ist kein Widerspruch, sondern das bestätigt eher, dass wir das auch in unser Grundgesetz aufnehmen müssten.

Hier steht „die Würde des Menschen ist unser Maßstab“. Die Würde der jungen

Menschen wird mit Füßen getreten – das wurde schon von Ulrich Thöne gesagt –, wenn sie als ausbildungsunfähig abgestempelt werden. Ein ganz großer Teil der Jugendlichen, etwa die Hälfte, kommt nicht mehr in der dualen Ausbildung unter. Viele sind benachteiligt und nicht einfach zu dumm und zu blöd, um eine Ausbildung zu machen. Für die Arbeitgeber ist das ein Kampfbegriff. (Leichter Beifall)

Noch einmal zu Letzterem. Wir hatten bei uns im Vorstand eine Diskussion mit einem BDI-Vertreter. Der hat uns wörtlich gesagt, für die Arbeitgeber ist das ein Kampfbegriff „ausbildungsunfähige Jugendliche“. Das ist eine Schande. (Beifall)

Noch einmal: Eindeutiges Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung. Wir dürfen die Ausbildung nicht abhängig machen von Profitinteressen und auch nicht von der Konjunktur.

Dann mache ich noch auf eine Fehlentwicklung aufmerksam. Ich habe schon gesagt, nur noch die Hälfte der Jugendlichen kommt im dualen System unter. Die andere Hälfte landet zum großen Teil in Warteschleifen. Einerseits wird gesagt, wir haben zu wenig Kinder, andererseits schickt man junge Leute auf die Wartebank. Diese Warteschleifen kosten Milliarden Euro. Anstatt diese Warteschleifen sollte man lieber gleich eine gute, qualifizierte Ausbildung finanzieren. (Beifall)

Zu Michael Sommer. Das passiert nicht allein in Tarifverträgen. Gerade hier in Berlin haben wir Beispiele. Da gibt es mindestens ein Dutzend berufliche Schulen, wo über 2.000 junge Leute eine voll qualifizierende Ausbildung mit Kammerprüfung erhalten, bundesweit 40.000 nach dem neuesten Berufsbildungsbericht.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die Schulleiter, haben die Klinken geputzt, haben im Berufsbildungsausschuss diskutiert, sind zur Handwerkskammer, zur Handelskammer gelaufen, um das zu ermöglichen. Das muss man auch anerkennen. (Beifall)

Wir als GEW würden gerne den neuen Bundesvorstand des DGB einladen, sich diese berufliche Ausbildung an einigen Schulen hier in Berlin anzugucken. Das meine ich ganz ernst.

Zum Schluss appelliere ich an Euch, nehmt diesen Abänderungsantrag 9 an, stimmt für eine grundgesetzliche Regelung für das Recht auf Ausbildung. Ich finde auch sinnvoll, was die DGB-Jugend vertritt. Man sollte sehr wohl überlegen, ob man das gesamte Geld an kleinere und mittlere Unternehmen ausschüttet, die dann doch keine zusätzlichen Ausbildungsplätze bieten. Man sollte dieses Geld investieren in eine qualifizierte Ausbildung an anderen Lernorten.

Im Übrigen haben die Jusos vor ungefähr acht Wochen gefordert, 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze an beruflichen Schulen zu schaffen. Diese Forderung finde ich gut. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank für Deinen Beitrag. Es kommt jetzt Kollege Klaus Böhme, ver.di, Delegiertennummer 322.

Klaus Böhme

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich spreche zum Abänderungsantrag 7. Vorweg: Ich plädiere dafür, dem Votum der Antragsberatungskommission, diesen Abänderungsantrag abzulehnen, zu folgen.

Begründung: Erstens glaube ich nicht, dass es unsere Aufgabe als Gewerkschaften im DGB ist, dafür Sorge zu tragen, dass der Streit zwischen Tochter oder Sohn und Eltern über die Wahl des geeigneten Studienfachs möglichst geräuschlos und finanziell abgesichert über die Bühne geht.

Unsere Aufgabe ist es insbesondere, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder aus benachteiligten, aus bildungsfremden Schichten – dazu zählen insbesondere finanziell schwache Haushalte – den Zugang zum Hochschulstudium wagen, weil sie finanziell unterstützt und abgesichert werden. Dort ist die Quote derjenigen, die ein Studium aufnehmen, nach wie vor viel zu gering. Dies gilt es abzuändern. Aber das gelingt mit der Formulierung, wie sie im Leitantrag vorgesehen ist, hinreichend.

Zweitens stehen Studienkonten hier und heute nicht zur Debatte. Wir haben sie ohnehin derzeit nur in zwei Bundesländern, nämlich in Nordrhein-Westfalen und ausgerechnet in Rheinland-Pfalz. In Nordrhein-Westfalen sind sie ein Auslaufmodell. Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren wurde dort jüngst beschlossen. Kurt Beck, Rheinland-Pfalz, ist ja vorhin von dem Kollegen der GEW zitiert worden.

Sie stehen nicht zur Debatte. Das heißt, wir haben überhaupt keine Gelegenheit gehabt, uns mit dem Für und Wider von Studienkonten-Modellen hinreichend auseinander zu setzen. Der Zusatz „Ausschluss jeglicher Form von Studiengebühren“ ist durchaus auch interpretationsfähig. Das heißt, er könnte zu Irritationen führen, etwa dergestalt, ob auch der Weiterbildungsstudiengang darunter fällt. Und fallen da etwa auch Verwaltungsgebühren darunter, die durchaus an Hochschulen wie in der allgemeinen Verwaltung anfallen? (Widerspruch)

Wenn wir als DGB als Bildungsfaktor wahrgenommen und ernst genommen werden wollen, sollten wir Formulierungen vermeiden, die interpretationsbedürftig sind und zu Irritationen führen können. Von daher schließe ich mich auch dem Votum des Sprechers der Antragsberatungskommission an, dass die Formulierung, wie sie ursprünglich im Leitantrag enthalten ist, eine weitestgehende Formulierung ist und unserem Anliegen Rechnung trägt.

Drittens sind wir natürlich gegen Studiengebühren. Dennoch kann man in einem auch bildungspolitischen Leitantrag das eine tun, ohne das andere zu lassen. Wir haben Bundesländer, die bereits Studiengebühren beschlossen haben – Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen hat das Modell so gewählt, dass es Sache der einzelnen Hochschule ist, überhaupt zu entscheiden, ob sie von der Möglichkeit Gebrauch macht, Studiengebühren zu erheben, und das dann in einer entsprechenden hochschulinternen Satzung zu regeln. Dort können wiederum Ausnahmen formuliert und es kann festgeschrieben werden, wer unter welchen Umständen keine Studiengebühren bezahlen muss.

Ich halte es schon für sinnvoll, wenn wir in einem entsprechenden Leitantrag auch diesen Kolleginnen und Kollegen eine deutliche Hilfestellung an die Hand geben, für welchen Personenkreis erwarten wir als Gewerkschaften, erwartet der DGB einen Ausschluss von der Gebührenpflicht. Dies gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen in den Bundesländern, wo die Einführung von Studiengebühren vor der Tür steht.

All dies zusammenfassend bitte ich Euch herzlich, der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen. (Buh-Rufe – Vereinzelt Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Klaus, vielen Dank auch für Deinen Beitrag. Es spricht jetzt Claudia Wörmann-Adam, ver.di, Delegiertennummer 346.

Claudia Wörmann-Adam

Ich habe mich sehr spontan gemeldet, als ich den Beitrag von Kollegin Sehrbrock gehört habe, den ich einen sehr unpolitischen Ansatz zur Bildungspolitik finde. (Beifall)

Wenn Jugendliche aufgefordert werden zu warten, bis wir es als Tarifvertragspartner hinbekommen, Regelungen zu finden mit der Arbeitgeberseite, dass die bitte schön neue Ausbildungsplätze schaffen, dann frage ich mich, welche Diskussion wir in den letzten Jahren zum Beispiel zum Thema Mindestlohn geführt haben. Warum haben wir solche Kampagnen geführt, wenn wir genau wissen, dass wir nicht alle Arbeitgeber erreichen können? Auch wenn wir wissen, dass wir in einigen Branchen schlecht organisiert sind. Genau das Gleiche trifft hier zu. (Beifall)

Das eine schließt das andere nicht aus. Wenn wir mächtig genug sind, können wir solche Regelungen erreichen. Aber damit erreichen wir doch nicht die Dichte an Ausbildungsplätzen, die wir brauchen. Wir benötigen Ausbildungsplätze überall. Ich verstehe diesen Antrag auch als Beitrag zu einer politischen Diskussion, zu einer politischen Kampagne, zu der sich der DGB und die Einzelgewerkschaften positionieren sollen und müssen. Auch im Hinblick darauf, dass wir Jugendliche, dass wir Schüler und Studenten für uns gewinnen wollen. Wie glaubwürdig sind wir denn, wenn wir sie verträsten, wartet mal ein paar Jahre ab, ob es uns eventuell gelingt, mit einigen Arbeitgebern solche Ziele zu erreichen? Das ist ein sehr unglaubwürdiger Ansatz. (Beifall)

Ich sage zu den anderen Anträgen nur eines: Ich spreche mich auch massiv für die Annahme des Antrags K 015 aus, weil er der weitergehende Antrag ist. Genauso spreche ich mich, ganz allgemein zusammengefasst, für ein Recht auf kostenlose Bildung aus, von der Kinderkrippe über den Kindergarten, alle Schulen, bis zur Uni – ohne Wenn und Aber und für alle Beteiligten. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Als Nächster spricht zu uns Kollege Stefan Hilbig, ver.di, Delegiertennummer 361.

Stefan Hilbig

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will einen anderen Aspekt etwas mehr beleuchten.

Ingrid, Du sagtest vorhin, Juristen hätten gesagt, es wäre etwas schwierig, in einem Grundgesetz so etwas zu verankern. Das mag so sein. Aber wenn Ihr Eurem Anspruch „Trendwende“ gerecht werden wollt, wo ja formuliert ist „Was erwarten junge Menschen von Gewerkschaften“, dann sollte man versuchen, das ins Grundgesetz zu implementieren, und dann sollte man vor allem auch das Signal in die Republik aussenden: Jawohl, die Gewerkschaften tun auch was für junge Menschen, die noch nicht organisiert sind. So können wir auch Mitglieder werben. (Beifall)

Liebe Antragsberatungskommission, ich bitte Euch, den Antrag K 015 zur Annahme zu empfehlen und, wie mehrfach gefordert, zum Antrag K 008 zu empfehlen, ihn in der Fassung des Änderungsantrags 10 als Material zum Antrag K 015 anzunehmen. Sollte die Antragsberatungskommission diesem Wunsch nicht folgen, weise ich Euch darauf hin: Dann müssen wir den kompletten Block erst einmal ablehnen. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Stefan, warte erst einmal ab, bis wir in die Diskussion kommen. Erst einmal ist jetzt der Stefan Körzell, IG Metall, Teilnehmernummer 94, an der Reihe. (Zuruf) - Was heißt hier DGB? Er hat sich als IG Metall angemeldet. Stefan, Du hast das Wort.

Stefan Körzell

Man verleugnet ja nicht, von welcher Gewerkschaft man kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber ich bin Bundesausschussmitglied.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier für den Antrag K 013 sprechen und möchte Euch bitten, der Empfehlung der Antragsberatungskommission in dieser Frage nicht zu folgen. (Beifall) Das liegt nicht daran, dass dieser Antrag - Rainer Kumlehn, Du hast Recht - nicht ganz einstimmig auf unserer Bezirkskonferenz verabschiedet worden ist und weil er aus Hessen und Thüringen kommt, sondern, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag senden wir ein ganz deutliches Signal nach außen, dass sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und mit ihm seine Mitgliedsgewerkschaften Gedanken über die Jugend in diesem Land machen. Das sollten wir von diesem Kongress aus auch nach außen senden. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist auch klar, dass das, wenn es dann im Grundgesetz stehen sollte, nicht über Nacht das Problem löst. Aber eines sage ich auch: Wenn wir es hier verabschieden, dafür werben und dafür kämpfen und die Politik es dann ablehnt, es ins Grundgesetz aufzunehmen, dann ist der Ball wieder bei ihr im Feld und nicht bei uns, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich habe mir lange überlegt, ob ich hier in die Bütt gehe, liebe Kolleginnen und Kollegen, das könnt Ihr mir glauben. Aber mir geht es auch so, wie es schon einige gesagt haben. Nach den Ansagen der Bundeskanzlerin und nach den Ansagen des Vizekanzlers denke ich, ist es wichtig, dass von hier ein solches Signal kommt.

Es wird ja immer gesagt - auch hier -, wir sollten in andere Länder gucken. Da werden uns besonders die skandinavischen Länder vorgeführt. Okay, dann lasst uns doch in der Frage der Ausbildung mal nach Dänemark gucken, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dort gibt es eine Umlage, dort funktioniert das, und dann sollten wir uns das als Beispiel nehmen und dafür hier auch werben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zum Motto des Kongresses sage ich Euch ein Beispiel. Wir haben in Hessen mit der hessischen Landesregierung und mit den Arbeitgebern ganz explizit versucht, wegzukommen von dem Begriff „Ausbildungsplatzumlage“. Es ist hier ja schon gesagt worden, dass der angeblich verbraucht ist. Wir haben den Vorschlag „Ausbildungsfonds“ gemacht, auch ein Stück weit orientiert an dem, was in den Tarifverträgen der IG BCE nicht nur in der chemischen Industrie, sondern auch in der Kautschukindustrie für Hessen und für Rheinland-Pfalz verankert ist. Dazu gab es Spitzengespräche beim Hessischen Ministerpräsidenten. Da kam unter anderem die Frage - wir unterhalten uns ja nur noch über Kosten -, ob die Gewerkschaften bereit wären, mitzutragen, dass die Ausbildungsvergütung um 20 Prozent abgesenkt wird. Daraufhin habe ich den Spitzenvertreter der hessischen Unternehmerverbände gefragt, welche Zusage er denn in dieser Runde machen würde, wenn wir tatsächlich sagen würden, wir senken die Ausbildungsvergütung um 20 Prozent ab. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was der dann gesagt hat, muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er hat zum Ministerpräsidenten gesagt: „Herr Ministerpräsident, da kann ich keine Zusage machen.“ Das ist wie beim Media-Markt. Wenn der den Preis für seine Videorecorder um 20 Prozent reduziert, heißt das noch lange nicht, dass die Kundinnen und Kunden ihn kaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die Denke der Arbeitgeber. Die müssen wir durchbrechen, und zwar auch mit einer solchen Initiative. (Beifall)

Was soll das denn? Vor zwei Jahren, als Wolfgang Clement zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und den Handwerkskammern die Kapitulationsurkunde eines Gesetzes unterschrieben hat, wurde größter Wert darauf gelegt, dass die Gewerkschaften nicht dabei sind. Und jetzt rennen sie bundesweit und in jedem Bundesland hinter uns her, dass wir diesen Zettel „Ausbil-

„Ausbildungspakt“ unterschreiben sollen. Den unterschreiben wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann ich Euch sagen. Wir beteiligen uns nicht an dieser Verarschung. (Beifall)

Noch etwas, auch zu unserem eigenen Anspruch, Kolleginnen und Kollegen: Der Ausbildungspakt war im letzten Jahr erfolgreich; so wird es nach außen kolportiert. Dann kommt aber heraus: Trotzdem ist die Zahl der Ausbildungsplätze um vier Prozent zurückgegangen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren ja auch die Trendwende. Stellt Euch mal vor, Michael Sommer hätte seine Jahrespressekonferenz im Januar gegeben und hätte gesagt: Wir haben vier Prozent Mitglieder verloren. Das ist ein absoluter Erfolg. Mit dem DGB geht es wieder bergauf. Uns hätten sie in Grund und Boden geschrieben, aber beim Ausbildungspakt sind das Erfolge. Das zeigt, wie verlogen die Debatte ist.

Deshalb lehnt die Empfehlung der Antragsberatungskommission ab und nehmt den Antrag K 013 so an. - Danke schön. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Auch Dir, Stefan, vielen Dank für Deinen Beitrag. Ich frage die Antragsberatungskommission, ob sie ihre Empfehlungen ändern möchte, und gebe dem Bernhard Witthaut noch einmal das Wort.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ihr habt ja gemerkt, dass wir uns in der Antragsberatungskommission die Diskussion nicht einfach gemacht haben. Wir haben auch lange gebraucht, bis wir die Empfehlung gefunden haben. Deswegen bleiben wir bei der Ablehnung des Änderungsantrags 7 und bei der Ablehnung des Änderungsantrags 9. Allerdings haben wir jetzt gerade beschlossen, dass wir bei den Anträgen K 008 und K 015 eine Änderung vornehmen. Wir empfehlen jetzt, den Antrag K 008 anzunehmen und den Antrag K 015 als Material zum Antrag K 008 anzunehmen, und zwar insbesondere, weil Teile aus dem europäischen Bereich im Widerspruch zu K 001 und K 008 stehen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. Ihr habt die Empfehlung gehört, Kolleginnen und Kollegen. (Unruhe) - Entschuldigung, warst Du noch nicht fertig?

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Doch.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Die Rednerliste ist geschlossen. Bitte ganz ruhig bleiben. Es ist zwar 20 Uhr, aber wir wollen ja wenigstens diesen Block geordnet zu Ende bringen. Dann entscheiden wir über unsere nähere Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt folgende Situation: Nach der Empfehlung bleiben abgelehnt der Änderungsantrag 7 und der Änderungsantrag 9. Über diese beiden und den Änderungsantrag 10 müssen wir einzeln abstimmen.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag 7 „Bildungspolitik 2006 bis 2010“. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Ablehnung. Wer der Empfehlung folgen will, bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - (Beifall) Das Letzte war die Mehrheit, Kolleginnen und Kollegen. Damit ist die Empfehlung abgelehnt.

Ich frage die Antragsberatungskommission, ob sie eine neue Empfehlung abgeben

will im Kontext dieses Gesamtkomplexes oder ob ich einzeln abstimmen lassen soll.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Nein, einzeln abstimmen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Okay. Dann kommen wir zu dem Änderungsantrag 7 in der Urfassung. Wer dafür ist, dass wir den in der vorgelegten Fassung annehmen, bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist der Änderungsantrag 7 angenommen. (Beifall)

Dann kommen wir zum Änderungsantrag 9 „Das Recht auf Bildung Wirklichkeit werden lassen“. Die Empfehlung lautet Ablehnung. Wer dem folgen will, bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Ich stelle fest, das war die Mehrheit, Kolleginnen und Kollegen. Die Empfehlung ist ebenfalls abgelehnt.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag 9 in der vorgelegten Fassung. Wer dem zustimmen will, bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit stelle ich fest, dass der Änderungsantrag 9 angenommen worden ist. (Beifall)

Wir kommen jetzt zu dem Abänderungsantrag 10 „Für eine bessere berufliche Ausbildung“. Dort ist die Empfehlung ebenso Ablehnung. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Danke schön. Auch das war eindeutig, Kolleginnen und Kollegen. Die Empfehlung ist damit abgelehnt.

Wer dem Antrag 10 in der Urfassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das war sehr eindeutig. Damit ist der Antrag 10 ebenfalls angenommen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen dann zu der gesamten restlichen Empfehlung. Wir haben ja gesehen: Die Antragsberatungskommission hat an einem Punkt noch einmal ihre Empfehlung geändert, von „erledigt“ bei K 015 zu „Annahme als Material“. Diese Empfehlungen stehen jetzt insgesamt zur Abstimmung.

Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. (Wortmeldung) – Man kann in einer Abstimmung keine Geschäftsordnungsanträge stellen, tut mir wirklich Leid. (Lebhafte Zurufe) – Kolleginnen und Kollegen, so können wir miteinander nicht umgehen. Wir sind mitten in einer Abstimmung, und wir haben die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Du kannst erst sprechen, wenn Du einen Antrag zur Geschäftsordnung gestellt und Dich hier angemeldet hast, damit wir wissen, mit wem wir sprechen. (Zurufe) – Ja, ich weiß. Auch ich darf schon mal ein bisschen formal sein. – Ach, Du bist die Gesche, alles klar! Die Teilnehmernummer sagst Du bitte selber, und dann begründe bitte Deinen Antrag zur Geschäftsordnung.

Gesche Blanken

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Name ist Gesche Blanken, ich komme von der ver.di-Jugend Hamburg. Meine Delegiertennummer ist 303.

Wir haben soeben den Abänderungsantrag 7 angenommen. Das heißt, wir haben den Satz abgelehnt: „Halten Länder an Studiengebühren fest, fordert der DGB: Keine Studiengebühren für BAföG-EmpfängerInnen.“ Dieser Satz ist jetzt gestrichen. Das heißt, wir können jetzt den Antrag 8, den ich geschrieben habe – deswegen kenne ich mich da jetzt auch aus –, nicht annehmen. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist aber Annahme. Wenn wir diese Empfehlung jetzt

annähmen, würden wir diesen Satz wieder hineinbringen. Was soll das? Dann brauchen wir den Antrag 7 vorher nicht erst anzunehmen. (Beifall) Deswegen muss die Antragsberatungskommission mindestens hier ihre Empfehlung verändern.

Der zweite Punkt ist: Ich würde dafür plädieren, weil die Diskussion jetzt einfach sehr ausgiebig, sehr lang war, über alle Anträge einzeln abzustimmen. Das ist, glaube ich, einfacher und führt zu weniger Verwirrung. – Vielen Dank. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke für Deinen Beitrag. – Kolleginnen und Kollegen! Ich muss da wirklich einmal eine persönliche Bemerkung machen. Wir sollten nicht, weil das Thema so wichtig ist, jetzt die Verfahrensweise ändern. Ich glaube, das bringt uns in große Schwierigkeiten. Aber wir brauchen über den Antrag nicht abzustimmen. Ich bitte einfach die Antragsberatungskommission, den Komplex, wie er jetzt steht, noch einmal zu erläutern. Ich habe den Überblick, ehrlich gesagt, nicht mehr. (Heiterkeit)

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir haben uns ja bei der Empfehlung zu dem Abänderungsantrag 7 – Ablehnung - und zu dem Abänderungsantrag 8 in der Ursprungsform auch gedacht, dass insbesondere diese Passagen aus dem Antrag 8 weitergehend sind als die in dem Antrag 7. Dadurch, dass das Votum des Kongresses ein anderes geworden ist, müssen wir jetzt natürlich in der Tat anders damit umgehen. (Beifall) Das heißt, wir müssen den Abänderungsantrag 8 ablehnen. Dieses empfehlen wir auch als ABK.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Gut, Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das klärt diesen Vorgang auf. Es tut mir wirklich Leid, aber man kann hier nicht die Listen abarbeiten und nebenbei noch Anträge lesen. Das tut mir wirklich Leid.

Wir sollten dann, weil das eine Ablehnungsempfehlung ist, jetzt über den Antrag 8 getrennt abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Besten Dank, das war einstimmig. – Pardon, eine Gegenstimme.

Dann, Kolleginnen und Kollegen, kommen wir jetzt aber wirklich zur Abstimmung über den gesamten Restblock und die Empfehlungen der Antragsberatungskommission. Gibt es dazu noch Geschäftsordnungsdiskussionsbedarf oder hat einer dagegen noch etwas zu beantragen? Ich meine, es soll ja jetzt nicht aus Zeitgründen zu Schwierigkeiten kommen. – Da gibt es noch einen Geschäftsordnungsantrag. – Die Kollegin Susanne Treptow, Delegiertennummer 280, bittet um das Wort. – Bitte schön.

Susanne Treptow

Ich möchte diesen Kongress bitten, über den Antrag K 005 und den Antrag K 015 einzeln abzustimmen, das also herauszuziehen. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ich bitte die Antragsberatungskommission um Stellungnahme.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir bleiben bei der alten Empfehlung. Wir schlagen also den Antrag K 008 zur

Annahme vor und schlagen zu dem Antrag K 015 Annahme als Material zu dem Antrag K 008 vor.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer ihr folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Hört mal einen Moment auf!

Ich habe jetzt einen Fehler gemacht; ich bitte um Nachsicht. Wir stimmen jetzt über den gesamten Block ab, so wie die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist. Alles andere stürzt uns ins Unglück; ich sage es Euch. (Widerspruch) – Ich bitte Euch jetzt, um 20.05 Uhr, in aller Ruhe, mit guten Nerven und freundlicher Kollegialität dieses Ding zu Ende zu bringen.

Wer also den Empfehlungen der Antragsberatungskommission in der vorgestellten Fassung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – (Lebhafte Zustimmung) Damit sind die Empfehlungen abgelehnt.

Wir kommen in die Einzelabstimmung. (Beifall) – Ja, Kolleginnen und Kollegen, mir macht es nichts aus. – Wir waren beim K 001. Brauchen wir noch mal die Antragsberatungskommission? – Nein. Wollt Ihr noch mal? (Zurufe: Nein!)

Also, Kolleginnen und Kollegen, wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich glaube, wir machen uns jetzt gegenseitig fertig, Kolleginnen und Kollegen. Da gibt es einen Geschäftsordnungsantrag.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Kann ich denn gleich mal einen Vorschlag machen?

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Absolut gern.

Karl-Heinz Wiemer

Mein Name ist Karl-Heinz Wiemer mit der Delegiertennummer 371.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht jetzt darum – und deshalb habe ich mich gemeldet –: Ich wäre Dir dankbar, wenn Du bei der Formulierung geschäftsordnungsmäßig darauf hinweisen würdest, dass wir den Antrag K 001 nunmehr unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Abänderung beschließen. (Beifall) Damit hätten wir die Klarheit, dass die, ich glaube, Anträge 7 und 9 ja bereits beschlossen sind und insoweit der Antrag K 001 nunmehr in der Fassung dieser Abänderungsanträge abzustimmen ist. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, Kolleginnen und Kollegen, da ist die Klarheit aber relativ groß. Wir haben ja die Abänderungsanträge angenommen. – Aber Du wolltest einen Vorschlag machen, Werner. Ich bin für jede Hilfe dankbar.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Genau das war der Vorschlag, der eigentlich für uns alle klar und deutlich sein müsste.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Wunderbar! Wir stimmen also ab.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Über die Annahme des Antrags K 001 in der durch die Annahme des Antrags 7, durch die Ablehnung des Antrags 8 und durch die Annahme des Antrags 9 geänderten Fassung. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ist der Kongress mit dieser Vorgehensweise einverstanden? (Zustimmung) – Ich bedanke mich.

Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Sieht gut aus. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung so beschlossen. (Beifall)

Und jetzt? (Heiterkeit)

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Jetzt könnten wir ein beschleunigtes oder ein verkürztes Verfahren durchführen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Nein, diese Möglichkeit haben wir uns selber zerstört, indem wir per Mehrheitsbeschluss die Einzelabstimmung herbeigeführt haben.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Also K 002 und dann weiter in der dann darauf folgenden Reihenfolge.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Okay. – Die Empfehlung zu K 002 ist Annahme als Material zu K 001. Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig. Also der Antrag K 002 ist damit als Material angenommen.

Nun kommt der Antrag K 003 „Eine gute Schule für alle“. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet: Annahme. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Initiativantrag 11. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist: Annahme. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Besten Dank. Gegenprobe! - Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keiner Enthaltung so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag K 004. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission ist: Annahme. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig. K 004 ist so beschlossen.

Die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu Antrag K 005 lautet: Annahme in geänderter Fassung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich stelle Einstimmigkeit fest. Der Antrag ist damit in geänderter Fassung angenommen.

Ich rufe auf den Antrag K 006. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission

lautet: Annahme. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe. Ich stelle Einstimmigkeit fest. Damit ist der Antrag K 006 angenommen.

Wir kommen dann zum Antrag K 008 beziehungsweise in der Form des Änderungsantrags 10.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

K 007.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

K 007. War ich zu schnell?

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Ja. – Erste Seite unter dem Änderungsantrag 9.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ah, ja. Der ist anders einsortiert. Danke schön.

Die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu Antrag K 007 lautet: Erledigt bei Annahme von J 001 und K 001. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich stelle fest: einstimmig so beschlossen.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Jetzt kommt K 008. (Heiterkeit)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, Ihr habt es gut, Kolleginnen und Kollegen. Ich habe hier so eine schöne Vorlage, die mit den Realitäten nicht mehr übereinstimmt. (Große Heiterkeit)

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Die habe ich auch. (Heiterkeit)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag K 008. Die Antragsberatungskommission empfiehlt Annahme. (Unruhe)

Da müsste vielleicht die Antragsberatungskommission einmal etwas zu den Empfehlungen in der neuen Fassung sagen. Ich kann nicht alles.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir haben den K 008 angenommen mit der entsprechenden Änderung, die wir ursprünglich abgelehnt hatten. Dies ist dann vom Kongress anders entschieden worden. Also auch hier: Änderungsempfehlung angenommen. (Zuruf: Was heißt das?) – Der Vorschlag lautet dann: Annahme des Antrags K 008 unter Einbeziehung des Änderungsantrags 10.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Okay. Wer dieser Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den

bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Mit Mehrheit angenommen.
Dann kommen wir zu?

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Antrag K 009.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Antrag K 009, wunderbar. Zu K 009 ist die Empfehlung: Erledigt bei Annahme von K 001. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Der nächste ist?

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

K 010.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, ich folge Euch. Also Antrag K 010. Zu Antrag K 010 lautet die Empfehlung: Annahme als Material zu K 001. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig so beschlossen.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

K 011 ist erledigt bei Annahme von K 008.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Zu Antrag K 012 lautete die Empfehlung der Antragsberatungskommission im Gegensatz zu dem, was in den Büchern abgedruckt ist: Annahme als Material zu Antrag K 001.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ihr habt die geänderte Empfehlung gehört: Annahme als Material zu K 001. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig so beschlossen.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Zu Antrag K 013 lautet die Empfehlung der Antragsberatungskommission: Material zu Antrag K 001.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ihr habt die Empfehlung der Antragsberatungskommission gehört. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Karten-

zeichen. – Gegenprobe! – Oh, das wird schön, Kolleginnen und Kollegen. Da kommt die Zählkommission in Aktion. (Widerspruch) – Für mich ist das nicht eindeutig. (Anhaltende Unruhe und Zurufe) – Wollen wir die Abstimmung wiederholen? (Zustimmung)

Also noch einmal: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Helft mal mit, bitte. Gegenprobe! – Doch, Ihr habt Recht; das war die Mehrheit. (Beifall) Die Empfehlung ist also abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag in der Urfassung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. (Beifall)

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

K 014.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, bitte.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Annahme als Material zu K 008.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ihr habt die Empfehlung gehört. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Ich stelle fest: Wir haben die Empfehlung auf Annahme als Material einstimmig angenommen.

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Jetzt kommen wir zum Antrag K 015. Hier lautet die Empfehlung: Annahme als Material zu K 008. (Unruhe)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Doch, die Empfehlung lautet so, Kolleginnen und Kollegen. (Zuruf: Das hat sich geändert!)

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Wir müssen jetzt nur darüber abstimmen, ob dieser Empfehlung gefolgt wird.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Ja, genau. Also Ihr habt die Empfehlung gehört: Annahme als Material von K 008. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Damit ist die Empfehlung abgelehnt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Urfassung. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Der Antrag ist in der Urfassung angenommen. (Lebhafter Beifall)

Bernhard, haben wir noch einen?

Bernhard Witthaut, Sprecher der Antragsberatungskommission

Nein, ich nicht mehr. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Schön.

Kolleginnen und Kollegen! Wir hätten damit den Bildungskomplex abgeschlossen. Ich glaube, die Ereignisse in den letzten Minuten machen deutlich, dass wir den Kongress an dieser Stelle unterbrechen sollten. (Beifall)

Ich habe noch eine Durchsage zu machen. Ein schwarzer Lederrucksack ist hier vorne bei der Wortmeldestelle abgegeben worden. Der ist wohl im Vorraum liegen geblieben.

Mit diesem Hinweis entlasse ich Euch in einen hoffentlich noch schönen Abend. Wir sehen uns morgen wieder um 9 Uhr. Der Kongress ist unterbrochen.

Ich bitte um Verständnis für die letzte halbe Stunde. Aber es war ein bisschen schwierig. (Beifall)

(Ende des 4. Kongresstages: 20.20 Uhr)

<p>Korrekturen zum Tagesprotokoll, die in der Endfassung berücksichtigt werden sollen, bitte jeweils bis mittags 12.00 Uhr am Infocounter abgeben.</p>
